



Kreissparkasse Ludwigsburg Schillerplatz 6 71638 Ludwigsburg
www.ksklb.de Telefon 07141 / 148-0 Telefax 07141 / 148-5100

Basisprospekt vom 08. September 2015

für

Inhaberschuldverschreibungen

mit fester Verzinsung
ohne periodische Verzinsung
mit variabler Verzinsung
mit Reverse Floating Verzinsung
mit Kündigungsrecht der Emittentin
ohne Kündigungsrecht der Emittentin.

der

Kreissparkasse Ludwigsburg

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung des Prospektes	6
1.1	Abschnitt A – Einleitung und Warnhinweis	6
1.2	Abschnitt B - Emittent	7
1.3	Abschnitt C - Wertpapiere.....	9
1.4	Abschnitt D - Risiken	13
1.5	Abschnitt E - Angebot.....	19
2	Risikofaktoren	22
2.1	Emittentin.....	22
2.2	Wertpapiere	25
3	Emittentenbeschreibung	28
3.1	Angaben zur Emittentin	28
3.1.1	Verantwortliche Personen	28
3.1.2	Abschlussprüfer	28
3.1.3	Angaben über die Emittentin	28
3.1.3.1	Juristischer und kommerzieller Name sowie Handelsregistereintragung	28
3.1.3.2	Gründung der Kreissparkasse Ludwigsburg.....	28
3.1.3.3	Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz	28
3.1.3.4	Geschäftsanschrift	28
3.1.3.5	Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind.....	28
3.1.4	Geschäftsüberblick	29
3.1.4.1	Aufgaben und Funktionen	29
3.1.4.2	Geschäftsfelder.....	29
3.1.4.3	Geschäftsgebiet	29
3.1.5	Organisationsstruktur	29
3.1.6	Trendinformationen.....	29
3.1.7	Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane	29
3.1.7.1	Organe	29
3.1.7.2	Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder	30
3.1.7.3	Interessenkonflikte	31
3.1.8	Träger der Kreissparkasse Ludwigsburg.....	31
3.1.9	Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin	32
3.1.9.1	Geschäftsjahr	32
3.1.9.2	Historische Finanzinformationen	32
3.1.10	Gerichts- und Schiedsverfahren	32
3.1.11	Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Ludwigsburg	32
3.1.12	Einsehbare Dokumente.....	32
3.2	Historische Finanzinformationen	33
3.2.1	Ratingagenturen	33
3.2.2	Finanzinformationen 2013	34
3.2.2.1	Lagebericht	34

3.2.2.1.1	Rahmenbedingungen.....	34
3.2.2.1.2	Wirtschaftsbericht.....	34
3.2.2.1.3	Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	40
3.2.2.1.4	Vermögenslage	40
3.2.2.1.5	Finanzlage	40
3.2.2.1.6	Ertragslage	40
3.2.2.1.7	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (Mitarbeiter – Kunden – Umwelt)	42
3.2.2.1.8	Nachtragsbericht: Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres	44
3.2.3	Risikobereich	44
3.2.3.1	Risikomanagement	44
3.2.3.2	Überwachung und Steuerung der Risikoarten	47
3.2.3.3	Prognosebericht.....	61
3.2.3.4	Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.....	64
3.2.3.5	Anhang.....	68
3.2.3.5.1	Allgemeine Angaben	68
3.2.3.5.2	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	68
3.2.3.5.3	Pfandbriefgeschäft.....	71
3.2.3.5.4	Sonstige Angaben.....	79
3.2.3.5.5	Derivative Finanzinstrumente.....	81
3.2.3.5.6	Latente Steuern	82
3.2.3.5.7	Abschlussprüferhonorare	82
3.2.3.5.8	Bezüge und Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat	84
3.2.3.5.9	Mitarbeiter/-innen.....	84
3.2.3.6	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	85
3.2.4	Finanzinformationen 2014	86
3.2.4.1	Lagebericht.....	86
3.2.4.1.1	Geschäftsmodell der Kreissparkasse	86
3.2.4.1.2	Wirtschaftsbericht.....	86
3.2.4.2	Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	93
3.2.4.2.1	Vermögenslage	93
3.2.4.2.2	Finanzlage	93
3.2.4.2.3	Ertragslage.....	94
3.2.4.2.4	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (Mitarbeiter – Kunden – Umwelt)	95
3.2.4.2.5	Nachtragsbericht: Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres	98
3.2.5	Risiko-, Chancen- und Prognosebericht	99
3.2.5.1	Risikobericht.....	99
3.2.5.1.1	Risikomanagement.....	99
3.2.5.1.2	Prognosebericht.....	119
3.2.5.1.3	Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.....	122
3.3	Anhang.....	126
3.3.1	Allgemeine Angaben	126

3.3.1.2	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	126
3.3.1.3	Pfandbriefgeschäft.....	129
3.3.1.4	Sonstige Angaben.....	138
3.3.1.5	Derivate Finanzinstrumente.....	140
3.3.1.6	Latente Steuern	141
3.3.1.7	Abschlussprüferhonorare	141
3.3.1.8	Bezüge und Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat	143
3.3.1.9	MITARBEITER/-INNEN	143
3.3.1.10	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	145
4	Wertpapierbeschreibung für Schuldverschreibungen der Kreissparkasse Ludwigsburg	146
4.1	Beschreibung der Schuldverschreibungen.....	146
4.1.1	Allgemeines	146
4.1.2	Produktspezifische Beschreibung der Schuldverschreibungen.....	146
4.2	Wichtige Angaben.....	148
4.2.1	Interessen – einschließlich der Interessenkonflikte.....	148
4.2.2	Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses	149
4.3	Angaben über die anzubietenden nachrangigen oder nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester, ohne periodische, mit variabler oder mit Reverse Floating Verzinsung, mit oder ohne Kündigungsrecht.....	149
4.3.1	Wertpapiergattung, Identifikationsnummer	149
4.3.2	Anwendbares Recht.....	149
4.3.3	Verbriefung	149
4.3.4	Währung	149
4.3.5	Status und Rang	149
4.3.6	Kündigungsrecht der Emittentin.....	150
4.3.7	Verzinsung	150
4.3.8	Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung	151
4.3.9	Rendite	151
4.3.10	Ermächtigung	151
4.3.11	Emissionstermin	152
4.3.12	Übertragbarkeit der Wertpapiere.....	152
4.3.13	Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland.....	152
4.3.14	Verkaufsbeschränkungen	152
4.3.15	Kategorien potenzieller Investoren	152
4.3.16	Zulassung zum Handel.....	152
4.4	Zusätzliche Informationen.....	153
4.4.1	Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden	153
4.4.2	Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen	153
4.4.3	Zustimmung zur Prospektnutzung	153
4.4.4	Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen ...	153

4.4.5	Korrekte Wiedergabe von Informationen Dritter.....	153
4.5	Konditionen des Angebots.....	153
5	Anleihebedingungen.....	154
6	Muster der Endgültige Bedingungen.....	159
7	Unterschriftenblatt.....	163

1 Zusammenfassung des Prospektes

Zusammenfassungen bestehen aus geforderten Angaben, den sogenannten "Punkten". Diese Punkte sind in den Abschnitten A - E enthalten und nummeriert (A.1 – E.7).

Diese Zusammenfassung enthält alle Punkte, die für eine Zusammenfassung dieses Typs von Wertpapieren und Emittent erforderlich sind. Da einige Punkte nicht adressiert werden müssen, kann es Lücken in der Nummerierungsreihenfolge geben.

Sogar wenn ein Punkt aufgrund des Typs von Wertpapieren und Emittenten erforderlich sein kann, besteht die Möglichkeit, dass zu diesem Punkt keine relevanten Informationen gegeben werden können. In diesem Fall wird eine kurze Beschreibung des Punktes mit der Erwähnung "entfällt" eingefügt.

1.1 Abschnitt A – Einleitung und Warnhinweis

A.1	Einführung zur Zusammenfassung	<p>Die Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Basisprospekt (nachfolgend auch „Prospekt“ genannt) zu verstehen.</p> <p>Die Zusammenfassung ist im Zusammenhang mit dem gesamten Inhalt des Basisprospektes einschließlich etwaiger Nachträge zu lesen. Eine Anlageentscheidung sollte daher nicht allein auf diese Zusammenfassung gestützt, sondern erst nach Studium des Basisprospektes sowie etwaiger Nachträge und der Endgültigen Bedingungen im Sinne des Art. 26 Abs. 5 Verordnung (EG) Nr. 809/2004 und § 6 des Wertpapierprospektgesetzes (WpPG) (nachfolgend „Endgültige Bedingungen“ genannt) getroffen werden, die im Zusammenhang mit der Emission von Inhaberschuldverschreibungen (nachfolgend auch „Schuldverschreibungen“ genannt) stehen.</p> <p>Jeder Anleger sollte sich darüber bewusst sein, dass für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in einem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben könnte.</p> <p>Die Kreissparkasse Ludwigsburg (nachfolgend auch „Emittentin“ genannt), die die Verantwortung für die Zusammenfassung übernimmt einschließlich etwaiger Übersetzungen hiervon, oder diejenigen von der der Erlass ausgeht, können haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird, oder sie, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird, nicht alle erforderlichen Schlüsselinformationen vermittelt.</p>
A.2	Zustimmung des Emittenten zur Prospektverwendung	Entfällt. Die Emittentin erteilt keine Zustimmung zur Verwendung dieses Prospektes für die spätere Veräußerung oder endgültige Platzierung von Wertpapieren durch Finanzintermediäre.

1.2 Abschnitt B - Emittent

B.1	Juristische und kommerzielle Bezeichnung des Emittenten.	Kreissparkasse Ludwigsburg
B.2	Sitz und Rechtsform des Emittenten, Rechtsordnung und Land der Gründung der Gesellschaft.	Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach deutschem Recht, eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter HRA 202687 und mit Sitz in Ludwigsburg.
B.4b	Bekannte Trends.	<p><i>Wettbewerbsumfeld</i></p> <p>Das Wettbewerbsumfeld der deutschen Kreditwirtschaft ist durch ein anhaltendes historisches Niedrigzinsniveau und die Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Bankenunion geprägt. In einigen Geschäftsfeldern, insbesondere im Retail Banking sowie im Firmenkunden- und Immobilienkreditgeschäft verschärft sich der Wettbewerbsdruck deutlich. Dennoch ergeben sich für Kreditinstitute mit stabilen Refinanzierungsstrukturen und Fokussierung auf einzelne Kerngeschäftsfelder Möglichkeiten zur Stärkung und zum Ausbau von Marktpositionen.</p> <p>Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:</p> <p><i>Eigenkapital und Liquidität (Basel III/CRD IV/CRR)</i></p> <p>Durch die CRD IV/CRR verschärfen sich die Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten qualitativ und quantitativ deutlich. Die neuen Eigenmittelquoten werden stufenweise bis zum Jahr 2019 eingeführt.</p> <p>Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an Kernkapital (CET 1-Kapital) aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor.</p> <p>Die europaweit einheitlichen Liquiditätsdeckungsanforderungen (Liquidity Coverage Ratio – LCR) werden ab Oktober 2015 bindend. Die geforderte Erfüllungsquote wird schrittweise von 60 % im Jahr 2015 auf 100 % im Jahr 2018 angehoben. Für die zweite Liquiditätskennziffer (Net Stable Funding Ratio – NSFR) legte der Baseler Ausschuss am 31. Oktober 2014 überarbeitete Anforderungen vor. Ob und wie die Kennzahl in Europa eingeführt wird, muss die EU-Kommission bis Ende 2016 entscheiden. Beide Kennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen.</p> <p>Die Verschuldungsquote („Leverage Ratio“) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Positionen. Die EU-Kommission hat am 10. Oktober</p>

		2014 einen delegierten Rechtsakt mit Konkretisierungen der Berechnungsmethodik vorgelegt. Über die finale Definition soll frühestens Ende 2016 entschieden werden.																																							
B.5	Beschreibung der Gruppe und der Stellung des Emittenten innerhalb dieser Gruppe.	Entfällt. Die Kreissparkasse ist nicht Teil einer Gruppe.																																							
B.9	Gewinnprognosen oder -schätzungen.	Entfällt, es gibt keine Gewinnprognosen oder -schätzungen.																																							
B.10	Beschränkungen in den Bestätigungsvermerken zu den historischen Finanzinformationen.	Entfällt, es gibt keine Beschränkungen in den Bestätigungsvermerken zu den historischen Finanzinformationen.																																							
B.12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformation.	<p>Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung bestimmter Finanzinformationen gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) über die Kreissparkasse Ludwigsburg für die Geschäftsjahre 2013 und 2014, jeweils zum Jahresultimo. Sie sind den jeweils geprüften Jahresabschlüssen (Rechnungslegungsstandard HGB), sowie den Lageberichten 2013 und 2014 der Emittentin entnommen:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Jahresabschluss (stichtagsbezogen):</th> <th>31.12.2013</th> <th>31.12.2014</th> </tr> <tr> <td></td> <td>Mio. €</td> <td>Mio. €</td> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Geschäftsvolumen¹⁾</td> <td>9.761,0</td> <td>9.894,9</td> </tr> <tr> <td>Bilanzsumme</td> <td>9.684,1</td> <td>9.810,1</td> </tr> <tr> <td>Kundenkreditvolumen</td> <td>4.942,2</td> <td>5.029,7</td> </tr> <tr> <td>Wertpapiervermögen</td> <td>3.471,4</td> <td>3.729,2</td> </tr> <tr> <td>Mittelaufkommen von Kunden</td> <td>6.310,3</td> <td>6.494,4</td> </tr> <tr> <td>Eigene Mittel²⁾</td> <td>847,3</td> <td>904,9</td> </tr> <tr> <td>Zinsertrag (zeitraumbezogen aus Periode):</td> <td>01.01.2013-31.12.2013</td> <td>01.01.2014-31.12.2014</td> </tr> <tr> <td>Zinsüberschuss</td> <td>196,3</td> <td>220,4</td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsaufwand</td> <td>135,1</td> <td>140,2</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</td> <td>60,8</td> <td>53,6</td> </tr> <tr> <td>Jahresüberschuss</td> <td>17,5</td> <td>17,6</td> </tr> </tbody> </table> <p>1) Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten 2) Die Position "Eigene Mittel" setzt sich zusammen aus den Positionen: "Sicherheitsrücklage" und Fonds für allgemeine Bankrisiken"</p> <p>Erklärung, dass sich die Aussichten des Emittenten seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert haben, oder Beschreibung jeder wesentlichen Verschlechterung:</p> <p>Seit dem Jahresabschluss 2014, der auf dem Stichtag 31.12.2014 basiert, sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Kreissparkasse Ludwigsburg eingetreten.</p>	Jahresabschluss (stichtagsbezogen):	31.12.2013	31.12.2014		Mio. €	Mio. €	Geschäftsvolumen ¹⁾	9.761,0	9.894,9	Bilanzsumme	9.684,1	9.810,1	Kundenkreditvolumen	4.942,2	5.029,7	Wertpapiervermögen	3.471,4	3.729,2	Mittelaufkommen von Kunden	6.310,3	6.494,4	Eigene Mittel ²⁾	847,3	904,9	Zinsertrag (zeitraumbezogen aus Periode):	01.01.2013-31.12.2013	01.01.2014-31.12.2014	Zinsüberschuss	196,3	220,4	Verwaltungsaufwand	135,1	140,2	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	60,8	53,6	Jahresüberschuss	17,5	17,6
Jahresabschluss (stichtagsbezogen):	31.12.2013	31.12.2014																																							
	Mio. €	Mio. €																																							
Geschäftsvolumen ¹⁾	9.761,0	9.894,9																																							
Bilanzsumme	9.684,1	9.810,1																																							
Kundenkreditvolumen	4.942,2	5.029,7																																							
Wertpapiervermögen	3.471,4	3.729,2																																							
Mittelaufkommen von Kunden	6.310,3	6.494,4																																							
Eigene Mittel ²⁾	847,3	904,9																																							
Zinsertrag (zeitraumbezogen aus Periode):	01.01.2013-31.12.2013	01.01.2014-31.12.2014																																							
Zinsüberschuss	196,3	220,4																																							
Verwaltungsaufwand	135,1	140,2																																							
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	60,8	53,6																																							
Jahresüberschuss	17,5	17,6																																							

	<p>rung.</p> <p>Beschreibung wesentlicher Veränderungen bei Finanzlage des Emittenten, die nach dem von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum eingetreten sind.</p>	<p>Entfällt. Seit dem 31.12.2014 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Ludwigsburg eingetreten.</p>
B.13	<p>Ereignisse aus der jüngsten Zeit der Geschäftstätigkeit des Emittenten.</p>	<p>Entfällt, es gibt keine Ereignisse aus der jüngsten Zeit der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die für die Bewertung ihrer Zahlungsfähigkeit in hohem Maße relevant sind.</p>
B.14	<p>Beschreibung der Gruppe und Stellung der Emittentin / Abhängigkeit von anderen Einheiten innerhalb der Gruppe.</p>	<p>Entfällt. Die Kreissparkasse ist nicht Teil einer Gruppe.</p>
B.15	<p>Beschreibung der Haupttätigkeiten des Emittenten.</p>	<p>Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist ein selbständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Kreissparkasse Ludwigsburg fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und die Wirtschaftserziehung der Jugend. Die Kreissparkasse Ludwigsburg betreibt alle banküblichen Geschäfte.</p>
B.16	<p>Unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse.</p>	<p>Träger der Kreissparkasse Ludwigsburg im Sinne von §8 Sparkassengesetz für Baden-Württemberg ist der Landkreis Ludwigsburg.</p> <p>Durch die Trägerschaft besteht kein Beherrschungsverhältnis.</p>
B.17	<p>Ratings.</p>	<p>Entfällt, es gibt keine Ratings, die im Auftrag der Emittentin oder in Zusammenarbeit mit ihr beim Ratingverfahren für die Emittentin oder ihre Schuldtitel erstellt wurden.</p>

1.3 Abschnitt C - Wertpapiere

C.1	<p>Art und Gattung der Wertpapiere, einschließlich jeder Wertpapierkennung.</p>	<p>Bei den anzubietenden Wertpapieren handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen der Kreissparkasse Ludwigsburg, jeweils ausschließlich lieferbar in Miteigentumsanteilen an einer Global-Inhaberschuldverschreibung mit einem Mindest-</p>
-----	---	--

		<p>nennwert in Höhe von EUR ●.</p> <p>Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung verbrieft. Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen [oder Zins-scheinen] werden nicht ausgestellt.</p> <p>Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code ● und die WKN ●.</p>
C.2	Währung der Wertpapieremission.	Die Schuldverschreibungen werden in EUR begeben.
C.5	Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit der Wertpapiere.	Entfällt. Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG übertragbar. Es bestehen keine Übertragungsbeschränkungen.
C.8	Beschreibung der mit den Wertpapieren verbundenen Rechte einschließlich der Rangordnung und einschließlich Beschränkungen dieser Rechte.	<p><i>Anwendbares Recht der Wertpapiere</i></p> <p>Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.</p> <p><i>Mit den Wertpapieren verbundene Rechte</i></p> <p>Durch die Schuldverschreibungen erhalten die Gläubiger einen Anspruch auf Tilgung der Schuldverschreibungen [zu 100% des Nennwerts] am Fälligkeitstag [sowie] [auf Zinszahlungen].</p> <p><i>Status und Rang</i></p> <p>[Bei nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen: Die Schuldverschreibungen begründen nicht besicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen nicht besicherten und nicht nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.]</p> <p>[Bei nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen: Die Schuldverschreibungen begründen nicht besicherte, nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die (i) untereinander gleichrangig und (ii) mit allen anderen nicht besicherten und nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, es sei denn, der Rang innerhalb des Nachrangs wird durch eine gesetzliche Regelung anders bestimmt.</p>

		<p>Das auf nachrangige Schuldverschreibungen eingezahlte Kapital wird im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.</p> <p>[Die Schuldverschreibungen stellen für die Emittentin Instrumente des Ergänzungskapitals im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 dar.]</p> <p><i>Verbriefung</i></p> <p>Die Schuldverschreibungen sind durch eine auf den Inhaber lautende Sammelurkunde verbrieft, die bei [der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, Geschäftsanschrift: Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn][andere Hinterlegungsstelle einfügen:] hinterlegt wird. [Der Anspruch auf Zahlung von Zinsen ist durch die Sammelurkunde mitverbrieft.] Ein Anspruch auf Ausdruck und Auslieferung effektiver Stücke [und Zinsscheine] ist ausgeschlossen.</p> <p><i>[Marktstörungen und Anpassungsmaßnahmen</i></p> <p>Die Emissionsbedingungen sehen vor, dass die Berechnungsstelle Marktstörungen nach Maßgabe der Emissionsbedingungen feststellt. Die Emissionsbedingungen enthalten zudem Regelungen zu Anpassungsmaßnahmen bei Eintritt von Anpassungsereignissen. Marktstörungen können die Tilgung der Schuldverschreibungen [bzw. [etwaige][die] Zinszahlungen in Bezug auf die Schuldverschreibungen] verzögern. Im Fall von Marktstörungen und Anpassungsmaßnahmen bezüglich des Referenzwerts steht der Berechnungsstelle ein erheblicher Ermessensspielraum zu, um der Marktstörung bzw. den Anpassungsereignissen Rechnung zu tragen. Jede derartige Feststellung kann sich möglicherweise nachteilig auf den Marktwert der Schuldverschreibungen auswirken. Es kann zudem nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Einschätzungen, die den von der Berechnungsstelle getroffenen Feststellungen zugrunde liegen, im Nachhinein als unzutreffend erweisen.]</p> <p><i>Steuern oder sonstige Abgaben</i></p> <p>Alle Steuern oder sonstigen Abgaben, die auf durch die Schuldverschreibungen bedingte Zahlungen bei der Emittentin oder bei den Anlegern anfallen, sind von den Anlegern zu tragen. Die Emittentin wird den Anlegern keine zusätzlichen Beträge für derartige Steuern oder Abgaben zahlen.</p>
--	--	--

<p>C.9</p> <p>Zinssatz: Zinslaufperioden: Zinszahlungstag:</p> <p>Beschreibung des variablen Zinssatzes:</p> <p>Fälligkeitstag:</p> <p>Tilgung:</p> <p>Rückzahlungsverfahren:</p>		<p>[Entfällt, da die Wertpapiere nicht verzinst werden.]</p> <p>[●]</p> <p>[●]</p> <p>[●]</p> <p>[Der maßgebliche Floating-Zinssatz (F-Zinssatz genannt) berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite EURIBOR01“ veröffentlicht wird.</p> <p>Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich ● %][und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %]].</p> <p>[Der maßgebliche Reverse Floating-Zinssatz (RF-Zinssatz genannt) berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.]</p> <p>[Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus ● % abzüglich dem [●-fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].]</p> <p>[Die Emittentin behält sich vor, die Emission nicht zu begeben, sofern ein Emissionvolumen ● nicht erreicht wird.]</p> <p>[●] [Datum]</p> <p>Die Rückzahlung erfolgt am Fälligkeitstag [zu 100% [zum] [des] Nennwert[es]</p> <p>Die Schuldverschreibungen werden [zum Nennwert] [zu 100%] an dem in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Fälligkeitstag oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag zurückgezahlt.</p> <p>Die zu zahlenden Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotfüh-</p>
---	--	---

	<p>Rendite:</p> <p>Namen des Vertreters der Schuldtitelinhaber:</p>	<p>renden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen. Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.</p> <p>[Die Emissionsrendite beträgt ●. Berechnungsgrundlage: ●.]</p> <p>[Entfällt, da die Schuldverschreibungen nicht festverzinslich sind.]</p> <p>Entfällt, es gibt keinen Vertreter der Schuldtitelinhaber.</p>
C.10	<p>Derivative Komponente bei der Zinszahlung - Erläuterung, wie der Wert der Anlage durch den Wert des Basisinstruments / der Basisinstrumente beeinflusst wird</p>	<p>[Entfällt, bei einem Floater gibt es keine derivative Komponente.]</p> <p>[Bei einem Reverse Floater besteht eine negative Korrelation zwischen dem Wert des Basisinstruments (Referenzzinssatz) und dem Wert der Anlage. Steigt der Referenzzinssatz um 1 so fällt in der Regel die Verzinsung ebenfalls um 1. Bei der Berechnung der Höhe des maßgeblichen RF-Zinssatzes wird allein auf die Wertentwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes abgestellt. Die Entwicklung des maßgeblichen RF-Zinssatzes ist auf Grund der Abhängigkeit vom Referenzzinssatz Schwankungen unterworfen. Ein negativer RF-Zinssatz kann nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt. Die Anleger können daher nicht voraussehen, ob und in welcher Höhe sie gegebenenfalls eine Zinszahlung erhalten. Darüber hinaus ist es nicht möglich, zuverlässige Aussagen über die künftige Wertentwicklung des Referenzzinssatzes und damit des maßgeblichen RF-Zinssatzes zu treffen. Auch auf Grund der historischen Daten des Referenzzinssatzes können keine Rückschlüsse auf die Höhe etwaiger Zinszahlungen und damit die zukünftige Wertentwicklung der Schuldverschreibungen gezogen werden.]</p> <p>[Entfällt, bei einer Nullkupon-Anleihe sowie bei festverzinslichen Anleihe gibt es keine derivative Komponente]</p>
C.11	<p>Zulassung zum Handel und Börsennotierung.</p>	<p>Entfällt. Die Schuldverschreibungen werden nicht in den Freiverkehr einbezogen oder zum Handel im regulierten Markt einer Börse zugelassen.</p>

1.4 Abschnitt D - Risiken

D.2	Risiken in Bezug auf	Die Anleger sind durch den Erwerb der Schuldverschrei-
-----	----------------------	--

<p>die Emittentin.</p>	<p>bungen den emittentenbezogenen Risikofaktoren ausgesetzt, deren Verwirklichung zu einem teilweisen oder vollständigen Verlust des für den Erwerb der Schuldverschreibungen eingesetzten Kapitals führen kann.</p> <p>Die Kreissparkasse Ludwigsburg hat folgende Risikokategorien identifiziert und definiert, die ausführlicher in den Informationen über die Risikofaktoren der Emittentin dargelegt sind:</p> <p>Adressenausfallrisiko</p> <p>Das Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs.</p> <p>Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt und in dessen Folge es zu einem Rückgang des Anteilswerts, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen kann.</p> <p>Marktpreisrisiko</p> <p>Das Marktpreisrisiko besteht in der Möglichkeit der negativen Wertveränderung von bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften aufgrund von nachteiligen Veränderungen der zugrunde liegenden Marktparameter.</p> <p>Liquiditätsrisiko</p> <p>Liquiditätsrisiken können bei bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften auftreten. Das Liquiditätsrisiko umfasst das kurzfristige Liquiditätsrisiko, d.h. das Risiko den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können, das strukturelle Liquiditätsrisiko (ein Risiko, das aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur entsteht) und das Marktliquiditätsrisiko, das sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen ergibt.</p> <p>Operationelles Risiko</p> <p>Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Hierzu zählen auch Rechtsrisiken, Auslagerungsrisiken und steuerliche Risiken.</p> <p>Geschäftsrisiko</p>
------------------------	--

		<p>Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Kreissparkasse Ludwigsburg sein.</p> <p>Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder sonstigen Verhältnis zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Kreissparkasse Ludwigsburg bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet.</p> <p>Immobilienrisiko</p> <p>Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst.</p> <p>Risiken im Zusammenhang mit gesetzlichen Verfahren und bankaufsichtsrechtlichen Befugnissen in Fällen der Krise eines Kreditinstituts</p> <p>Die Emittentin unterliegt als Kreditinstitut dem Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz – SAG). Dieses Gesetz kann zur Folge haben, dass nach Maßgabe der Emissionsbedingungen in Bezug auf die Schuldverschreibungen geschuldete Zahlungen aufgrund einer Intervention der zuständigen Abwicklungsbehörde in Kernkapitalinstrumente der Emittentin umgewandelt oder dauerhaft bis auf Null herabgesetzt werden (sog. Gläubigerbeteiligung). Die Schuldverschreibungsgläubiger haben in diesem Fall keinen Anspruch gegen die Emittentin auf Leistung nach Maßgabe der Emissionsbedingungen. Dieser Fall tritt ein, wenn nach Auffassung der zuständigen Abwicklungsbehörde der Bestand der Emittentin gefährdet und sie ohne eine solche Umwandlung oder Herabsetzung nicht zur Fortführung ihrer Geschäfte in der Lage ist. Die Gläubigerbeteiligung kann – außerhalb eines förmlichen Insolvenzverfahrens – zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Rechte der Schuldverschreibungsgläubiger führen, bis hin zu einem überwiegenden oder vollständigen Verlust des eingesetzten Kapitals.</p> <p>[Bei nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen: Anleger in nachrangige Schuldverschreibungen sind von derartigen Maßnahmen und Verfahren in besonders starkem Maße betroffen. Die nachrangigen Schuldverschreibungen werden bei einer Auflösung, in der Insolvenz sowie im Rahmen von Maßnahmen nach dem Sanierungs- und Ab-</p>
--	--	--

		<p>wicklungsgesetz vor einer Heranziehung sämtlicher nicht-nachrangiger Gläubiger der Emittentin zur Verlustdeckung herangezogen. Potentielle Anleger in nachrangige Schuldverschreibungen sollten deshalb beachten, dass sie im Fall einer Krise der Emittentin und damit bereits (weit) vor einer Insolvenz in besonders starkem Maße einem Ausfallrisiko ausgesetzt sein werden und damit rechnen müssen, einen teilweisen oder vollständigen Verlust ihres eingesetzten Kapitals zu erleiden. Es ist zudem auch zu erwarten, dass die Preise (Kurse) nachrangiger Schuldverschreibungen besonders sensitiv auf Änderungen der Bonität beziehungsweise der Ratings im Fall einer Krise der Emittentin reagieren.]</p>
D.3	Risiken in Bezug auf die Wertpapiere.	<p>Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren</p> <p>Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.</p> <p>Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit</p> <p>Die Emittentin beabsichtigt regelmäßig An- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Sie übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen während der Laufzeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs wieder verkauft werden können.</p> <p>Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuern</p> <p>Neben- und Folgekosten beim Kauf und Verkauf der Schuldverschreibungen sowie mögliche steuerliche Folgen der Anlage in Schuldverschreibungen können negative Auswirkungen auf die Rendite der Anlage haben.</p> <p>[Risiko auf Grund vorzeitiger Kündigung durch die Emittentin]</p> <p>[Die Emittentin hat das Recht die Schuldverschreibungen zu kündigen und somit vorzeitig zum Nennwert zurückzubezahlen. Es besteht das Risiko, dass durch die vorzeitige Kündigung negative Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite eintreten können.]</p> <p>[Die Schuldverschreibungen sehen ein Recht der Emittentin vor, die Schuldverschreibungen zu [dem][einem] Vorzei-</p>

	<p>tigen Fälligkeitstag ordentlich zu kündigen und [zum Nennbetrag][zu dem zum jeweiligen Zeitpunkt Ausstehenden Nennbetrag] zurückzuzahlen. Die Ausübung des ordentlichen Kündigungsrechts durch die Emittentin hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Es kann im Voraus keine Aussage getroffen werden, ob und wann die Emittentin dieses Recht ausüben wird.]</p> <p>[Die Schuldverschreibungen sehen ein vorzeitiges Kündigungsrecht der Emittentin vor, wenn die Emittentin aufgrund einer Änderung aufsichts- und/oder bilanzrechtlicher Bestimmungen oder ihrer praktischen Anwendung durch die jeweils zuständige Behörde nicht mehr berechtigt ist, die nachrangigen Schuldverschreibungen als Ergänzungskapital zu behandeln. Übt die Emittentin ein solches vorzeitiges Kündigungsrecht aus, werden die Schuldverschreibungen am maßgeblichen Vorzeitigen Fälligkeitstag zum Nennbetrag zuzüglich der bis zum maßgeblichen Vorzeitigen Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufenen Zinsen zurückgezahlt.]</p> <p>[Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus] [und gegebenenfalls bei veränderlichem Zinssatz]</p> <p>[Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.]</p> <p>[Der Kurs von Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung wird durch Veränderungen des Marktzinsniveaus stärker beeinflusst als der von üblichen Anleihen.]</p> <p>[Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.]</p> <p>[Bei Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung berechnet sich der Zinsertrag in entgegen gesetzter Richtung zum Referenzzinssatz: Bei steigendem Referenzzinssatz sinkt der Zinsertrag, während er bei fallendem Referenzzinssatz steigt. Das Risiko für den Anleger ist hoch, wenn sich ein Anstieg der langfristigen Marktzinsen anbahnt, auch wenn die kurzfristigen Zinsen fallen. Der bei einer Reverse Floating Verzinsung in diesem Fall steigende Zinsertrag ist kein adäquater Ausgleich für die eintretenden Kursverluste der Schuldverschreibungen, da diese überproportional ausfallen.]</p> <p>[Schuldverschreibungen mit einer Begrenzung der Höhe der Verzinsung Die Schuldverschreibungen sehen für [eine] [die] [mehrere] Zinsperiode[n] einen Höchstzinssatz (Cap) vor. Dies bedeutet, dass die Verzinsung der Schuldverschreibungen für die [betreffende[n]] Zinsperiode[n] nach oben auf einen be-</p>
--	--

	<p>stimmten Prozentsatz begrenzt ist und der Anleger ab dieser Grenze nicht mehr von einer für den Anleger günstigen Entwicklung [des] [der] [Referenzwert[s]][e]] partizipiert.]</p> <p>Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb</p> <p>Bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibungen kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen: Kommt es zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen.</p> <p>Ausfallrisiko</p> <p>Im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin besteht für den Inhaber der Schuldverschreibungen das Risiko, dass seine Ansprüche nicht oder nicht vollständig befriedigt werden können.</p> <p>[Erhöhtes Ausfallrisiko bei nachrangigen Schuldverschreibungen</p> <p>Im Falle der Auflösung oder der Insolvenz der Emittentin gehen die Ansprüche der Anleger aus nachrangigen Schuldverschreibungen den Ansprüchen anderer Gläubiger der Emittentin aus nicht nachrangigen Verbindlichkeiten im Rang nach. Dies bedeutet, dass in einem solchen Fall Zahlungen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen solange nicht erfolgen, wie die Ansprüche dieser anderen Gläubiger der Emittentin aus nicht nachrangigen Verbindlichkeiten nicht vollständig befriedigt sind. Im Falle der Auflösung oder der Insolvenz der Emittentin sind die Anleger in nachrangige Schuldverschreibungen daher einem wesentlich höheren Ausfallrisiko ausgesetzt als Gläubiger aus nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin und müssen damit rechnen, einen teilweisen oder vollständigen Verlust ihres eingesetzten Kapitals zu erleiden.]</p> <p>[Risiko durch Änderung des Referenzzinssatzes</p> <p>Die variable und Reverse Floating Verzinsung einer Schuldverschreibung knüpft an einen Referenzzinssatz an. Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit variabler oder Reverse Floating Verzinsung beinhaltet deshalb stets das Risiko, dass Zinsansprüche nur in geringem Umfang und im Extremfall gar nicht entstehen. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit dem zu Grunde liegenden Referenzzinssatz haben und die damit verbundenen Risiken kennen. Die Reverse Floating Verzinsung einer Schuldverschreibung, die auf Formeln bezogen ist, hat möglicherweise ein kumuliertes oder sogar potenziertes Risiko zur Folge. Bedeutet, dass bei einem X-fachen Hebel die Gefahr einer</p>
--	--

		<p>Nullverzinsung oder negativen Verzinsung erhöht ist. Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, sich gegen diese verschiedenen Risiken in Bezug auf Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung abzusichern.]</p> <p>Liquiditätsrisiko</p> <p>Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Schuldverschreibungen nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Dieses Risiko entsteht insbesondere, da kein organisierter Handel in den Schuldverschreibungen vorgesehen ist. Das Liquiditätsrisiko ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen der Schuldverschreibung.</p>
--	--	---

1.5 Abschnitt E - Angebot

E.2b	Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse, sofern diese nicht in der Gewinnerzielung und/oder der Absicherung bestimmter Risiken liegt.	Entfällt. Der Emissionserlös aus der Begebung der Schuldverschreibungen wird von der Emittentin für die Finanzierung ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit verwendet.
E.3	Beschreibung der Angebotskonditionen.	<p>Bedingungen des Angebots</p> <p>[Die Emittentin behält sich vor, die Emission nicht zu begeben, sofern ein Emissionsvolumen von • nicht erreicht wird.] [Das Angebot unterliegt keinen Bedingungen]</p> <p>Emissionsvolumen, Stückelung</p> <p>Das Emissionsvolumen beträgt ●, eingeteilt in ● Inhaberschuldverschreibungen zu je ●.</p> <p>Beginn des öffentlichen Angebots und Verkaufsbeginn</p> <p>Das öffentliche Angebot beginnt am ● und [erfolgt fortlaufend] [endet am ●] [endet mit dem letzten Tag der Zeichnungsphase].</p> <p>[Die Schuldverschreibungen können vom ● bis zum ●, ● Uhr bei der Emittentin gezeichnet werden (die „Zeichnungsphase“). Eine vorzeitige Beendigung oder Verlängerung der Zeichnungsphase durch die Emittentin ist jederzeit möglich. Ein spezielles Zeichnungsverfahren wird nicht angewendet.]</p> <p>[Zuteilung der Wertpapiere bei Überzeichnung]</p> <p>Die Zuteilung der Wertpapiere an Privatanleger oder an Privatanleger und institutionelle Investoren im Falle einer</p>

		<p>Überzeichnung erfolgt nach dem Zeitpunkt des Eingangs des Kaufangebotes. Dabei werden die Kaufangebote nach der zeitlichen Reihenfolge ihres Einganges bedient.]</p> <p>Mindestzeichnungsbetrag, Mindestanlagebetrag, Höchstzeichnungsbetrag</p> <p>[Der Mindestzeichnungsbetrag beträgt ●.] [Der Mindestanlagebetrag beträgt ●.] [Der Höchstzeichnungsbetrag beträgt ●]</p> <p>Lieferung der Wertpapiere</p> <p>Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt wird. Der Anspruch des Anlegers auf Einzelverbriefung ist ausgeschlossen.</p> <p>Die Anleihegläubiger erhalten eine Gutschrift in Höhe ihres Miteigentumsanteils an der GlobalInhaberschuldverschreibung in ihr jeweiliges Wertpapierdepot gebucht. Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG übertragbar.</p> <p>Plan für die Aufteilung der Wertpapiere und deren Zuteilung</p> <p>Potentielle Investoren</p> <p>Die Schuldverschreibungen werden an [Privatanleger] [oder] [an Privatanleger und institutionelle Investoren] in der Bundesrepublik Deutschland verkauft.</p> <p>[Verfahren zur Meldung des dem Zeichner zugeteilten Betrages</p> <p>[Die Zeichner erhalten eine Abrechnung über die Höhe des von ihnen erworbenen Betrages durch ihre Depotbank.]</p> <p>Kursfestsetzung, Verkaufskurs, Ankaufskurs</p> <p>Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt ●. [Anschließend werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.] [Nach Ablauf der Zeichnungsphase werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]</p> <p>[Die Emittentin beabsichtigt, unabhängig von der Erteilung einer Abrechnung börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse zu stellen und Schuldverschreibungen anzukaufen.]</p>
--	--	---

		<p>Platzierung</p> <p>Die Schuldverschreibungen können bei der Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg bezogen werden.</p> <p>Zahlstelle</p> <p>Die Zahlstelle für die Schuldverschreibungen ist die Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg</p>
E.4	Beschreibung aller für die Emission/das Angebot wesentlichen Interessen, einschließlich Interessenkonflikte.	<p>Entfällt, es bestehen keine für die Emission oder das Angebot wesentliche Interessen bzw. Interessenskonflikte.</p> <p><i>[Bei nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen: Die Emittentin hat ein wesentliches Interesse an der Emission, da die Schuldverschreibungen Instrumente des Ergänzungskapitals der Emittentin darstellen.]</i></p> <p><i>[Bei nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen: Die Emittentin hat ein wesentliches Interesse an der Emission.]</i></p> <p>Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen sind, soweit rechtlich zulässig, berechtigt, Schuldverschreibungen für eigene Rechnung oder für Rechnung Dritter zu kaufen und zu verkaufen und weitere Schuldverschreibungen zu begeben. Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können darüber hinaus täglich an den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten tätig werden.</p>
E.7	Schätzung der Ausgaben, die dem Anleger vom Emittenten oder Anbieter in Rechnung gestellt werden.	Entfällt, es werden keine Ausgaben dem Anleger in Rechnung gestellt. Der Anleger erwirbt die Schuldverschreibungen zu dem festgelegten Verkaufskurs (siehe E.3).

2.1 Emittentin

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt. Die Verwirklichung dieser Risiken könnte im schlimmsten Fall erheblich nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Kreissparkasse Ludwigsburg, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage zur Folge haben und damit ihre Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Verpflichtungen aus den von ihr begebenen Wertpapieren gegenüber den Anlegern zu erfüllen. Die Zahlungsfähigkeit der Kreissparkasse Ludwigsburg wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen.

Zwar hat die Kreissparkasse Ludwigsburg zur Begrenzung und Kontrolle dieser Risiken ein umfassendes Risikomanagementsystem etabliert, das möglichst sicherstellen soll, dass die Verpflichtungen im Rahmen von Wertpapieremissionen jederzeit erfüllt werden können. Den gesetzlichen Rahmen für diese Risikosteuerung bildet das Gesetz über das Kreditwesen (KWG) konkretisiert durch die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Die Realisierung von Risiken kann trotz dieses Risikomanagementsystems jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko). Die Bestimmung des wirtschaftlichen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Kreissparkasse Ludwigsburg selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter.

Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht in den sonstigen genannten Risikokategorien eingebunden ist. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko besteht in der Möglichkeit der negativen Wertveränderung von bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften aufgrund von nachteiligen Veränderungen der zugrunde liegenden Marktparameter wie Zinssätze, Aktien- und Devisenkurse, Rohstoffpreise sowie deren Volatilitäten einschließlich zugehöriger Optionsrisiken.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken können bei bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften auftreten.

Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt:

- i. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können.
- ii. Generell ergeben sich strukturelle Liquiditätsrisiken aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Strukturelle Liquiditätsrisiken entstehen unter anderem, wenn aufgrund einer nicht adäquaten Steuerung der Kostenrisiken der Mittelbeschaffung und der Ertragsrisiken der Geldanlage ein unausgewogenes Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur entsteht.

- iii. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können.

Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Operationelles Risiko umfasst auch das Rechtsrisiko, das wie folgt definiert ist:

Risiko von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen sowie rechtlich nicht durchsetzbarer Ansprüche. Hierzu gehört auch das Risiko, aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte Verluste zu erleiden.

Operationelles Risiko umfasst ebenfalls Auslagerungsrisiken und steuerliche Risiken. Auslagerungsrisiken entstehen, wenn ein anderes Unternehmen mit der Wahrnehmung von Aktivitäten und Prozessen im Zusammenhang mit der Durchführung von Bankgeschäften, Finanzdienstleistungen oder sonstigen institutstypischen Dienstleistungen beauftragt wird, die ansonsten von der Kreissparkasse Ludwigsburg selbst erbracht würden.

Steuerliche Risiken ergeben sich durch Veränderungen des Steuerrechts durch Gesetzgebung oder geänderte Rechtsprechung.

Geschäftsrisiko

Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Kreissparkasse Ludwigsburg sein.

Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder sonstigen Verhältnis zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Kreissparkasse Ludwigsburg bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden.

Immobilienrisiko

Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst.

Risiken im Zusammenhang mit gesetzlichen Verfahren und bankaufsichtsrechtlichen Befugnissen in Fällen der Krise eines Kreditinstituts

Die Bankenaufsicht ist berechtigt, einem Kreditinstitut einschränkende Auflagen für seinen Geschäftsbetrieb zu erteilen und sonstige Maßnahmen (bis hin zur Schließung des Kreditinstituts für den Geschäftsverkehr) zu ergreifen, wenn die finanzielle Situation dieses Kreditinstituts Zweifel an der dauerhaften Einhaltung der Kapital- und Liquiditätsanforderungen aufkommen lässt. Wenngleich derartige bankaufsichtliche Maßnahmen nicht direkt in die Rechte der Gläubiger eingreifen, kann doch die Tatsache der Anwendung einer solchen Maßnahme durch die Bankenaufsicht erhebliche negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Gläubiger des betroffenen Kreditinstituts nach sich ziehen, insbesondere aufgrund eines negativen Einflusses auf die Preise (Kurse) der durch dieses Kreditinstitut begebenen Finanzinstrumente oder auf die Möglichkeit des Kreditinstituts zur eigenen Refinanzierung.

Das Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz – SAG) – das die EU-Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD)) in deutsches Recht umsetzt – kann zur Folge haben, dass nach Maßgabe der Emissionsbedingungen in Bezug auf die Schuldverschreibungen geschuldete Zahlungen aufgrund einer Intervention der zuständigen Abwicklungsbehörde in Kernkapitalinstrumente der Emittentin umgewandelt oder dauerhaft bis auf Null herabgesetzt werden (sog. Gläubigerbeteiligung). Die Schuldverschreibungsgläubiger haben in diesem Fall keinen Anspruch gegen die Emittentin auf Leistung nach Maßgabe der Emissionsbedingungen. Dieser Fall tritt ein, wenn nach Auffassung der zuständigen Abwicklungsbehörde der Bestand der Emittentin gefährdet und sie ohne eine solche Umwandlung oder Herabsetzung nicht zur Fortführung ihrer Geschäfte in der Lage ist. In diesem Zusammenhang können zum Ausgleich eines bestehenden Mangels an Eigenkapital zunächst Instrumente des Kernkapitals, sodann solche des Ergänzungskapitals und danach auch sogenannte berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten – zu denen die Verpflichtungen der Emittentin aus Schuldverschreibungen zählen, die kein Ergänzungskapital der Emittenten darstellen – dauerhaft heruntergeschrieben bzw. in Kernkapitalinstrumente der Emittentin umgewandelt werden. Das Ausmaß, in dem Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen Gegenstand einer Gläubigerbeteiligung werden können, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, die die Emittentin nicht beeinflussen kann. Die Gläubigerbeteiligung kann – außerhalb eines förmlichen Insolvenzverfahrens – zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Rechte der Schuldverschreibungsgläubiger führen, bis hin zu einem überwiegenden oder vollständigen Verlust des eingesetzten Kapitals. Die Rechte der Inhaber von Pfandbriefen entsprechen im Falle einer Maßnahme nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz denjenigen im Falle der Eröffnung eines förmlichen Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin.

Am 29. April 2015 hat die Bundesregierung den Regierungsentwurf eines Abwicklungsmechanismus-gesetzes (AbwMechG) beschlossen. Dieser sieht unter anderem vor, dass bestimmte unbesicherte nicht-nachrangige Schuldtitel (wie die Schuldverschreibungen) (mit Ausnahme von Schuldtiteln, bei denen die geschuldete Leistung (i) vom Eintritt oder Nichteintritt eines zum Zeitpunkt der Begebung des Schuldtitels noch unsicheren Ereignisses abhängig ist, bei dem es sich nicht lediglich um die Entwicklung eines Referenzzinsatzes handelt, oder (ii) auf andere Weise denn durch Geldzahlung zu erfolgen hat), in der Insolvenz kraft Gesetzes nachrangig sein sollen. Dadurch entfällt auf derartige Schuldtitel in der Insolvenz oder bei einer Maßnahme der Gläubigerbeteiligung ein entsprechend größerer Verlustanteil. Diese Änderung des Insolvenzranks und der Reihenfolge der Gläubigerbeteiligung soll (sofern nicht das Insolvenzverfahren vor dem 1. Januar 2016 eröffnet wird) rückwirkend erfolgen und würde daher die Schuldverschreibungen betreffen.

Die Schuldverschreibungsgläubiger sollten sich daher jedenfalls bewusst sein, dass ihre Rechte als Gläubiger der Schuldverschreibungen auch außerhalb eines förmlichen Insolvenzverfahrens durch bankaufsichtliche Maßnahmen erheblich beeinträchtigen werden können, bis hin zu einem überwiegenden oder vollständigen Verlust des eingesetzten Kapitals.

Anleger in nachrangige Schuldverschreibungen sind von derartigen Maßnahmen und Verfahren in besonders starkem Maße betroffen. Die mit nachrangigen Schuldverschreibungen aufgenommenen Gelder stellen Ergänzungskapital der Emittentin im Sinne der bankaufsichtlichen Eigenkapitalvorschriften dar und werden als solche bei einer Auflösung, in der Insolvenz sowie im Rahmen von Maßnahmen nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz vor einer Heranziehung sämtlicher nicht-nachrangiger Gläubiger der Emittentin zur Verlustdeckung herangezogen. Potentielle Anleger in nachrangige Schuldverschreibungen sollten deshalb beachten, dass sie im Fall einer Krise der Emittentin und damit bereits (weit) vor einer Insolvenz in besonders starkem Maße einem Ausfallrisiko ausgesetzt sein werden und damit rechnen müssen, einen teilweisen oder vollständigen Verlust ihres eingesetzten Kapitals zu erleiden. Es ist zudem auch zu erwarten, dass die Preise (Kurse) nachrangiger Schuldverschreibungen besonders sensitiv auf Änderungen der Bonität beziehungsweise der Ratings im Fall einer Krise der Emittentin reagieren.

2.2 Wertpapiere

Sollte eines oder sollten mehrere der folgenden Risiken eintreten, könnte es zu wesentlichen und nachhaltigen Kursrückgängen der Schuldverschreibungen oder im Extremfall zu einem Totalverlust der Zinsen und – im Falle eines Zahlungsausfalles der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen – zu einem Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals kommen.

Die individuelle Beratung durch den Anlageberater vor der Kaufentscheidung ist empfehlenswert und wird nicht durch diesen Basisprospekt und die jeweiligen Endgültigen Bedingungen ersetzt.

Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren

Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Die Schuldverschreibungen werden nicht in den Freiverkehr einbezogen oder zum Handel im regulierten Markt einer Börse zugelassen. Dennoch plant die Emittentin, unter gewöhnlichen Marktbedingungen regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs, insbesondere zum Erwerbkurs oder Nennbetrag, wieder verkauft werden können.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuerlast

Beim Kauf und Verkauf von Schuldverschreibungen fallen neben dem aktuellen Preis des Wertpapiers verschiedene Nebenkosten und Folgekosten (insbesondere Transaktionskosten, Provisionen, Depotentgelte) an, die die Rendite der Schuldverschreibungen erheblich verringern oder sogar ausschließen können.

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen oder vom Anleihegläubiger bei Verkauf oder Rückzahlung der Schuldverschreibungen realisierte Gewinne sind in seiner Heimatrechtsordnung oder in anderen Rechtsordnungen, in denen er Steuern zahlen muss, möglicherweise steuerpflichtig.

Die Anlage von ausbezahlten Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.

Risiko auf Grund vorzeitiger Kündigung durch die Emittentin

Sofern die Emittentin das Recht hat, die Anleihe insgesamt zu den in den Anleihebedingungen genannten Terminen zu kündigen und vorzeitig zum Nennbetrag zurückzuzahlen, besteht ein Risiko für den Anleger, dass sein Investment nicht die erwartete Dauer hat.

Die vorzeitige Rückzahlung einer Schuldverschreibung kann außerdem dazu führen, dass negative Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite eintreten und der zurückgezahlte Nennbetrag der Schuldverschreibungen niedriger als der für die Schuldverschreibungen vom Anleihegläubiger gezahlte Kaufpreis ist und dadurch das eingesetzte Kapital zum Teil verloren ist.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass Anleger die Beträge, die sie bei einer Kündigung erhalten, nur noch mit einer niedrigeren Rendite als die gekündigten Schuldverschreibungen anlegen können.

Die Emissionsbedingungen von nachrangigen Schuldverschreibungen können ein vorzeitiges Kündigungsrecht der Emittentin vorsehen, wenn die Emittentin aufgrund einer Änderung aufsichts- und/oder bilanzrechtlicher Bestimmungen oder ihrer praktischen Anwendung durch die jeweils zuständige Behörde nicht mehr berechtigt ist, die nachrangigen Schuldverschreibungen als Ergänzungskapital zu behandeln. Übt die Emittentin nach Eintritt eines regulatorischen Ereignisses das vorzeitige Kündigungsrecht aus, werden die Schuldverschreibungen am maßgeblichen Vorzeitigen Fälligkeitstag zum Nennbetrag zuzüglich der bis zum maßgeblichen Vorzeitigen Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufenen Zinsen zurückgezahlt.

Im Fall einer niedrigen Verzinsung besteht für den Anleger das zusätzliche Risiko, dass sich für ihn im Falle einer vorzeitigen Kündigung der Schuldverschreibungen bis zur Fälligkeit der Schuldverschreibungen keine positive Ertragsmöglichkeit ergeben kann und ggf. sogar ein Risiko des Kapitalverlustes bestehen kann, wenn er die Schuldverschreibungen zu einem Kaufpreis erworben hat, der (einschließlich eines etwaigen Ausgabeaufschlags oder im Zusammenhang mit dem Kauf aufgewendeter Provisionen und Transaktionskosten) höher ist als die Summe aus dem Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen, allen erhaltenen Teilrückzahlungsbeträgen und allen erhaltenen Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen bis zur Rückzahlung der Schuldverschreibungen oder dieser Summe entspricht. Bei einer vorzeitigen Kündigung der Schuldverschreibungen ergibt sich ferner das Risiko, dass der Anleger möglicherweise nicht in der Lage sein wird, die Rückzahlungsbeträge zu vergleichbaren Bedingungen anzulegen.

Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus und gegebenenfalls bei veränderlichem Zinssatz

Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.

Bei Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung haben Veränderungen des Marktzinsniveaus wegen der stark unter dem Nennwert liegenden Emissionskurse, die durch die Abzinsung zustande kommen, wesentlich stärkere Auswirkungen auf die Kurse als bei üblichen Anleihen.

Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.

Bei Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung berechnet sich der Zinsertrag in entgegen gesetzter Richtung zum Referenzzinssatz: Bei steigendem Referenzzinssatz sinkt der Zinsertrag, während er bei fallendem Referenzzinssatz steigt. Das Risiko für den Anleger ist hoch, wenn sich ein Anstieg der langfristigen Marktzinsen anbahnt, auch wenn die kurzfristigen Zinsen fallen. Der bei einer Reverse Floating Verzinsung in diesem Fall steigende Zinsertrag ist kein adäquater Ausgleich für die eintretenden Kursverluste der Schuldverschreibungen, da diese überproportional ausfallen.

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibung

Wird der Erwerb der Schuldverschreibungen mit Kredit finanziert und kommt es anschließend zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen. Dadurch kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen. Ein Anleger sollte nicht darauf vertrauen, aus Gewinnen eines Geschäftes den Kredit zurückzahlen und die Zinslast bestreiten zu können.

Ausfallrisiko

Im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin besteht für den Inhaber der Schuldverschreibungen das Risiko, dass seine Ansprüche nicht oder nicht vollständig befriedigt werden können.

Ausfallrisiko bei Nachrangschuldverschreibungen

Inhaber von Nachrangschuldverschreibungen erhalten im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin Zahlungen auf ausstehende Nachrangschuldverschreibungen erst, nachdem alle anderen nicht nachrangigen Ansprüche von Gläubigern vollständig befriedigt wurden, wenn und soweit dann noch Vermögenswerte für Zahlungen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen vorhanden sind. Sie tragen damit ein größeres Ausfallrisiko als die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen.

Zinsrisiko durch Änderung des Referenzzinssatzes

Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen (Schuldverschreibungen mit variabler, Reverse Floating) umfasst immer das Risiko, dass die Zinszahlungen ganz oder zum Teil ausbleiben können. Eine Anlage erfordert die genaue Kenntnis der Funktionsweise der jeweiligen Transaktion. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit der Anlage in die zu Grunde liegenden Referenzzinssätze haben und die damit verbundenen Risiken kennen.

Die derivative Verzinsung einer Schuldverschreibung knüpft an einen Referenzzinssatz an. Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit derivativer Verzinsung beinhaltet deshalb stets das Risiko, dass Zinsansprüche nur in geringem Umfang und im Extremfall gar nicht entstehen.

Die Wertentwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes hängt von einer Reihe zusammenhängender Faktoren ab, darunter volkswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche und politische Ereignisse, über die die Kreissparkasse Ludwigsburg keine Kontrolle hat. Eine historische Wertentwicklung des Referenzzinssatzes kann nicht als aussagekräftig für die künftige Wertentwicklung während der Laufzeit von Schuldverschreibung mit derivativen Zinsstrukturen angesehen werden.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Schuldverschreibungen nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Dieses Risiko entsteht insbesondere, da kein organisierter Handel in den Schuldverschreibungen vorgesehen ist. Das Liquiditätsrisiko ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen der Schuldverschreibung.

3	Emittentenbeschreibung
----------	-------------------------------

3.1 Angaben zur Emittentin

3.1.1 Verantwortliche Personen

Die Kreissparkasse Ludwigsburg mit Sitz in Ludwigsburg übernimmt gemäß § 5 Abs. 4 Wertpapierprospektgesetz die Verantwortung für den Inhalt des Prospektes und erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

3.1.2 Abschlussprüfer

Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 war der Sparkassenverband Baden-Württemberg, Prüfungsstelle, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart. Die geprüften Finanzinformationen sind unter Abschnitt 3.2 aufgeführt. Die Prüfungsstelle ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer (WPK) und des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW).

3.1.3 Angaben über die Emittentin

3.1.3.1 Juristischer und kommerzieller Name sowie Handelsregistereintragung

Der juristische und kommerzielle Name der Emittentin lautet Kreissparkasse Ludwigsburg. Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist im Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart unter HRA 202687 eingetragen.

3.1.3.2 Gründung der Kreissparkasse Ludwigsburg

Die Gründung der Kreissparkasse Ludwigsburg wurde am 21. Dezember 1851 im „Tagblatt“ veröffentlicht. Sie nahm am 1. Januar 1852 als Oberamts-Sparkasse Ludwigsburg den Geschäftsbetrieb auf. Somit wird das Jahr 1852 als Gründungsjahr zugrunde gelegt.

3.1.3.3 Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach deutschem Recht. Der Sitz ist in Ludwigsburg.

3.1.3.4 Geschäftsanschrift

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist unter ihrer Geschäftsanschrift Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg, Telefon: 07141 – 148 0 erreichbar. Internetseite: www.ksklb.de

3.1.3.5 Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind

Entfällt, es gibt keine wichtigen Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die für die Bewertung ihrer Solvenz in hohem Maße relevant sind.

3.1.4 Geschäftsüberblick

3.1.4.1 Aufgaben und Funktionen

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist ein selbstständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Kreissparkasse Ludwigsburg fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und die Wirtschaftserziehung der Jugend.

3.1.4.2 Geschäftsfelder

Die Kreissparkasse Ludwigsburg betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz für Baden-Württemberg, die entsprechende Sparkassengeschäftsverordnung oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Das Bauspar-, Investment- und Versicherungsgeschäft werden vorrangig im Verbund mit den bestehenden Unternehmen der Sparkassenorganisation betrieben. Die Tätigkeitsschwerpunkte liegen im Einlagen- und Kreditgeschäft mit Privatpersonen und Unternehmen aus dem Geschäftsgebiet.

Die Mittel der Sparkasse sind unter Berücksichtigung ausreichender Sicherheit, Liquidität und Rentabilität anzulegen. Der Verwaltungsrat stellt Grundsätze für die Bewertung von Sicherheiten auf und kann Abweichungen von Satzungsregelungen beschließen, die die allgemeine Zulassung von Geschäften betreffen.

3.1.4.3 Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der Kreissparkasse Ludwigsburg entspricht dem Landkreis Ludwigsburg.

3.1.5 Organisationsstruktur

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist Mitglied des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg sowie der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg und damit dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen.

3.1.6 Trendinformationen

Seit dem Jahresabschluss 2014, der auf dem Stichtag 31.12.2014 basiert, sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Kreissparkasse Ludwigsburg eingetreten.

3.1.7 Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane

3.1.7.1 Organe

Die Organe der Kreissparkasse Ludwigsburg sind:

der Vorstand,
der Verwaltungsrat,
der Kreditausschuss

Dabei ist der Kreditausschuss lediglich ein Organ im Sinne des Sparkassengesetzes für Baden-Württemberg. Der Kreditausschuss ist kein Organ im Sinne des HGB (Handelsgesetzbuch), weshalb er nicht im Rahmen der historischen Finanzinformationen der Jahre 2013 und 2014 Aufnahme gefunden hat.

3.1.7.2 Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder

Der Vorstand der Kreissparkasse Ludwigsburg besteht satzungsgemäß aus mehreren Mitgliedern. Daneben können stellvertretende Mitglieder bestellt werden. Der Verwaltungsrat beschließt die Anstellung und die Entlassung der Mitglieder des Vorstandes und die Bestellung der stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes. Mitglieder des Vorstandes sind derzeit:

Dr. Heinz Werner Schulte (Vorsitzender)
Dieter Wizemann
Thomas Raab

Die Mitglieder des Vorstandes haben ihre Geschäftsadresse jeweils Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg.

Der Verwaltungsrat der Kreissparkasse Ludwigsburg besteht satzungsgemäß aus dem Vorsitzenden, 11 weiteren Mitgliedern und 6 Vertretern der Beschäftigten. Für jedes Mitglied des Verwaltungsrats ist ein persönlich stellvertretendes Mitglied benannt. Mitglieder des Verwaltungsrates sind derzeit:

Vorsitzender: Landrat Dr. Rainer Haas

Personen, die dem Kreistag angehören:

Ordentliche Mitglieder

Höllenbach, Manfred (Bürgermeister i.R., MdL)
List, Manfred (Oberbürgermeister i. R.)
Schmid, Hans (Bürgermeister)
Kessing, Jürgen (Oberbürgermeister)
Fischer, Helmut (Kriminalhauptkommissar a.D.)
Gessler, Rainer (Bauingenieur, Leiter der Geschäftsstelle „Nachhaltig mobile Region Stuttgart“)
Maisch, Gerd (Oberbürgermeister)

Stellvertretende Mitglieder

Fischer, Albrecht (Weingärtner)
Bühler, Steffen (Bürgermeister)
Herrmann, Klaus, MdL
Kirnbauer, Bernd (Schreinermeister)
Reichert, Heinz
Renkonen, Daniel (freier Journalist, MdL)
Möhrer, Werner (Bürgermeister i.R.)
Muras, Brigitte

Personen, die nicht dem Kreistag angehören:

Ordentliche Mitglieder

Noz, Reinhold (Elektromeister)
Bader, Barbara
Kälberer, Heinz (Oberbürgermeister i.R.)
Hörer, Siegbert (Vorstand Bezirksbaugenossenschaft Alt Württemberg i.R.)

Stellvertretende Mitglieder

Waldbauer, Gerhard
Fritz, Thomas (Geschäftsführer)
Raupp, Judith
Bauer, Ulrich

Vertreter der Beschäftigten:

Ordentliche Mitglieder

Bott, Markus
Braico, Ralf
Zimmermann, Manfred
Nytz, Thomas
Stotz, Marc
Ernst, Sonja

Stellvertretende Mitglieder

Koch, Franz
Falke, Monika
Lorenz, Thorsten
Clauß, Tanja
Maier, Klaus-Dieter
Scheer, Timo

Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben ihre Geschäftsadresse jeweils Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg.

Dem Kreditausschuss gehören entsprechend § 22 Sparkassengesetz für Baden-Württemberg und § 8 der Satzung der Kreissparkasse Ludwigsburg der Vorsitzende des Verwaltungsrates und drei weitere Mitglieder des Verwaltungsrates an.

Ordentliche Mitglieder

Landrat Dr. Rainer Haas
Hollenbach, Manfred (Bürgermeister)
Hörer, Siegbert (Techniker)
Gessler, Rainer (Bauingenieur)

Stellvertretende Mitglieder

List, Manfred (Oberbürgermeister i.R.)
Jürgen Kessing (Oberbürgermeister)
Kirnbauer, Bernd (Schreinermeister)

Die Mitglieder des Kreditausschusses haben ihre Geschäftsadresse jeweils Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg.

3.1.7.3 Interessenkonflikte

Von Seiten der Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder, sowie den Mitgliedern des Kreditausschusses bestehen derzeit keine potentiellen Interessenkonflikte zwischen ihren Verpflichtungen gegenüber der Kreissparkasse Ludwigsburg sowie ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

3.1.8 Träger der Kreissparkasse Ludwigsburg

Träger der Kreissparkasse Ludwigsburg im Sinne von §8 Sparkassengesetz für Baden-Württemberg ist der Landkreis Ludwigsburg. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe der folgenden Vorschriften. Es besteht weder eine Verpflichtung des Trägers noch ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger, Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht mehr für Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2005 eingegangen worden sind. Der Träger der Sparkasse am 18. Juli 2005 haftet für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Sparkasse. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Der Träger wird seinen Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber den Gläubigern der bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten umgehend nachkommen, sobald er bei deren Fälligkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt hat, dass die Gläubiger dieser Verbindlichkeiten aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden können. Verpflichtungen der Sparkasse aufgrund eigener Gewährträgerhaftung oder vergleichbarer Haftungszusage oder einer durch die Mitgliedschaft im Sparkassenverband als Gewährträger vermittelten Haftung sind vereinbart und fällig im Sinne der oben genannten Fälle in dem gleichen Zeitpunkt, wie die durch eine solche Haftung gesicherte Verbindlichkeit.

3.1.9 Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin

3.1.9.1 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Kreissparkasse Ludwigsburg entspricht dem Kalenderjahr.

3.1.9.2 Historische Finanzinformationen

Alle in diesem Prospekt dargestellten bzw. enthaltenen Finanzinformationen bezüglich der Kreissparkasse Ludwigsburg stammen aus geprüften historischen Finanzangaben der Kreissparkasse Ludwigsburg (Lagebericht, Jahresabschluss einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers) für ihre zum 31.12.2013 und 31.12.2014 abgelaufenen Geschäftsjahre mit den entsprechenden Erläuterungen.

Die geprüften historischen Finanzangaben der Kreissparkasse Ludwigsburg (Lagebericht, Jahresabschluss einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers) für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 sind im Abschnitt 3.2 dieses Prospektes unter „Historische Finanzinformationen“ abgedruckt.

3.1.10 Gerichts- und Schiedsverfahren

Es hat keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Kreissparkasse Ludwigsburg noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) gegeben, die im Zeitraum der letzten 24 Monate bestanden/abgeschlossen wurden, und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Kreissparkasse Ludwigsburg auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

3.1.11 Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Ludwigsburg

Seit dem 31.12.2014 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Ludwigsburg eingetreten.

3.1.12 Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer des Prospektes sind die Geschäftsberichte 2013 und 2014 einschließlich Lagebericht, Jahresabschluss, sowie die Satzung der Kreissparkasse Ludwigsburg während der üblichen Öffnungszeiten bei der Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg einsehbar. Die Geschäftsberichte sind unter der vorstehend genannten Anschrift ferner als Druckfassung erhältlich.

3.2 Historische Finanzinformationen

3.2.1 Ratingagenturen

Die in diesem Prospekt in den aufgenommenen Lageberichten 2013 und 2014 auf den Seiten 37 und 90 genannten bzw. in Bezug genommenen Ratings wurden von Ratingagenturen mit Sitz in der Europäischen Union erstellt, die entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen registriert sind. Es handelt sich um die Ratingagenturen Moody's Deutschland GmbH, im Folgenden „Moody's“ genannt, um DBRS Ratings Limited, im Folgenden „DBRS“ genannt, sowie der Fitch Deutschland GmbH, im Folgenden als „Fitch“, bzw. „Fitch Ratings“ bezeichnet.

3.2.2 Finanzinformationen 2013

3.2.2.1 Lagebericht

3.2.2.1.1 Rahmenbedingungen

Die Kreissparkasse Ludwigsburg wurde im Jahr 1852 gegründet und ist seither fest in der Region verwurzelt. Dies zeigt sich in einem flächendeckenden Netz von 120 Geschäftsstellen im Landkreis und einer starken persönlichen Bindung zu unseren Kunden. Sie ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft des Landkreises Ludwigsburg mit Sitz in Ludwigsburg.

Die Kreissparkasse Ludwigsburg betreibt grundsätzlich alle banküblichen Geschäfte, soweit sie das Sparkassengesetz von Baden-Württemberg, die aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen oder unsere Satzung vorsehen. Darüber hinaus sind wir seit 2011 im Pfandbriefgeschäft tätig.

Als selbstständiges Wirtschaftsunternehmen verfolgen wir das Ziel, auf Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in unserem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und eine angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen.

Organe der Kreissparkasse Ludwigsburg sind der Verwaltungsrat, der Kreditausschuss und der Vorstand. Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien für die Geschäfte der Sparkasse, erlässt Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeiten. Er setzt sich aus insgesamt 18 Mitgliedern zusammen. Der Kreditausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats und 3 weiteren Mitgliedern, beschließt über die Zustimmung zur Gewährung von Krediten nach der Geschäftsanweisung und über die Zustimmung zur Gewährung von Organkrediten im Sinne von § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern. Er leitet die Sparkasse in eigener Verantwortung, vertritt sie nach außen und führt ihre Geschäfte. Die Kreissparkasse ist unterteilt in drei Geschäftsbereiche, die jeweils von einem Vorstand geführt werden.

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg (SVBW) dem Sicherungssystem der Sparkassenfinanzgruppe angeschlossen. Dieser Haftungsverbund sichert den Bestand aller Sparkassen und damit in vollem Umfang auch die Einlagen der Kunden. Dieser Schutz gilt für Einlagen privater und gewerblicher Anleger und ohne betragsmäßige Begrenzung.

3.2.2.1.2 Wirtschaftsbericht

Gesamtaussage des Vorstands zum Geschäftsverlauf und zur Lage 2013

Die Kreissparkasse Ludwigsburg verfolgte im Geschäftsjahr 2013 weiter ein moderates aber stetiges Wachstumsziel. Die geschäftliche Entwicklung sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage können unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen und der branchenspezifischen Entwicklung als zufriedenstellend bezeichnet werden. Der erzielte Jahresüberschuss entspricht dem erwarteten Geschäftsergebnis.

	Bestand	in % des Geschäftsvolumens		Veränderungen		
	31.12.13	31.12.13	31.12.12	2013	2013	2012
	Mio. €	%	%	Mio. €	%	%
Geschäftsvolumen ¹⁾	9.761,0	100,0	100,0	132,4	1,4	1,2
Bilanzsumme	9.684,1	99,2	99,1	138,8	1,5	1,1
Aktivgeschäft²⁾						
Kundenkreditvolumen	4.942,2	50,6	51,0	28,6	0,6	6,8
Forderungen an Kreditinstitute	930,3	9,5	11,0	-130,5	-12,3	-26,5
Wertpapiervermögen	3.471,4	35,6	33,7	225,6	7,0	5,1
Anlagevermögen	236,8	2,4	2,5	-6,5	-2,7	2,3
Sonstige Vermögenswerte	180,3	1,9	1,7	15,2	9,2	11,0
Passivgeschäft						
Mittelaufkommen von Kunden	6.310,3	64,6	65,5	0,1	0,0	1,0
darunter:						
Sichteinlagen	3.536,2	36,2	36,0	66,6	1,9	17,1
Termineinlagen und aufgenommene Gelder	797,5	8,2	7,0	127,6	19,0	-3,7
Spareinlagen	1.827,4	18,7	20,2	-114,6	-5,9	-11,2
Eigenemissionen	149,2	1,5	2,4	-79,5	-34,8	-43,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.403,1	24,6	23,9	104,9	4,6	-3,3
Eigene Mittel	847,3	8,7	8,4	37,5	4,6	17,0
darunter:						
Sicherheitsrücklage	507,3	5,2	5,1	17,5	3,6	3,7
Fonds für allgemeine Bankrisiken	340,0	3,5	3,3	20,0	6,3	45,5

1) Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

2) inklusive Passivposten 1 unter dem Strich

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Geschäftsvolumen. Entsprechend erhöhte sich auch die Bilanzsumme. Zuwachsraten ergaben sich insbesondere im Bereich Wertpapiervermögen, Kundenkreditvolumen sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Rückläufig entwickelte sich dagegen der Bereich Forderungen an Kreditinstitute.

	GuV-Positionen	Ergebnis		Veränderungen		
		1.1.- 31.12.13	1.1.- 31.12.12	2013	2013	2012
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	%	%
Zinsüberschuss	1, 2, 3, 4 + 17	196,3	164,0	32,3	19,7	22,7
Provisionsüberschuss	5 + 6	47,7	50,0	-2,3	-4,6	5,1
Verwaltungsaufwand	10 + 11	-142,8	-141,2	-1,6	1,2	6,1
Personalaufwand	10a	-92,8	-90,4	-2,3	2,6	9,5
Sachaufwand	10b + 11	-50,0	-50,7	0,7	-1,4	0,4
Nettoertrag des Handelsbestands	7	0,3	0,7	-0,5	-61,6	-510,7
Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	8 + 12	-33,7	-3,3	-30,4	921,7	181,8
Bewertungsergebnis	13, 14, 15 + 16	13,0	82,9	-69,9	-84,3	-23,3
Zuführung Fonds für allgemeine Bankrisiken	18	-20,0	-100,0	80,0	-80,0	-16,7
Saldo sonstige Positionen	9, 20, 21, 22 + 24	-0,3	-0,3	0,0	-0,3	25,4
Steuern	23	-43,0	-35,6	-7,4	20,7	103,0
Jahresüberschuss	25	17,5	17,3	0,2	1,1	0,4

Entgegen unserer Erwartung erhöhte sich der Zinsüberschuss im Berichtsjahr. Ergänzende Erläuterungen hierzu werden unter Punkt 3.2.2.1.6 in der Ertragslage dargestellt. Des Weiteren war die Ertragslage gekennzeichnet durch zurückgehende Provisionserlöse und gestiegene Verwaltungsaufwendungen. Der Saldo aus den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen liegt deutlich unter dem Wert des Vorjahres. Bedingt, insbesondere durch den geänderten Ausweis von Derivaten bei der Bewertung, die weder in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen noch als Bewertungseinheiten (Mikro-Hedges) zugeordnet wurden sowie den realisierten Erfolgsbeiträgen von Derivaten (bisher: Bewertungsergebnis), ist ein Vorjahresvergleich nicht möglich. In diesem Geschäftsjahr wurden keine nennenswerten neuen Bewertungsmaßnahmen für Kredite vorgenommen. Trotz hoher Veräußerungserlöse konnte im Bereich der Wertpapiere das Niveau des Vorjahres nicht mehr erreicht werden.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliches Umfeld

Die Wachstumsschwäche bei wichtigen Handelspartnern und die nach wie vor bestehenden Unsicherheiten im Gefolge der internationalen Schuldenkrise wirkten sich auch 2013 auf die deutsche Konjunktur aus. Zwar stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland noch um 0,4 %, während es in der Eurozone um 0,4 % zurückging, aber vor allem die Exportentwicklung blieb deutlich hinter der Exportdynamik früherer Jahre zurück. Mit real 0,6 % erhöhten sich die Exporte weit weniger als die Importe (+ 1,3 %). Die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen verzeichneten sogar einen realen Rückgang.

Umso erfreulicher war, dass die Beschäftigung dennoch zunahm. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresverlauf auf über 42 Millionen. Gleichwohl hat sich die Arbeitslosenquote sogar geringfügig auf 6,9 % erhöht.

Deutsche Kreditwirtschaft

Die Risiken für die deutsche Kreditwirtschaft verharrten auf hohem Niveau, was vor allem durch die anhaltende Niedrigzinsphase bedingt war. Gleichzeitig hat sich der Wettbewerb verschärft – insbesondere auch deshalb, weil manche Banken, für die sich die Beschaffung von Liquidität auf den internationalen Finanzmärkten schwierig darstellte, im Einlagenbereich Konditionen weit über dem allgemeinen Marktniveau anboten. Auch die Entwicklungen im regulatorischen Bereich wirkten belastend. Festzuhalten ist aber, dass die steigenden Anforderungen an Qualität und Höhe des Eigenkapitals zu einer besseren Kapitalausstattung der Institute führt.

Entwicklung in der Sparkassenorganisation

Die Ratingagentur FitchRatings erteilte mit dem Ratingbericht vom Januar 2014 den Sparkassen ein Emittentenrating für langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von A+ sowie für kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von F1+. Das Viability Rating (Stand-alone-Rating) in Höhe von a+ für die Gruppe der Sparkassen wurde ebenfalls erneut bestätigt. Die Agentur Moody's Investors Service bestätigte im März 2013 für die Sparkassen-Finanzgruppe ein Verbundrating (Corporate Family Rating, CFR) von Aa2. Darüberhinaus erteilte Moody's ein Bank-Finanzkraftratings (BFSR) C+ für die Sparkassen-Finanzgruppe. Die Agentur DBRS Ratings Limited bestätigte im März 2013 die Floor-Ratings A (high) für Emittenten und langfristige nicht nachrangige Verbindlichkeiten sowie R-1(middle) für kurzfristige Wertpapiere für sämtliche Mitglieder des Haftungsverbundes der Sparkassen-Finanzgruppe.

Vergleichsweise gute Beschäftigungssituation im Kreis Ludwigsburg

Die schwache Investitionstätigkeit und die verhaltene Exportentwicklung wirkten sich auch auf den Landkreis Ludwigsburg aus. Mit 3,8 % im Dezember lag die Arbeitslosenquote zwar deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt, sie hat sich aber gegenüber dem Vorjahr nicht weiter vermindert. Trotzdem zeigten sich im Verlauf des Jahres wichtige Erholungstendenzen. So bezeichneten bei der Herbstumfrage der Industrie- und Handelskammer im Bezirk Ludwigsburg 42,3 % der Unternehmen ihre Geschäftslage als „gut“ – eine Verbesserung um 15 Prozentpunkte gegenüber dem Frühsommer. 49,5 % der Unternehmen werteten ihre Lage als „befriedigend“, nur 8,2 % als schlecht. Auch die Geschäftserwartungen waren positiv: Fast ein Drittel der befragten Unternehmen ging von einer Verbesserung ihrer Geschäftslage aus, nur gut 11 % von einer Verschlechterung. Allerdings ließen die Investitions- und Beschäftigungspläne im Herbst 2013 noch keine eindeutige Steigerungstendenz erkennen.

Wettbewerbssituation und Marktstellung im Geschäftsgebiet

Durch die persönliche Betreuung unserer Kunden und die auf den Kunden zugeschnittenen Produkte und Dienstleistungen konnte die Kreissparkasse Ludwigsburg auch weiterhin ihre führende Marktposition im Geschäftsgebiet gut behaupten.

Geschäftsverlauf

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Auch im Geschäftsjahr 2013 setzte sich die positive Entwicklung des Vorjahres fort. Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) erhöhte sich um 1,4 % auf 9,8 Mrd. €. Entsprechend erhöhte sich auch die Bilanzsumme um 1,5 % und beträgt nunmehr 9,7 Mrd. € (Vorjahr: 9,5 Mrd. €). Ausschlaggebend waren im Wesentlichen die Erhöhung unseres Wertpapiervermögens sowie gestiegene Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Aktivgeschäft

Kundenkreditvolumen

Das Kundenkreditvolumen verzeichnete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen leichten Zuwachs und weist nun 4,9 Mrd. € aus. Der Anteil des Kundenkreditvolumens am Geschäftsvolumen lag mit 50,6 % unter dem Durchschnittswert der Sparkassen unseres baden-württembergischen Verbandsgebietes.

Die positive Entwicklung resultiert überwiegend aus dem mittel- und langfristigen Kreditgeschäft und betrifft sowohl die Kredite an Unternehmen und Selbstständige wie auch Kredite an Privatpersonen.

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden im Berichtsjahr nochmals um 130,5 Mio. € (Vorjahr: -382,6 Mio. €) auf nunmehr 930,3 Mio. € zurückgeführt.

Wertpapiervermögen

Das Wertpapiervermögen, das sich aus Schuldverschreibungen sowie anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren zusammensetzt, lag mit 3,5 Mrd. € (Vorjahr: 3,2 Mrd. €) über dem Vorjahreswert. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 80,2 Mio. € auf 2,1 Mrd. €. Hierbei handelt es sich um festverzinsliche Wertpapiere erstklassiger Adressen, die vor allem der Liquiditätsreserve dienen. Der Bestand an anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich um 145,5 Mio. € auf 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,2 Mrd. €). Der Anteil der Eigenanlagen am Geschäftsvolumen beträgt 35,6 % und liegt damit über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen.

Passivgeschäft

Mittelaufkommen von Kunden

Im Geschäftsjahr konnten die Kundeneinlagen auf dem Niveau des Vorjahres (6,3 Mrd. €) gehalten werden. Im Vergleich zu den baden-württembergischen Sparkassen lag der Anteil unserer Kundeneinlagen am Geschäftsvolumen unter dem Durchschnitt.

Während sich die Termingeldeinlagen um 127,6 Mio. € und die Sichteinlagen (inkl. Geldmarktkonten) um 66,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr erhöht haben, zeichnete sich bei den Spareinlagen ein Rückgang um 114,6 Mio. € ab.

Die Anleger sind aufgrund der historisch niedrigen Zins-Rahmenbedingungen spürbar zurückhaltender geworden. Nach wie vor werden bessere Renditechancen bei längerfristigen Anlagehorizonten außer Acht gelassen.

Das kurzfristige Anlageziel vieler Kunden führte auch bei den Eigenemissionen (Sparkassenbriefe und verbrieft Verbindlichkeiten) zu einem weiteren Rückgang um 79,5 Mio. € auf 149,2 Mio. €. Dieser Rückgang ist auf Fälligkeiten und vorzeitige Kündigungen der verbrieften Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um 104,9 Mio. € auf 2,4 Mrd. €.

Im Geschäftsjahr 2013 hatte die Kreissparkasse Ludwigsburg Hypotheken-Inhaberpfandbriefe sowie Hypotheken-Namenspfandbriefe mit einem Nominalwert von insgesamt 115 Mio. € im Bestand. Auf unserer Internetseite werden vierteljährlich Informationen zur Pfandbriefdeckungsmasse gemäß § 28 PfandBG veröffentlicht.

Dienstleistungen

Der Provisionsertrag im Dienstleistungsgeschäft, der sich im Wesentlichen aus den Teilbereichen Zahlungsverkehr, Kartengeschäft, Wertpapier- und Vermittlungsgeschäft im Sparkassenverbund sowie der Vermittlung von Immobilien zusammensetzt, ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Der Provisionsertrag hat sich um 2,1 Mio. € auf 49,6 Mio. € reduziert. Während im Bereich Zahlungsverkehr die Vorjahreswerte übertroffen wurden, hat sich dagegen der Provisionsertrag im Bereich des Vermittlungsgeschäftes (Bausparen, Versicherungen und Immobilien) reduziert.

Das Wertpapiergeschäft hat sich im Geschäftsjahr 2013 insgesamt rückläufig entwickelt. Jedoch konnten die mit unseren Kunden getätigten Aktienumsätze und der Kauf von Fondsanteilen erneut ausgebaut werden.

Eigenhandel

Wir betreiben Eigenhandel mit Aktien, Renten, Zertifikaten, Investmentfonds sowie Derivaten und Devisen.

Im Vordergrund unserer Handelstätigkeit stehen die liquiditäts- und ertragsorientierte Anlage der freien Sparkassenmittel sowie die Steuerung des Zinsspannenrisikos.

Die zum Bilanzstichtag bestehenden Derivategeschäfte (Anlagebuchgeschäfte) wurden insbesondere zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos, zur Absicherung von Risiken aus Kundengeschäften und zur Absicherung der Kursrisiken unseres Bestands an festverzinslichen Wertpapieren abgeschlossen. Wir verweisen hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte auf die Darstellung im Anhang zum Jahresabschluss.

Die sich aus den Geschäften ergebenden Marktpreisrisiken bewegten sich 2013 innerhalb der vorgegebenen Risikolimits. Den Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken trugen wir dadurch Rechnung, dass mit ausgewählten Partnern und auf Basis von Emittenten- und Kontrahentengrenzen überwiegend nur börsengehandelte und liquide Wertpapiere beziehungsweise Finanzinstrumente gehandelt wurden.

Investitionen

Die im Berichtsjahr fertiggestellte betriebseigene Kindertagesstätte der Kreissparkasse Ludwigsburg wurde am 1. März 2013 eröffnet. In der Geschäftsstelle Remseck am Neckar (Hochberg) wurde das neue Filialkonzept umgesetzt. Darüber hinaus wurden weitere Geschäftsstellen auf den baulich und banktechnologisch neuesten Stand gebracht sowie haustechnische Anlagen in unseren Gebäuden saniert.

3.2.2.1.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

3.2.2.1.4 Vermögenslage

Die Vermögenslage unseres Hauses ist gegenüber dem Verbandsdurchschnitt durch höhere Anteile im Bereich Wertpapiervermögen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gekennzeichnet. Dem gegenüber sind die Bereiche Kundenkreditvolumen, Mittelaufkommen von Kunden sowie Forderungen gegenüber Kreditinstituten geringer ausgeprägt.

Für Risiken im Kreditgeschäft wurde dem Vorsichtsprinzip entsprechend durch die Bildung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Vorsorge getroffen. Der Wertpapierbestand wurde zum Niederstwert bilanziert. In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere dem Wertpapierbestand sowie dem Grundvermögen, sind stille Reserven enthalten. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB beträgt zum Geschäftsjahresende 340,0 Mio. €. Darüber hinaus bestehen mittelbare Pensionsverpflichtungen, die sich aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten ergeben.

Der Vorstand wird dem Verwaltungsrat vorschlagen, auch weiterhin den gesamten Bilanzgewinn der Sicherheitsrücklage zuzuführen. Danach wird sich die Sicherheitsrücklage auf 507,3 Mio. € belaufen; dies entspricht einem Zuwachs von 3,6 % gegenüber dem Vorjahr. Neben der Sicherheitsrücklage bestehen umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile.

Die Gesamtkennziffer nach § 2 Abs. 6 SolvV überschreitet zum 31. Dezember 2013 mit 18,0 % deutlich die gesetzlich vorgeschriebene Mindestnorm von 8,0 %. Die Gesamtkennziffer lag im Jahr 2013 zwischen Werten von 16,7 % und 18,1 %. Damit ist für die kommenden Jahre ein ausreichender Expansionsspielraum vorhanden.

3.2.2.1.5 Finanzlage

Zur Überwachung unserer Zahlungsfähigkeit bedienen wir uns einer kurz- und mittelfristigen Finanzplanung, wobei die zu erwartenden Zahlungsströme rollierend bis zu 12 Monaten berücksichtigt werden. Unsere Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge gegeben. Die Folgen der Finanzmarktkrise hatten für die Liquidität unseres Hauses keine Konsequenzen.

Die eingeräumten Kredit- beziehungsweise Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Landesbank Baden-Württemberg wurden teilweise in Anspruch genommen. Das zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften notwendige Guthaben haben wir in der erforderlichen Höhe bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Zum Jahresende errechnete sich eine nach der Liquiditätsverordnung berechnete Liquiditätskennzahl (Mindestwert 1,0) von 2,2 (Vorjahr: 1,8). Die Anforderungen der Liquiditätsverordnung wurden 2013 jederzeit erfüllt, da die Liquiditätskennzahl zwischen 1,8 und 2,6 lag.

Auch die nach der Liquiditätsverordnung für die weiteren Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu 12 Monaten) zu berechnenden Beobachtungskennzahlen deuten nicht auf zu erwartende Engpässe hin.

3.2.2.1.6 Ertragslage

Der im Geschäftsjahr um 32,3 Mio. € (Veränderung Vorjahr: +30,3 Mio. €) auf 196,3 Mio. € erhöhte Zinsüberschuss (einschließlich GuV-Positionen 3, 4 und 17) lag über dem Vorjahreswert und ist weiterhin unsere bedeutendste Ertragsquelle. Insbesondere aufgrund der Struktur

unserer Festzinspositionen ist der Zinsaufwand stärker gesunken als der Zinsertrag. Im Zinsüberschuss enthalten waren Aufwendungen mit Einmalcharakter, die im Wesentlichen aus der vorzeitigen Schließung von Sicherungsgeschäften resultieren. Im Jahr 2013 wurden die aus den direkt und indirekt über den SVBW gehaltenen stillen Einlagen an der LBBW bedient sowie ausstehende Zinszahlungen für die Vorjahre teilweise nachgeholt.

Der Provisionsüberschuss lag mit 47,7 Mio. € (Vorjahr: 50,0 Mio. €) unter dem Vorjahresniveau. Wesentlich für den Rückgang war die rückläufige Entwicklung im Vermittlungs- und Wertpapiergeschäft.

Der Verwaltungsaufwand, der sich in Personal- und andere Verwaltungsaufwendungen aufteilt, lag mit 135,1 Mio. € (Vorjahr: 133,8 Mio. €) über dem Vorjahreswert. Ausschlaggebend für die Erhöhung der Personalkosten waren insbesondere tarifliche Lohnerhöhungen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen entwickelten sich dagegen rückläufig.

Das Nettoergebnis aus Handelsgeschäften, das aus dem Handel mit Wertpapieren und Derivaten resultiert, bewegte sich unter dem Vorjahresniveau.

Das Ergebnis vor Bewertung, das sich aus dem Zins- und Provisionsüberschuss, dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen sowie dem Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, vermindert um den Verwaltungsaufwand, ergibt, betrug im Jahr 2013 67,8 Mio. € und lag somit um 2,5 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Nach Vornahme aller notwendigen Bewertungsmaßnahmen weisen wir ein im Vergleich zum Vorjahr geringeres Ergebnis nach Bewertung aus. Insgesamt ging das Bewertungsergebnis auf 13,0 Mio. € zurück.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss erhöhte sich auf 17,5 Mio. €. Dies trägt zur weiteren Stärkung der Eigenkapitalbasis unseres Hauses bei. Vom ausgewiesenen Jahresüberschuss wurden 8,5 Mio. € vorweg in die Sicherheitsrücklage eingestellt. Nach der vorgesehenen Zuführung des Bilanzgewinns von 9,0 Mio. € beträgt das Eigenkapital 507,3 Mio. € (5,2 % der Bilanzsumme).

Zur weiteren Analyse der Ertragslage unseres Hauses setzen wir für interne Zwecke den sogenannten "Betriebsvergleich" der Sparkassenorganisation ein, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse unseres Ergebnisses in Relation zur Durchschnittsbilanzsumme (errechnet auf Basis der Tageswerte) erfolgt. In das errechnete Betriebsergebnis vor Bewertung gehen die ordentlichen Erträge sowie die ordentlichen Aufwendungen (einschließlich Verwaltungskosten) aus Zins-, Dienstleistungs- und Handelsgeschäften ein. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Nach Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Unser Betriebsergebnis vor Bewertung lag erneut deutlich über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen ähnlicher Größenordnung. Das Betriebsergebnis nach Bewertung lag ebenfalls deutlich über dem Wert der Vergleichsgruppe. Das neutrale Ergebnis wurde durch die Realisierung schwebender Verluste aus Zinssicherungsgeschäften belastet.

Die unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten berechnete Cost-Income-Ratio (Verhältnis von ordentlichem Aufwand zu ordentlichem Ertrag), ist wie erwartet gestiegen und lag mit 53,7 % (Vorjahr: 53,4 %) unter dem vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband vorgegebenen Zielwert von 60 %. Während der Verwaltungsaufwand, der sich aus Personal- und Sachaufwand zusammensetzt, geringer als erwartet ausfiel, erhöhte sich dagegen der Zinsüberschuss.

Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität vor Steuern ist auf 9,9 % (Vorjahr: 22,1 %) gesunken. Wie angekündigt lag die Ursache des starken Rückgangs insbesondere an den Maßnahmen im Rahmen der Basel III-Vorbereitungen.

3.2.2.1.7 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (Mitarbeiter – Kunden – Umwelt)

Mitarbeiter/-innen

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Angestellten (einschließlich Teilzeitbeschäftigten, jedoch ohne Auszubildende, Mitarbeiter/-innen im Erziehungsurlaub, während Bundesfreiwilligendienst und in der Altersteilzeitphase) beträgt 1.436 (Vorjahr: 1.422). Einschließlich der Auszubildenden, Boten, Reinigungskräfte und der wegen des Bundesfreiwilligendienstes oder Erziehungsurlaubs beurlaubten Mitarbeiter/-innen, sowie den Mitarbeiter/-innen die sich in der Altersteilzeitphase befinden, hatten 2013 durchschnittlich 1.853 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.804) bei uns einen Arbeitsplatz.

Im März 2013 wurde die betriebseigene Kindertagesstätte „Knax-Garten“ eröffnet. Hier können bis zu 30 Kinder unserer Mitarbeiter/-innen ganztägig betreut werden. Dieses Angebot ist eine bedeutende Säule und zeigt, wie sich die Themen Familie und Beruf miteinander verbinden lassen.

Auch im Jahr 2013 hatte die Kreissparkasse Ludwigsburg ein breit gefächertes und umfassendes Weiterbildungsangebot für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Neben Fach- und Führungstrainings standen persönlichkeitsbildende Maßnahmen und Coachings im Fokus.

Im September 2013 haben 99 junge Menschen ihre Ausbildung bei uns begonnen. Somit genießt die Ausbildung, mit insgesamt 262 Auszubildenden, einen sehr hohen Stellenwert. Wir weisen damit eine weit über dem Branchendurchschnitt liegende Ausbildungsquote von über 14 % aus.

Im Jahr 2013 sind wir zwei weitere Bildungspartnerschaften im Landkreis Ludwigsburg eingegangen – mit dem Friedrich-Schiller-Gymnasium in Marbach und dem Wirtschaftsgymnasium der Erich-Bracher-Schule in Pattonville.

Kundenbeziehungen

Die Wünsche und Interessen unserer Kunden stehen bei uns an erster Stelle. Unsere internen Maßstäbe und Ziele sind daher konsequent an den Bedürfnissen und Erwartungen unserer Kunden ausgerichtet. Die enge Beziehung und das hohe Vertrauensverhältnis sind wesentliche Voraussetzungen für den derzeitigen geschäftlichen Erfolg. Unsere Serviceversprechen gegenüber den Kunden dokumentieren unseren hohen Qualitätsanspruch.

Der zukünftige wirtschaftliche Erfolg hängt für uns in den kommenden Jahren wesentlich davon ab, ob es uns gelingt, neue Märkte zu erschließen und bestehende auszubauen - regional und produktbezogen. Voraussetzung dafür ist es, neue Kundenbedürfnisse frühzeitig zu erkennen und in Lösungen umzusetzen.

Die Individualisierung der Kundenwünsche ist eine gesellschaftliche Entwicklung, die wir durch regelmäßige Kundenbefragungen auch in unserem Geschäftsgebiet feststellen. Deshalb entwickeln wir die systematische und strukturierte Beratung durch den Sparkassen-Finanz-Check im Privatkunden- und Firmenkundensegment ständig weiter und bieten individuelle Lösungen für unterschiedlichste Finanzbedürfnisse in den verschiedenen Lebensphasen unserer Kunden an.

Im Bereich der Anlageberatung werden der Beratungsprozess und die Dokumentation unter Beachtung der gesetzlichen Anforderungen ständig weiter optimiert. Regelmäßige Mitarbeiterschulungen sichern nachhaltig den hohen Qualitätsstandard und die Kompetenz unserer ganzheitlichen Beratung. Dieser Qualitätsstandard wird regelmäßig im Rahmen von Kundeninterviews vom Institut forum! Marktforschung überprüft.

Eine zentrale Rolle für die Kundenzufriedenheit spielt das Beschwerdemanagement. Mittels gezielter Erfassung und Auswertung der Beschwerden ist eine zügige Bearbeitung von Beanstandungen gewährleistet, um die Kundenzufriedenheit zu erhalten und bestehende Prozesse weiterhin kundenorientierter zu gestalten.

Besonders erfreulich: Focus Money honorierte im Bankentest 2013 die Qualität unserer Privatkundenberatung in Ludwigsburg mit der Auszeichnung "Beste Bank".

Wir bieten eine breite Service- und Produktpalette an - darunter Leasing, Bausparen, Kreditkarten, Versicherungen, Altersvorsorge bis hin zu komplexen Anlage- und Zinssicherungsinstrumenten. Die Betreuung erfolgt durch einen festen Ansprechpartner rund um alle Finanzthemen und trägt damit unter dem Motto „alles aus einer Hand“ einem zentralen Kundenbedürfnis Rechnung.

Umweltverträglichkeit

Zentrale Anliegen der Kreissparkasse Ludwigsburg sind, den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu senken und die Umweltverträglichkeit durch geeignete Maßnahmen weiter zu verbessern. Dazu gehört für uns, an unseren Standorten mit dem Einsatz moderner Technologien den Umweltschutz und das Umweltbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Beim Um- und Neubau von Gebäuden investieren wir bewusst in umweltgerechte Baustoffe und sparsame Gebäudetechnik. Zukünftig werden wir unsere Geschäftsstellenumbauten durch die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) zertifizieren lassen.

Nachhaltiges Wirtschaften ist für die Kreissparkasse Ludwigsburg keine Modeerscheinung sondern Ausdruck ihres Gründungsauftrags. Auch im Geschäftsjahr 2013 hielt die Nachfrage nach Finanzprodukten mit nachhaltiger Komponente weiter an. Es zeigte sich erneut, dass viele Kunden ganz bewusst die Kombination von schwarzen Zahlen mit ökologischen und sozialen Ideen suchen. So haben unsere Kunden zum Beispiel allein im Jahr 2013 rund 12 Millionen Euro in Green-TWIN – einer Kombination aus sechsmonatigem Festgeld der Kreissparkasse Ludwigsburg mit einem Sonderzins und einem nachhaltigen Investmentfonds von DekaBank und Ökoworld – investiert. Dabei erfolgen die Investments der Fonds ausschließlich in Unternehmen, die das zukunftsorientierte Wirtschaftsprinzip der Nachhaltigkeit nachprüfbar bereits heute zum Vorteil von Mensch und Anleger nutzen.

Soziale und gesellschaftliche Verantwortung

Wir betrachten es als wesentliches Element unserer Unternehmensphilosophie, in unserem Geschäftsgebiet soziale und gesellschaftliche Verantwortung zu leben. „Kreissparkasse Ludwigsburg – Gut für Generationen“ – dieses Leistungsversprechen leben wir nicht nur als Finanzdienstleister, sondern auch als Förderer einer Vielzahl von gemeinnützigen Aktivitäten im Kreis Ludwigsburg. Mit Spenden, durch Sponsoring oder über unsere Stiftungen „Jugendförderung, Arbeit und Soziales“, „Kunst, Kultur und Bildung“ und „Umwelt- und Naturschutz“ sowie die „Kreissparkassenstiftung Gesundheit im Landkreis Ludwigsburg“ fördern wir die Attraktivität und Lebensqualität unserer Region und der Menschen, die hier leben.

Neben den vier Kreissparkassen-Stiftungen tragen wir gemeinsam mit dem Landkreis die „Schullandheim Strümpfelbrunn Stiftung“. Zu unserem Angebot gehört auch die 2007 gegründete Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Ludwigsburg, in die auch private Stifter, Bürgerstiftungen und Kommunen ihre unselbstständigen Stiftungen einbringen können.

Wir fördern soziale Einrichtungen, die Jugend, das sportliche und kulturelle Leben sowie den Umwelt- und Naturschutz im Kreis Ludwigsburg.

Auch im Berichtsjahr 2013 haben wir wieder annähernd 900 Projekte mit Spenden- und Sponsoringmaßnahmen gefördert und dabei zusammen mit den erfolgten Stiftungsdotationen rund 4 Millionen Euro investiert. Gleichzeitig haben wir 2013 wieder über 300 Veranstaltungen angeboten, die wir selbst durchführen oder unterstützen.

3.2.2.1.8 Nachtragsbericht: Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

3.2.3 Risikobereich

3.2.3.1 Risikomanagement

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unter Berücksichtigung eines risiko- und ertragsadäquaten Einsatzes des Eigenkapitals sind Kernfunktionen von Kreditinstituten. Daher wurde als Bestandteil der Unternehmenssteuerung vom Vorstand ein Risikomanagement installiert, das der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken dient. Die risikorelevanten Steuerungsinformationen dienen als Grundlage für strategische und operative Geschäftsentscheidungen. Klare Aufgabenteilung und ein enges Zusammenspiel zwischen den beteiligten Geschäftsbereichen ermöglichen eine effiziente Umsetzung der risikopolitischen Steuerungsimpulse. Um den Anforderungen der sich kontinuierlich verändernden Rahmenbedingungen zu begegnen, passen wir unsere Strategien, Konzepte, Verfahren, Instrumente sowie aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen stetig an. Wir halten bezüglich unserer gesetzten Strategien und implementierten Prozesse die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ein.

Aufgrund des von uns erstellten Risikoprofils betrachten wir folgende Risiken als wesentlich für unser Haus: Adressenausfallrisiken einschließlich Länderrisiken, Marktpreisrisiken, hier vor allem das Zinsänderungsrisiko und die Kursrisiken im Wertpapiergeschäft, Liquiditätsrisiken sowie die operationellen Risiken.

Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien für unsere Geschäfte und erlässt Geschäftsweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeit. Über unsere Risikosituation wird er durch den Vorstand vierteljährlich anhand des Risikoberichts informiert.

Der Vorstand ist für die Ausgestaltung des Gesamtsystems "Risikomanagement" verantwortlich. Dabei legt der Vorstand neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die wesentlichen strategischen und methodischen Ausrichtungen, die Höhe des möglichen Gesamtbankrisikos und die Aufteilung der Limite nach Adressenausfall-, Beteiligungs-, Marktpreis-, Zinsspannen-, Immobilien- und operationellen Risiken sowie Risiken aus der Risikoimmunsierung der LBBW vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit fest. Innerhalb dieser Vorgaben erfolgt die Steuerung der Risikopositionen in den jeweils verantwortlichen Abteilungen.

Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken werden die Kreditkompetenzen in Abhängigkeit von Kredit-, Blankovolumen und Risikoklassifizierung festgelegt. Oberhalb bestimmter Grenzen entscheidet der Vorstand einzelfallbezogen beziehungsweise ist eine Zustimmung des Kreditausschusses notwendig. Auf Basis der jeweiligen bonitäts- und betragsabhängigen Kreditkompetenzen gibt der Marktbereich ein Votum ab. Oberhalb einer definierten Obligohöhe wird von der Marktfolgeeinheit eine separate Stellungnahme in Form eines eigenständigen Zweitvotums abgegeben.

Die Abteilungen Treasury und Eigenhandel steuern im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Gesamtbankstrategie und der daraus entwickelten Limitvorgaben eigenverantwortlich die Marktpreisrisiken. Darüber hinaus steuert die Abteilung Treasury auch die Liquiditätsrisiken.

Die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling koordiniert den Prozess zur Ermittlung der operationellen Risiken, überprüft das eingesetzte Instrumentarium, analysiert beziehungsweise überwacht die Entwicklung der Risiken auf Basis der Methode „fokussierte Risikolandkarte“ und der eingetretenen Schäden und erstellt quartalsweise den Risikobericht.

Um die Risiken aus neuen Produkten oder neuen Märkten korrekt einschätzen zu können, werden die Voraussetzungen für die Einführung von den betroffenen Abteilungen analysiert und diskutiert. Bei Handelsgeschäften wird vor dem laufenden Handel grundsätzlich eine Testphase unter Einbindung der betroffenen Organisationseinheiten durchgeführt. Erst bei erfolgreichem Test und Vorhandensein geeigneter Risikosteuerungsinstrumente beginnt der laufende Handel.

Vor einer wesentlichen Veränderung betrieblicher Prozesse und Strukturen werden die Auswirkungen auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität erhoben und analysiert.

Das zentrale Risikocontrolling hat, als aufbau- und ablauforganisatorisch von den geschäftsverantwortlichen Bereichen unabhängige Organisationseinheit, die Funktion, die Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Dem Risikocontrolling obliegt die Methodenauswahl sowie die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren. Mit wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen werden berücksichtigt. Zusätzlich verantwortet das Risikocontrolling die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die Ableitung sowie die Überwachung der Einhaltung von Limiten.

Die Compliance-Funktion wurde mit dem Ziel eingerichtet, Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken.

Die Interne Revision unterstützt als prozessunabhängige Stelle in ihrer Überwachungsfunktion den Vorstand und die anderen Führungsebenen. Grundlage hierfür ist ein risikoorientierter Prüfungsplan, der vom Vorstand genehmigt wurde. Auf dieser Grundlage prüft und bewertet die Interne Revision grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Dazu zählt auch die Prüfung des Risikomanagements – das heißt das Risikosteuerungs- und -controllingsystem – sowie die Einhaltung interner und externer Regelungen. Der Fokus liegt hierbei auf den Prozessen und Methoden unter Beachtung der Grundsätze von Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Dies trägt wesentlich zur Einhaltung definierter Prozesse bei und unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse. Wesentliche Feststellungen mit Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- beziehungsweise Ertragslage haben sich im Geschäftsjahr 2013 nicht ergeben. Empfehlungen der Internen Revision werden validiert, festgestellte Mängel bereinigt.

Phasen des Risikomanagementprozesses

Mit dem Ziel der Entwicklung eines einheitlichen und in sich geschlossenen Systems zur Analyse und Quantifizierung der bestehenden Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationellen Risiken unterscheiden wir vier Phasen im Risikomanagementprozess. Zuerst sollen im Rahmen der Risikoidentifikation bestehende und zukünftige wesentliche Risiken identifiziert werden, um davon ausgehend eine Klassifizierung durchführen zu können. Hierzu zählen beispielsweise die bei neuen Produkten oder komplexen Geschäften bestehenden Risiken und deren Integration in das bestehende System. Mit wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen werden im Rahmen der Risikoidentifikation berücksichtigt. Ziel der Risikobeurteilung ist mit einer dem Risiko angemessenen Methode das Risiko zu messen und zu bewerten. Dabei werden für die wesentlichen Risiken angemessene Risikomessungen, zum Beispiel über Risikomodelle oder Szenariobetrachtungen (inkl. Stress-tests), durchgeführt. Die Risikosteuerung stellt sich als Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Die letzte Phase des Prozesses ist die Überwachung der vom Vorstand festgelegten Limite und das Reporting der Risikokennziffern sowie der Analyseergebnisse an den Vorstand

und die zuständigen Geschäftsbereiche durch das Risikocontrolling. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung über die wesentlichen Risiken gemäß MaRisk erfolgt auch eine bedarfsgerechte Ad-hoc-Berichterstattung. Darüber hinaus werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten beziehungsweise Ergebnisse kontrolliert sowie validiert.

Risikotragfähigkeit

Im Rahmen der vierteljährlich durchzuführenden Risikotragfähigkeitsberechnung ermitteln wir die zur Deckung von Verlusten verwendbare Risikodeckungsmasse. Sie gibt Aufschluss darüber, in welcher Höhe wir Risiken im Rahmen der Geschäftspolitik eingehen können. Dabei stellen die installierten Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben ist. Wir setzen ein auf periodischer Sichtweise basierendes Risikotragfähigkeitskonzept ein und richten uns dabei an einem Going-Concern-Ansatz aus, wonach sichergestellt ist, dass auch bei Verlust des zur Risikoabdeckung eingesetzten Risikodeckungspotenzials die Mindestkapitalanforderungen gemäß Solvabilitätsverordnung beziehungsweise CRR erfüllt werden können. Ausgehend vom maximalen Risikodeckungspotenzial wird das einsetzbare Risikodeckungspotenzial ermittelt. Wesentliche Bestandteile des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials sind das Betriebsergebnis vor Bewertung des laufenden Jahres und die nicht zur Einhaltung der Solvabilitätsverordnung/CRR notwendigen Vorsorgereserven. Der Vorstand legt jeweils zum Ende eines laufenden Jahres für das folgende Geschäftsjahr fest, welcher Teilbetrag vom einsetzbaren Risikodeckungspotenzial zur Abdeckung der wesentlichen anzurechnenden Risiken zur Verfügung stehen soll (Limitsystem). Das vom Vorstand für das folgende Geschäftsjahr definierte Limitsystem wird im Verwaltungsrat erörtert. Der nicht für das Limitsystem eingesetzte Betrag steht für die nicht quantifizierten Risiken (Liquiditätsrisiken und sonstige Risiken), Risikokonzentrationen, die nicht beim originären Risiko berücksichtigt sind, sowie für sonstige geschäftspolitische Planungen zur Verfügung. Anschließend werden die hinreichend genau quantifizierbaren wesentlichen Risiken auf das aus dem eingesetzten Risikodeckungspotenzial abgeleitete Limitsystem angerechnet.

Das Risikotragfähigkeitskonzept ist aufgrund der handelsrechtlichen Perspektive auf das Ende des laufenden Geschäftsjahres ausgerichtet. Um die Risikotragfähigkeit auch über diesen Stichtag hinaus sicherstellen zu können, nehmen wir ab dem 2. Quartal des Geschäftsjahres auch eine Betrachtung der Risikotragfähigkeit des Folgejahres vor.

Mit Blick auf die steigenden quantitativen und qualitativen Eigenkapitalanforderungen aus Basel III haben wir Berechnungen zur Quantifizierung des voraussichtlichen Kapitalbedarfs bis zum Jahr 2019 angestellt. Dabei wurden diverse Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung sowie den künftigen Kapitalbedarf getroffen. Auch bei den angenommenen Entwicklungen, wie zum Beispiel rückläufige Betriebsergebnisse aufgrund einer anhaltenden Niedrigzinsphase, wäre die Risikotragfähigkeit damit weiterhin problemlos darstellbar.

Darüber hinaus erfolgt für außergewöhnliche Marktentwicklungen die Durchführung von Stresstests. Hierbei werden Auswirkungen von Änderungen der Risikofaktoren beziehungsweise -parameter auf die wesentlichen Risiken untersucht. Die Durchführung erfolgt in Form von Sensitivitäts- und Szenarioanalysen, die auch Risikokonzentrationen beinhalten. Die Stresstests werden hierbei nicht nur für einzelne Geschäfts- und Risikofelder, sondern zusätzlich auf Ebene des Gesamtinstituts durchgeführt, um Effekte transparent zu machen, die sich erst in der Gesamtbetrachtung ergeben. Es werden insgesamt vier Szenariengruppen betrachtet. Zum einen wird ein risikoartenübergreifendes Szenario und zum anderen werden Szenarien zu den derzeit größten Risiken der Kreissparkasse Ludwigsburg durchgeführt:

- Schwere Rezession: Auswirkungen auf Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelles Risiko

- Zinsrisiko Betrachtung der Auswirkung verschiedener Zinsszenarien auf die Zinsspanne und die Entwicklung des Depot A
- Liquiditätsrisiko: Massiver Abzug von Einlagen bei gleichzeitiger Einschränkung der Refinanzierungsmöglichkeiten auf dem Interbankenmarkt
- Operationelles Risiko: Durchführung einer Sensitivitätsanalyse durch Variierung verschiedener Risikoparameter sowie einer Szenarioanalyse auf Basis von Fällen aus der fokussierten Risikolandkarte

Die Risikotragfähigkeit war in allen untersuchten Szenarien gegeben.

Darüber hinaus führen wir jährlich einen sogenannten „inversen Stresstest“ durch. Ziel ist es, durch rekursives Vorgehen die Risikofaktoren und Parameterveränderungen zu ermitteln, die eine Nichtfortführung des Geschäftsmodells herbeiführen. Ein anlassbezogener Stresstest ist insbesondere dann durchzuführen, wenn sich die der Geschäftsstrategie zugrunde liegenden Einflussfaktoren deutlich verändern.

Risikostrategie

Beim Umgang mit unseren Geschäftsrisiken verfolgen wir auf Basis der Risikotragfähigkeit eine Risikostrategie, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Risiken und für die Umsetzung der Risikostrategie und achtet dabei auf das risikobewusste Verhalten aller Mitarbeiter.
- Gewährleistung der Risikotragfähigkeit
- Die Risikostrategie berücksichtigt die in der Geschäftsstrategie niedergelegten Ziele und Planungen der wesentlichen Geschäftsaktivitäten und die Risiken der wesentlichen Auslagerungen. Sie umfasst auch die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie bestehende Risiko- und Ertragskonzentrationen.
- Mit Hilfe installierter Risikolimits und effizienter Kontrollsysteme soll der Ertrag sichergestellt und das Vermögen geschützt werden. Durch die Festlegung von Risikotoleranzen wurde bestimmt, zu welchen Bedingungen die Sparkasse bereit ist, Risiken einzugehen.
- Es sollen nur Risiken mit einem für uns günstigen Verhältnis von Risiko zu Ertrag eingegangen werden. Risiken mit ungünstiger Relation sollen im Einzelnen sowie in ihrer aggregierten Form vermieden, vermindert oder kompensiert werden. Die eingesetzten Kontrolleinheiten haben dies zu überwachen.
- Die Risikostrategie wird jährlich überprüft und, soweit erforderlich, angepasst. Sie wird im Verwaltungsrat erörtert.

3.2.3.2 Überwachung und Steuerung der Risikoarten

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken verstehen wir die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen vertraglich zugesagte Leistungen durch die Geschäftspartner teilweise oder vollständig ausfallen.

Kundenkreditgeschäft

Die Steuerung des Kundenkreditgeschäfts geschieht unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der einzelnen Engagements. Das Kreditportfolio verteilt sich gleichmäßig auf Unternehmen/Selbstständige und Privatpersonen. Eine Analyse des Kreditportfolios auf Ebene der in den Branchen enthaltenen Wirtschaftszweige zeigt, dass die Portfolios auf dieser Ebene

hinreichend diversifiziert sind. Der Vorstand räumt der Risikobegrenzung im Kundenkreditgeschäft einen hohen Stellenwert ein. Der Begrenzung wird dadurch Rechnung getragen, dass bei Engagements unverändert die Qualität, das heißt ein möglichst risikoarmes Kreditgeschäft, im Vordergrund steht. Für die Übernahme bedeutender Risiken ist die Zustimmung des Kreditausschusses erforderlich.

Die Steuerung erfolgt auf Basis des sogenannten „adressrisikorelevanten Kundenkreditportfolios“. Kein Adressenausfallrisiko besteht regelmäßig bei „notleidenden“ Engagements/Ratingnote 18, bei Treuhandkrediten, Eigenkapitalhilfedarlehen sowie inländischen öffentlichen Haushalten.

Die nachfolgende Übersicht der Unternehmen nach Hauptbranchen spiegelt die Struktur der Wirtschaft in unserem Geschäftsgebiet wider. Dabei zeigt unser Kreditportfolio einen für unseren Landkreis typischen Schwerpunkt im verarbeitenden Gewerbe sowie bei den Dienstleistungen/freien Berufen.

Risikosegment (Unternehmen gesamt)	Obligo zum 31.12.2012		Obligo zum 31.12.2013	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	14,3	0,5	14,9	0,5
Energie, Wasser, Bergbau	104,4	3,3	112,8	3,7
Verarbeitendes Gewerbe	680,3	21,8	651,6	21,1
Baugewerbe	133,7	4,3	127,2	4,1
Handel u. Instandhaltung	316,4	10,1	318,5	10,3
Verkehr, Nachrichten	65,6	2,1	60,8	2,0
Kredit- u. Versicherungswesen	423,0	13,5	351,5	11,4
Dienstleistungen, freie Berufe	1.281,5	41,0	1.372,0	44,5
Bauträger	106,8	3,4	77,6	2,5
gesamt	3.126,0	100,0	3.086,9	100,0

Zentrale Bedeutung für die kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken hat die Bonitätsbeurteilung. Im Rahmen des Risikosteuerungs- und -controllingsystems setzen wir zur Beurteilung der Kreditrisiken in Abhängigkeit von den einzelnen Kundensegmenten verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren ein. Das Rating-/Scoringkonzept umfasst grundsätzlich alle gewerblichen und privaten Kunden.

Zur Beurteilung der Kreditnehmerbonität setzen wir von der Sparkassenorganisation angebotene Systeme (zum Beispiel Scoring- und Ratingsysteme, EBIL zur Einzelbilanzanalyse) ein. Die Bonitätsbeurteilung erfolgt durch erfahrene Kreditanalysten unter Einbeziehung der Kundenbetreuer. Entscheidend für die Bonitätseinstufung sind die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die daraus ermittelte Zahlungsfähigkeit. Aus der Risikoklassifizierung ergeben sich folgende Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD):

	DSGV-Masterskala	PD (%)		DSGV-Masterskala	PD (%)
Investment-Grade	1 (AAAA)	0,00	Non-Investment-Grade	6	0,60
	1 (AAA)	0,01		7	0,90
	1 (AA+)	0,02		8	1,30
	1 (AA)	0,03		9	2,00
	1 (AA-)	0,04		10	3,00
	1 (A+)	0,05		11	4,40
	1 (A)	0,07		12	6,70
	1 (A-)	0,09		13	10,00
	2	0,12		14	15,00
	3	0,17		15	20,00
	4	0,30		15 (B)	30,00
5	0,40	15 (C)	45,00		
		Default	16-18	Ausfall	

Unser adressrisikorelevantes Kreditvolumen in Höhe von 5.997,5 Mio. € (davon 47,8 % unbesichert) ist überwiegend (56,5 %) in der Ratingklasse 1-3 eingestuft. Die nachstehende Übersicht zeigt die absolute und prozentuale Verteilung unseres mit Rating- und Scoringverfahren beurteilten Kundenkreditportfolios (klassische Kundenkreditvolumen, d. h. ohne Wertpapiere, Derivate und Beteiligungen aber einschließlich Schuldscheindarlehen) nach Ratingklassen zum 31. Dezember 2013 im Vergleich zum Vorjahr:

Rating-gruppe	Obligo zum 31.12.2012		Obligo zum 31.12.2013	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
ohne Klassifizierung	46,1	0,8	33,5	0,6
1-3	3.428,9	56,7	3.388,8	56,5
4-5	963,9	16,0	955,4	15,9
6-8	855,3	14,2	802,8	13,4
9-10	289,9	4,8	352,8	5,9
11-13	236,8	3,9	243,6	4,1
14-15	84,8	1,4	63,3	1,1
16	4,6	0,1	3,9	0,1
17	133,7	2,2	153,4	2,6
gesamt	6.043,9	100,0	5.997,5	100,0

Die nachstehende Übersicht zeigt die absolute und relative Aufgliederung unseres Kundenkreditportfolios nach Größenklassen. Zum 31. Dezember 2013 befinden sich 38,9 % in der Größenklasse bis 250 T€.

Größenklassen in Mio. €	Obligo zum 31.12.2012		Obligo zum 31.12.2013	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
> 50,0	408,7	6,8	436,3	7,3
> 30,0 ≤ 50,0	233,5	3,9	251,2	4,2
> 15,0 ≤ 30,0	393,0	6,5	367,3	6,1
> 10,0 ≤ 15,0	191,9	3,2	187,6	3,1
> 7,0 ≤ 10,0	203,7	3,4	247,8	4,1
> 5,0 ≤ 7,0	182,4	3,0	177,6	3,0
> 2,0 ≤ 5,0	551,7	9,1	496,0	8,3
> 0,5 ≤ 2,0	760,2	12,6	720,6	12,0
> 0,25 ≤ 0,5	747,5	12,4	778,7	13,0

≤ 0,25	2.371,4	39,2	2.334,4	38,9
gesamt	6.043,9	100,0	5.997,5	100,0

Zur Sicherstellung eines angemessenen Umgangs mit risikomäßig bedeutenden Engagements bestehen interne auf Obligohöhe, Ratingnote und Blankoanteil beruhende Schwellenwerte. Bei deren Überschreitung ist auf Basis einer weitergehenden Analyse eine individuelle Engagementstrategie festzulegen.

Wir verfügen über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen. Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob sich die Risikolage verändert hat und Risikovorsorgebedarf entstanden ist. Sobald uns Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen, erfolgt eine außerordentliche Überprüfung. In einer internen Watch-List, die den Beratern der gewerblichen Kreditbereiche monatlich vorgelegt wird, werden problembehaftete bzw. ausfallgefährdete Engagements geführt und erforderlichenfalls an die Abteilung Recht abgegeben bzw. Not leidende Engagements werden durch die Abteilung Recht betreut. Ob im Einzelfall eine Risikovorsorge zu bilden ist, orientiert sich an der Ausfallgefahr der Forderung. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Die Höhe der Risikovorsorge ist darüber hinaus abhängig von den Sicherheiten. Deren Bewertung erfolgt mit ihrem wahrscheinlichen Realisationswert, um einschätzen zu können, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch erwartet werden. Die Wertberichtigungen, Rückstellungen und Direktabschreibungen werden per Antrag kompetenzgerecht entschieden. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Angemessenheit und gegebenenfalls daraus resultierende Anpassungen. Bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, die eine Kapitaldienstfähigkeit erkennen lassen, oder bei einer zweifelsfreien Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten erfolgt eine Auflösung der Risikovorsorge. Die Erfassung, Fortschreibung und Auflösung der Risikovorsorge erfolgt in einem zentralen System in der Abteilung Marktfolge Kredit und der Abteilung Recht. In den Arbeitsanweisungen sind die Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorgen geregelt. Ergänzend werden die Risiken aus dem Mengenkreditgeschäft über eine pauschale Mengen-Einzelwertberichtigung abgeschirmt. Für latente Ausfallrisiken bilden wir Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Risikovorsorge im Berichtsjahr 2013:

in Mio. €	Anfangsbestand der Periode	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen	Endbestand der Periode
EWB	129,5	44,1	-39,0	-24,3	(+/-) 0	110,4
Rückstellungen	6,5	0,8	-5,5	0	(+/-) 0	1,7
PWB	10,8	1,1			(+/-) 0	11,8

Die Länderrisiken sind vor dem Hintergrund ihrer Größe als vertretbar einzustufen. Das Obligo in wirtschaftsschwachen Staaten (PIIGS) beläuft sich auf 1,7 Mio. €. Risikokonzentrationen sehen wir in den Bereichen Größenklassen, Besicherungsquoten und Branchenstruktur (verarbeitendes Gewerbe: 651,6 Mio. €, Dienstleistungen/freie Berufe: 1.372,0 Mio. €).

Wir führen eine regelmäßige Analyse, Bewertung und Steuerung des Kreditportfolios durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling mit Hilfe des Modells "Credit Portfolio View" durch. Das Risikomaß ist der Value-at-Risk und bezeichnet hier die maximal ungünstigste Abweichung vom erwarteten Verlust, die bei einer unterstellten Haltedauer von einem Jahr

mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Hierbei werden neben Kreditportfoliodaten auch übergreifende Parameter wie zum Beispiel Migrationsmatrix, Branchenkorrelationen sowie Einbringungs- und Verwertungsquoten berücksichtigt. Nach Abschluss der Testphase berechnen wir auf dieser Basis ab 2014 auch das Adressenausfallrisiko für die Limitierung. Zuvor haben wir eine Einschätzung auf Basis einer sogenannten „Praktikermethode“ vorgenommen.

Zum Jahresende 2013 war das Limit für die Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft in Höhe von 69,0 Mio. € mit 46,3 Mio. € zu 67,1 % ausgelastet. Mit der neuen Berechnungsmethodik (CPV) würde sich ein Risikowert von 48,9 Mio. € ergeben. Wir gehen von einer zufriedenstellenden Risikosituation aus.

Handelsgeschäfte

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften werden durch die sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner und unter Berücksichtigung externer Ratings nach den Regeln der Kreditwürdigkeitsprüfung sowie durch Volumenslimite je Partner begrenzt. Die Auslastung der Limite wird durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling täglich berechnet und deren Einhaltung überwacht.

Die Handelsgeschäfte (ohne Immobilien-Spezialfonds) umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen von 4,4 Mrd. €. Wesentliche Positionen sind dabei die Schuldverschreibungen und Anleihen (3,2 Mrd. €). Dabei zeigt sich nachfolgende Ratingverteilung:

Externes Rating (S & P)	AAA bis BBB	BBB- bis BB+	BB bis BB-	B+ bis C	D	ungeratet
PD (%)	0,01-0,20	0,33-0,56	1,00-1,82	3,43-27,66	Default	
31.12.2013	95,6%	1,7%	0,3%	0,0%	0,0%	2,3%

Die durch uns gehaltenen Wertpapiere verfügen zu 97,1 % über ein Rating im Investment-Grade-Bereich.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über unser Engagement zum 31. Dezember 2013 in wirtschaftsschwachen Staaten:

Länder	Buchwert	Marktwert
	in Mio. €	in Mio. €
Portugal	8,0	8,2
Italien	127,5	136,9
Irland	7,0	7,0
Spanien	55,0	61,4
Summe	197,5	213,5

Engagements in diesen wirtschaftsschwachen Staaten bestehen ausschließlich in Unternehmens- und Bankanleihen.

Wir berechnen das Adressenausfallrisiko für die Risikotragfähigkeit ratingbasiert. Ausgehend von den Ausfallwahrscheinlichkeiten, die den aktuellen Ratingeinstufungen zugrunde liegen, wird eine Verschlechterung des Ratings aller Handelspartner unterstellt.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im gesamten Geschäftsjahr 2013 innerhalb der im Rahmen der Risikotragfähigkeit festgelegten Grenzen. Zum Jahresende 2013 waren das Limit für das Emittentenrisiko in Höhe von 30,0 Mio. € mit 10,6 Mio. € zu

35,4 % und das Limit für das Kontrahentenrisiko in Höhe von 1,0 Mio. € mit 0,2 Mio. € zu 22,9 % ausgelastet, sodass wir von einer als positiv einzustufenden Risikosituation ausgehen.

Die Länderrisiken sind vor dem Hintergrund ihrer Größe als vertretbar einzustufen. Risikokonzentrationen sehen wir im Bereich der Länderrisiken in vereinzelt Ländern/Regionen (516,5 Mio. €, Zurechnungskriterium Handelsgeschäft: Sitz der Muttergesellschaft) sowie im Bereich ungedeckter Forderungen (1.813,6 Mio. €).

Die von uns eingesetzten Instrumente versetzen uns in die Lage die Adressenausfallrisiken angemessen zu steuern.

Berichterstattung

Der Vorstand wird vierteljährlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling über die Entwicklung des Kreditportfolios informiert. Der Bericht beinhaltet zumindest folgende Darstellungen und gegebenenfalls erforderliche Kommentierungen:

- Portfoliozusammensetzung nach Bonitätsklassen beziehungsweise Ratingkennziffern, Kundengruppen, Branchen, Größenklassen, risikobehaftetem Volumen und weiteren Kennziffern
- Risikokonzentrationen
- Limitauslastung
- Bedeutende Limitüberschreitungen und deren Gründe
- Großkredite
- Entwicklung des Neugeschäfts
- Entwicklung der Risikovorsorge
- Wesentliche Kreditentscheidungen, sowie sie von unserer Risikostrategie abweichen oder vom Vorstand im Rahmen seiner Krediteinzelkompetenz bei abweichenden Voten entschieden wurden

Der Adressenausfallrisikobericht bildet mit den anderen eingesetzten Systemen die Basis unserer Kreditentscheidungsprozesse und ermöglicht uns, das Risikoportfolio zu bewerten und zu steuern. Hierzu dienen auch die über das interne Rating ermittelten Risikoprämien der risikoadjustierten Konditionsgestaltung.

Beteiligungen

Die Gefahr eines finanziellen Verlustes aufgrund von Wertminderungen des Beteiligungsportfolios wird als Beteiligungsrisiko bezeichnet. Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlagen. Darüber hinaus können zusätzliche Haftungsrisiken nicht ausgeschlossen werden.

Unsere Verbundbeteiligungen werden zur Förderung des Sparkassenwesens und zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags gehalten. Sie dienen vor allem der Stärkung des Zusammenhalts der Sparkassen-Finanzgruppe sowie dem Ausbau der Vertriebskanäle für die unterschiedlichen Produkte der Verbundmitglieder und sollen unseren Geschäftsbetrieb langfristig unterstützen. Sie dienen somit einem langfristigen strategischen Zweck. Teilweise werden die Beteiligungen auch indirekt über den SVBW gehalten. Daneben bestehen weitere Beteiligungen, diese sind jedoch von untergeordneter Bedeutung. Das Beteiligungsportfolio belief sich zum 31. Dezember 2013 insgesamt auf 117,0 Mio. € (Buchwert).

In der Geschäfts- und Risikostrategie hat die Sparkasse die Ziele für die Beteiligungen festgelegt. Die Beteiligungsrisiken werden angemessen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse einbezogen. Das Beteiligungscontrolling erfolgt für die Verbundbeteiligungen im Wesentlichen durch den SVBW und für die sonstigen Beteiligungen durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling. Das Beteiligungsrisiko wird anhand von Ausfallwahr-

scheinlichkeiten sowie anhand von Szenarien ermittelt. Die Methoden der Risikoermittlung werden regelmäßig überprüft und weiterentwickelt.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die Sparkasse ausreichend über die Situation bei den einzelnen Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist.

Die Sparkasse ist Mitglied des SVBW, der sich 2009 zusammen mit weiteren Trägern an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital beteiligt und eine Rückgarantie aus einer Risikoimmunisierungsaktion für die LBBW übernommen hat. Als Mitglied sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Dies gilt auch für den Fall, dass die erwarteten Erträge die aus den im Rahmen dieser Konstruktionen möglicherweise entstehenden Aufwendungen nicht abdecken. Auch unter Berücksichtigung des Gesamtkreditengagements besteht insoweit eine Risikokonzentration bezüglich der Adresse LBBW. Auf Basis der uns derzeit vorliegenden Informationen ist ein akutes Risiko der Inanspruchnahme aus diesen Verpflichtungen über die Verbandsumlage nicht erkennbar. Eine abschließende Beurteilung ist erst mit Vorlage des Jahresabschlussberichts der LBBW möglich.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Für das Geschäftsjahr 2012/2013 der Erwerbsgesellschaft war die Bildung einer Rückstellung erforderlich.

Insgesamt betrachtet konzentriert sich das Beteiligungsrisiko der Sparkasse derzeit vor allem auf die großen Verbundbeteiligungen.

Zum Jahresende 2013 waren das Limit für die Beteiligungsrisiken in Höhe von 25,0 Mio. € mit 14,9 Mio. € zu 59,6 % und das Limit für die Risikoimmunsierung LBBW in Höhe von 35,0 Mio. € mit 33,9 Mio. € zu 97,0 % derzeit für unerwartete Verluste ausgelastet. Die Risiken sind als vertretbar einzustufen.

Dem Vorstand werden jährlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling Informationen zu den jeweiligen Beteiligungen sowie die Beteiligungserträge mittels des Risikoreportings zur Verfügung gestellt. Zudem wird er quartalsweise über die Risikoimmunsierung der LBBW informiert.

Die Adressenausfallrisiken bewegten sich im vergangenen Jahr jederzeit im Rahmen des vom Vorstand festgelegten Limitsystems. Engagements in den Euro-Peripherie-Staaten bestehen ausschließlich in Unternehmens- und Bankanleihen. Die Bestände sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vor dem Hintergrund der sich aus den Bonitätsbeurteilungssystemen ergebenden Erkenntnisse stufen wir die Entwicklung der Risikolage aus dem Kreditgeschäft als zufriedenstellend ein. Dennoch sind weitere Risiken für die künftige Entwicklung im Kreditgeschäft nicht auszuschließen. Wir werden diesen Risiken durch eine risikoorientierte Kreditvergabepolitik begegnen.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus den Veränderungen der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen der Zinssätze und Kurse sowie aus den hieraus resultierenden Preisänderungen der Derivate ergeben. Marktpreisrisiken werden gesteuert mit dem Ziel, Ertragschancen wahrzunehmen, ohne die finanziellen Ressourcen unangemessen zu belasten. Zur Begrenzung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts Limite festgelegt.

Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften des Handels- und Anlagebuches

Für die Handelsgeschäfte werden die Marktpreisrisiken täglich auf Basis aktueller Marktpreise und möglicher Marktpreisveränderungen (Verlustpotenziale) durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling ermittelt. Dabei werden ab 2014 die Verlustpotenziale mittels Value-at-Risk-Konzept, dem der Varianz-Kovarianz-Ansatz auf Basis einer Haltedauer von 63 Tagen (bisher 30 Tage), einem Konfidenzniveau von 99 % und einem historischen Betrachtungszeitraum von 500 Tagen (bisher 250 Tage) zugrunde liegt, gemessen und überwacht. Dabei werden die Kursrisiken aus verzinslichen Papieren zusammen mit den Währungs-, Edelmetall- und Aktienkursrisiken unter Berücksichtigung von Korrelationen ermittelt. Die Positionen in den Wertpapier-Spezialfonds werden bei der Ermittlung des Value-at-Risk nach dem Durchschauprinzip behandelt. Durch ein regelmäßiges Backtesting wird die Qualität des Risikomodells überprüft und gegebenenfalls die Parameter angepasst. Die Verlustrisiken aus den einzelnen Portfolios werden zusammen mit den schwebenden Verlusten und realisierten Ergebnissen der Handelsgeschäfte auf die vom Vorstand festgelegten Limitstrukturen angerechnet. Die für außergewöhnliche Marktentwicklungen vierteljährlich durchgeführten Stress-tests zeigen, dass wir jederzeit die Risiken tragen können.

Zur Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Risikocontrolling das Programmsystem SimCorp Dimension eingesetzt. Bei Überschreiten der Limite informiert die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling den Vorstand. In Zusammenarbeit mit dem Ausschuss Risiko und Disposition legt der Vorstand die weiteren Maßnahmen fest. Der Verwaltungsrat wird entsprechend informiert.

Nachfolgende Übersicht zeigt den Value-at-Risk im Vergleich zum Vorjahr.

in Mio. €	2013			2012
	VaR Minimum	VaR Maximum	VaR 31.12.2013	VaR 31.12.2012
Marktpreisrisiken ¹	53,3	109,3	68,5	75,1

¹ inklusive Aktienkurs- und Fremdwährungsrisiko

Über die Marktpreisrisiken wird der Vorstand börsentäglich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling informiert. Dabei werden dem Vorstand folgende Daten beziehungsweise Unterlagen als Risikoinformationen mittels des Risikoreportings zur Verfügung gestellt:

- Kommentierung der allgemeinen Marktentwicklung sowie der Auswirkungen aus GuV- und Barwert-Sicht
- Übersicht Bankbuch
- Ergebnisse aus Handelsbuchgeschäften
- Limitauslastung

Die Marktpreisrisiken bewegten sich in 2013 jederzeit innerhalb des Rahmens des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Zum Jahresende 2013 war das Limit für Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften in Höhe von 160,0 Mio. € mit 80,1 Mio. € zu 50,1 % ausgelastet. Die Risiken sind als vertretbar einzustufen. Zum 1. Januar 2014 haben wir das Limit auf 210,0 Mio. € erhöht. Mit den neuen Parametern würde sich ein Risikowert von 153,7 Mio. € ergeben. Aufgrund der teilweise immer noch vorhandenen Auswirkungen der Finanzmarktkrise sowie Unsicherheiten an den Märkten hinsichtlich der Auswirkungen der Staatsverschuldung im Euroraum sind Risiken hinsichtlich eines Bewertungsbedarfs bei den Eigenanlagen nicht auszuschließen.

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken bilden wir neben Macro- auch Micro-Hedges (Bewertungseinheiten). Hierfür werden Caps, Collars, Swaptions, Zinsswaps, Zins-/Währungsswaps und Forward-Swaps eingesetzt. Ergänzend verweisen wir auf die Ausführungen zu

den Bewertungseinheiten im Anhang zum Jahresabschluss. Währungsrisiken sind bei der Sparkasse nur von untergeordneter Bedeutung. Diese Marktpreisrisiken bewegen sich innerhalb des Rahmens der geschäftspolitischen Zielsetzungen.

Das Risiko aus Immobilieninvestments wird anhand der Kennzahl „Lower Partial Moment (LPM)“ gesteuert. Das LPM bezieht sich als Downside-Risikomaß nur auf die negativen Abweichungen vom Kurswert. Der Vorstand wird monatlich über das Risiko sowie über die Ertragsentwicklung durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling informiert. Zum Jahresende 2013 war das Limit für Immobilienrisiken in Höhe von 25,0 Mio. € mit 15,0 Mio. € zu 60,1 % ausgelastet. Die Risiken sind als vertretbar einzustufen. Zum 1. Januar 2014 haben wir das Limit auf 30,0 Mio. € erhöht.

Gesamtinstitutsbezogenes Zinsänderungsrisiko

Die Zinsänderungsrisiken ergeben sich im Zusammenhang mit Handelsgeschäften und auf Gesamtbankebene aus der Fristentransformation. Die Risiken können aus dem Ansteigen, Absinken oder Drehen der Zinsstrukturkurve resultieren.

Die periodische Ermittlung des Zinsspannenrisikos des Gesamtinstituts wird vierteljährlich mithilfe des Simulationstools GuV-Planer von der Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling durchgeführt.

Der Ermittlung des Zinsspannenrisikos liegen derzeit folgende Annahmen zugrunde:

- Dynamisches Verfahren: Planung des Kundengeschäfts (Aktiva und Passiva) mit einem moderaten Wachstum der Kredite und Einlagen für 2013 und 2014 (einschließlich unbefristeter Bestände)
- Planung der Bestände der eigenen Wertpapiere
- Vorzeitige Kreditrückzahlungen bzw. Kündigungen beim Zuwachssparen werden im Rahmen der Bestandsplanung berücksichtigt.

Zur Berechnung des Zinsspannenrisikos simulieren wir monatlich zumindest folgende unterschiedliche Zinsentwicklungen:

- Konstante Zinsen
- Parallelanstieg um +100 Basispunkte
- Parallelrückgang um -100 Basispunkte
- Invertierung der Zinsstrukturkurve

Nachfolgende Übersicht enthält den Zuwachs beziehungsweise Rückgang des Zinsüberschusses zum 31.12.2013 bei dem verwendeten Zinsänderungsschock von +/-100 Basispunkten:

	Zinsänderungsrisiko Schock (+/- 100 bp) in Mio. €	
	Rückgang der Erträge	Zuwachs der Erträge
Schock +100 bp	25,7	-
Schock -100 bp	-	3,7

Als maßgebliches Szenario für die Bestimmung des Zinsspannenrisikos verwenden wir das Szenario Zinsanstieg/-rückgang um 100 Basispunkte (relevant ist der jeweils schlechtere Wert). Der Risikowert ergibt sich dann aus der zinsinduzierten Veränderung der Zinsspanne aus dem GuV-Planer, die um diverse negative Ertragsauswirkungen (beispielsweise Emitten-

tenkündigungsrechte, Beteiligungserträge, Dividenden, Erträge aus Immobilienfonds) ergänzt wird.

Zum Jahresende 2013 war das Limit für das Zinsspannenrisiko in Höhe von 30,0 Mio. € mit 25,7 Mio. € zu 85,6 % ausgelastet. Zum 1. Januar 2014 haben wir das Limit auf 35,0 Mio. € erhöht. Wir gehen von einer zufriedenstellenden Risikosituation aus.

Zur wertorientierten Quantifizierung mittels des Risikomaßes Value-at-Risk setzt die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling die Anwendung sDIS OSPlus ein. Dabei werden ein Konfidenzniveau von 95 %, eine Haltedauer von 30 Tagen und der Beobachtungszeitraum von 1988 bis 2011 zugrunde gelegt. Der monatlichen Ermittlung des barwertigen Zinsänderungsrisikos liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Bei unbefristeten Einlagen werden die Cashflows über gleitende Durchschnitte gebildet.
- Vorzeitige Verfügungen (statistische Ausüber) beim Zuwachssparen werden berücksichtigt.
- Vorzeitige Kreditrückzahlungen werden derzeit nicht im Cashflow berücksichtigt.

Nachfolgende Übersicht zeigt den Value-at-Risk im Vergleich zum Vorjahr:

	2013			2012
in % des Barwertes	VaR Minimum	VaR Maximum	VaR 31.12.2013	VaR 31.12.2012
Zinsänderungsrisiko	3,78 %	5,16 %	4,94 %	4,44 %

Darüber hinaus wird mit Hilfe dieses Instruments die risikoadjustierte Performancekennziffer RORAC (Return on Risk Adjusted Capital) monatlich ermittelt, bei der die Mehrperformance in Relation zum Risiko des Portfolios gesetzt wird. Die RORAC-Kennziffer betrug zum Jahresende 2013 13,9 % (Vorjahr: 11,0 %). Das wertorientiert gemessene Zinsänderungsrisiko stufen wir – bezogen auf den Verbandsdurchschnitt – als überdurchschnittlich ein.

Der Zinsrisikokoeffizient gemäß § 25a Abs. 1 Satz 7 KWG in Verbindung mit dem BaFin-Rundschreiben 11/2011 (Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung um +/- 200 Basispunkte) belief sich am 31. Dezember 2013 auf 34,5 %.

Der Vorstand wird monatlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling über das Zinsspannenrisiko, die Ergebnisse der Szenarioanalysen sowie die Entwicklung des barwertigen Zinsänderungsrisikos (einschließlich des Zinsrisikokoeffizienten der BaFin) informiert.

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung werden zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken neben bilanzwirksamen Instrumenten auch derivative Finanzinstrumente in Form von Renten-futures, Zinsswaps, Swaptions sowie Forward Rate Agreements eingesetzt. Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung. Offene Fremdwährungspositionen wurden grundsätzlich durch gegenläufige Geschäfte abgesichert.

Risiken bestehen aus unserer Sicht in erster Linie in steigenden Marktzinsen, die aufgrund des Festzinsüberhangs bei den Aktiva eine Verringerung des Zinsüberschusses zur Folge haben könnten, sowie in einer Verringerung des Fristentransformationsbeitrags, der maßgeblich von der Zinsentwicklung an den Kapitalmärkten beeinflusst wird.

Liquiditätsrisiken

Die Liquidität ist die Fähigkeit eines Instituts, innerhalb eines (geeigneten) Zeitraums die erwarteten Zahlungsabflüsse durch zur Verfügung stehende Zahlungsmittel mindestens zu decken. Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die aktuelle oder zukünftige Gefahr, dass das Institut zahlungsunfähig (illiquide) wird, also seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Im Hinblick auf unsere Bilanzstruktur bestehen Refinanzierungs-, Abruf- und Terminrisiken. Der hohe Wertpapierbestand begründet zudem ein Marktliquiditätsrisiko.

Für die Steuerung des Liquiditätsrisikos ist die Abteilung Treasury zuständig. Die Aufgabe besteht in der Sicherstellung einer jederzeitigen Zahlungsfähigkeit. Für die Durchführung des täglichen Liquiditätsmanagements (Gelddisposition) ist die Abteilung Eigenhandel zuständig. Die Überwachung der Liquiditätsrisiken und des Liquiditätsbedarfs (Liquiditätsübersicht, Szenarien, Schwellenwerte, regelmäßige Berichterstattung) übernimmt die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling. Damit ist gewährleistet, dass die Aufgabe der Überwachung von der Steuerung getrennt ist. Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt insbesondere durch das Halten von liquiden Aktiva, die Strukturierung der Passiva sowie durch Interbankenslinien.

Die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling erstellt monatlich eine Liquiditätsübersicht, in der die kurzfristig erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden. Die verwendeten Daten basieren auf der monatlichen Meldung gemäß Liquiditätsverordnung an die Deutsche Bundesbank. Auf dieser Grundlage werden monatlich Szenarien simuliert, um mögliche Risiken und Extremfälle aufzuzeigen, die sich auf unsere Liquiditätssituation auswirken können. Beispielweise wird ein teilweiser Abzug von Kundeneinlagen angenommen, der über den Kapitalmarkt refinanziert werden muss. Dem Marktliquiditätsrisiko wird durch die Annahme Rechnung getragen, dass bestimmte Wertpapierbestände als illiquide gelten und nicht mehr angerechnet werden können. Auf Basis dieser Daten wird eine Risikoeinschätzung vorgenommen. Kriterium ist die errechnete Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung. Wann ein Liquiditätsengpass vorliegt bzw. sich andeutet, wird in Abhängigkeit von der Liquiditätskennzahl über das Erreichen bestimmter Schwellenwerte definiert. Bei Erreichen der Schwellenwerte werden definierte Prozesse ausgelöst, um gegebenenfalls Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Dabei wird geprüft, inwieweit durch Maßnahmen mögliche Stresssituationen angemessen und weitgehend erfolgsneutral abgefedert werden können. Tritt ein Engpass dennoch ein, so sind im Vorhinein festgelegte Aktivitäten durchzuführen. Zum 31. Dezember 2013 war bei allen untersuchten Szenarien die Liquidität weiterhin gegeben. Im Falle eines gleichzeitigen Eintritts aller simulierter Szenarien wäre noch eine Liquiditätskennzahl von 1,5 (Mindestanforderung: 1,0) erreicht worden.

Risikoinformationen werden dem Vorstand mittels des Liquiditätsrisikoberichts durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling vierteljährlich in folgendem Umfang zur Verfügung gestellt:

- Liquiditätsübersicht
- Liquiditätskennziffer
- Ergebnisse der Szenarioanalysen
- Auslastung der internen Schwellenwerte

Zum 31. Dezember 2013 ergaben sich folgende Kennzahlen:

Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung	31.12.2012	31.12.2013
Liquiditätskennziffer	1,78	2,19

Beobachtungskennzahlen nach Restlaufzeiten	31.12.2012	31.12.2013
Laufzeitband 2 (über 1 Monat bis 3 Monate)	6,01	6,68
Laufzeitband 3 (über 3 Monate bis 6 Monate)	2,76	0,88
Laufzeitband 4 (über 6 Monate bis 12 Monate)	1,64	0,42

In den Stresstests werden unplanmäßige Entwicklungen wie zum Beispiel der Abzug großer Kundeneinlagen, Wegfall von Interbankenlinien oder Unveräußerlichkeit bestimmter Wertpapiere berücksichtigt. Dabei werden die Auswirkungen der geänderten Refinanzierung auf den Zinsüberschuss bzw. der Veräußerungsverlust aus dem Verkauf von Wertpapieren ermittelt. Der Stresstest zum Liquiditätsrisiko zeigt, dass ein massiver Abzug von originären und institutionellen Kundeneinlagen und der Wegfall aller Interbanklinien durch eine Refinanzierung bei der Notenbank und die Veräußerung von Pfandbriefen gedeckt werden könnte. Gegebenenfalls müssten bei der Veräußerung der Pfandbriefe verkraftbare Bewertungsverluste hingenommen werden.

Risikokonzentrationen sehen wir in einzelnen Einlagen sowie Wertpapieremissionen über 100,0 Mio. €, in einzelnen Produktarten, deren Volumen 10,0 % des gesamten Einlagenvolumens übersteigt sowie aufgrund der hohen Volumina im Bestand an Wertpapieren (Marktliquiditätsrisiko) bzw. Tagesgeldaufnahmen (Refinanzierungsrisiko im Verbund).

Wir verfügen insgesamt über eine gute Liquiditätsposition. Ausschlaggebend hierfür sind unsere Kundeneinlagen, unser Bestand an hochliquiden Wertpapieren und die Möglichkeit der kurzfristigen Geldaufnahme im Verbund sowie bei der Deutschen Bundesbank. Darüber hinaus werden bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben unterhalten. An liquiditätsmäßig engen Märkten sind wir nicht investiert. Unsere Zahlungsfähigkeit war während des gesamten Geschäftsjahres 2013 hinreichend gesichert.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten können. Für den adäquaten Umgang mit operationellen Risiken ist der Vorstand verantwortlich, dem in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Festlegung, der regelmäßigen Überprüfung und der Sicherstellung der Rahmenbedingungen im Umgang mit operationellen Risiken zufällt.

Die operationellen Risiken werden jährlich identifiziert und dokumentiert. Zu den installierten Regelungen beziehungsweise Verfahren zum Management der operationellen Risiken zählen insbesondere das interne Kontrollsystem, die schriftlich fixierte Ordnung für die Aufbauorganisation und die wesentlichen Arbeitsabläufe, der Einsatz von qualifiziertem Personal sowie die ständige Weiterentwicklung der Methoden und die Verbesserung der technischen Abläufe. Betriebsrisiken aus dem IT-Bereich, aus Organisations- und Bearbeitungsfehlern werden durch Vereinbarungen mit einem externen Rechenzentrum, Notfallkonzepte, zunehmende Automatisierung und ständige Kontrollen durch qualifizierte Mitarbeiter gemindert und zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher Standardverträge reduziert.

Wir setzen das vom DSGVO entwickelte Instrument „fokussierte Risikolandkarte“ ein. Die „fokussierte Risikolandkarte“ dient neben der Identifikation operationeller Risiken zur szenariobezogenen Analyse von risikorelevanten Verlustpotenzialen (ex-ante-Betrachtung). Darüber hinaus besteht für bedeutende Schadensfälle ein Verfahren, das sicherstellt, dass diese Schäden an die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling gemeldet und dort analysiert sowie gegebenenfalls Maßnahmen eingeleitet werden. In der „Schadensfalldatenbank“ werden tatsächlich eingetretene Schäden aus operationellen Risiken ab einem Betrag von 1,0 T€ erfasst (ex-post-Betrachtung).

Aufgrund der hohen Abhängigkeit von der Finanz Informatik hinsichtlich der IT und den sich aus einem Ausfall der IT ergebenden Risiken wird die Finanz Informatik als Risikokonzentration eingestuft.

Risikoinformationen werden dem Vorstand mittels des vierteljährlichen Risikoberichts durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling in folgendem Umfang zur Verfügung gestellt:

- Aufgetretene bedeutende Schadensfälle (Art, Ausmaß und Ursache)
- Im Rahmen der Risikolandkarte ermittelte Risiken (jährlich)
- Gegebenenfalls getroffene Maßnahmen

Auf Basis der in der Vergangenheit eingetretenen bedeutenden Schadensfälle, der Ergebnisse der „fokussierten Risikolandkarte“ und unserer Maßnahmen beurteilen wir die Risikolage als zufriedenstellend. Zum Jahresende 2013 war das Limit für operationelle Risiken in Höhe von 25,0 Mio. € mit 9,4 Mio. € zu 37,6 % ausgelastet. Insbesondere aufgrund von Rechtsunsicherheiten ist eine Verschlechterung der Risikolage jedoch nicht auszuschließen.

Die für außergewöhnliche Ereignisse durchgeführten Stresstests zeigen, dass die Risiken vor dem Hintergrund unserer Risikotragfähigkeit vertretbar sind. Stresstests wurden beispielsweise auf Basis erhöhter Eintrittshäufigkeiten und erhöhter durchschnittlicher Verluste aus der fokussierten Risikolandkarte beziehungsweise dem kumulativem Eintritt der höchsten Szenarien erstellt.

Zusammenfassende Risikobeurteilung

Unser Haus verfügt über ein hinreichendes, dem Umfang der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikosteuerungs- und -controllingsystem können frühzeitig die Risiken identifiziert, Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet und Risiken gesteuert werden. Die Ermittlung der Risiken erfolgt in periodischer Sichtweise. 2013 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Die vorgegebenen Risikolimits waren am Bilanzstichtag insgesamt mit 59,1 % ausgelastet. Mit den neuen Parametern sowie den neuen Limiten würde sich eine Auslastung von 67,9 % ergeben. Die Risikotragfähigkeit war und ist derzeit entsprechend der Risikotragfähigkeitsanalysen gegeben, die Risikolage insgesamt als vergleichsweise günstig einzustufen. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse/Marktentwicklungen durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können. Trotz der steigenden Eigenkapitalanforderungen nach Basel III ist die Risikotragfähigkeit weiterhin sichergestellt. Durch die ausgereichten Kredite/Beteiligungen im Sparkassenverbund bestehen Risikokonzentrationen, deren reines Adressenausfallrisiko wir allerdings als vertretbar einschätzen. Eine weitere Risikokonzentration resultiert aus der hohen IT-Abhängigkeit von der Finanz Informatik. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind auf Basis der Risikoinventur jedoch nicht erkennbar. Wir sehen uns durch das bestehende Risikomanagement sowohl für das bestehende Geschäft als auch für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet.

Chancenbericht

Chancenmanagementsystem

Das Chancenmanagementsystem unserer Sparkasse ist analog dem Risikomanagementsystem in den jährlichen strategischen Planungsprozess integriert. Dies ermöglicht es, Trends und Veränderungen im Marktumfeld zu erkennen und zu analysieren und dient als Basis zur Bewertung von Chancen. Eine zentrale Rolle spielen hier die Mitarbeiter am Markt: Sie erhalten kontinuierlich Marktinformationen im direkten Austausch mit unseren Kunden und Partnern zu Produkthanforderungen und eventuellen Trends. Diese Informationen werden in geeigneter Form verdichtet und bewertet. Dies zielt auf die Verbesserung bestehender Produkte und Prozesse sowie die Entwicklung neuer Produkte und Vertriebsansätze. Auch Chancen aus Prozessoptimierungen werden analysiert. Chancen mit entsprechendem Geschäftspotenzial werden in den Strategiesitzungen erörtert und fließen nach entsprechender Billigung durch den Vorstand in die Geschäftsstrategie ein.

In den strategischen Planungsprozess sind als Planungsverantwortliche die Abteilungen Vorstandsstab, Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling, Controlling/Rechnungswesen, Privatkundensekretariat, Organisation/IT und Personal – Betreuung, Service, Grundsatz eingebunden. Verantwortlich für die Gesamtabstimmung ist der aus den genannten Abteilungen zusammengesetzte „Vorbereitungsausschuss“, der den Vorstand bei der Erstellung der Geschäftsstrategie unterstützt. Im Rahmen der Kommunikation der Geschäftsstrategie werden unsere Mitarbeiter über die identifizierten Chancenpotenziale informiert. Auf Basis von Soll-Ist-Abweichungen wird die Zielerreichung durch einen vierteljährlichen Reportingprozess überwacht.

Chancenüberblick

- Wir sind seit über 160 Jahren fest im Landkreis Ludwigsburg verwurzelt. Die Konzentration auf einen Wirtschaftsraum bringt Interessenidentität zur Erhaltung und Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaftskraft und der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung.
- Durch die anhaltende Stärkung unserer Eigenkapitalbasis in den vergangenen Jahren sehen wir uns für die quantitativ und qualitativ zunehmenden Kapitalanforderungen gut gerüstet. Damit sind wir in der Lage, die erforderliche Eigenkapitalunterlegung für die geplante Geschäftsausweitung zu erfüllen.
- Unsere umfassende Produkt- und Dienstleistungspalette bietet Chancen für unseren aktiven Vertrieb im Kerngeschäftsfeld Kundengeschäft. Ein Ziel hierbei ist, die Zufriedenheit unserer Kunden zu steigern. Darüber hinaus können wir unter bewusstem Eingehen von Risiken neue Kunden gewinnen, um mit einem kontinuierlichen Kundenwachstum unseren geschäftlichen Erfolg sowie unsere Marktanteile auszuweiten. Vor allem im weiteren Ausbau der Versicherungs- und Vermittlungsgeschäfte sehen wir Möglichkeiten zu einer Verbreiterung der Ertragsbasis.
- Im Privatkundengeschäft existieren aufgrund der hohen Vertrauenswürdigkeit der Sparkassen Chancen zur Stärkung unseres Einlagen- und Girokontogeschäfts. Insbesondere örtliche und emotionale Nähe sowie die Förderung des Gemeinwohls sind bei Kunden positiv besetzt.
- Durch eine systematische und konsequente Platzierung unserer Leistungspalette sehen wir im Firmenkundengeschäft eine Chance, unsere Position bei den mittelständisch geprägten Kunden zu stärken.
- Chancen erwarten wir aus unseren Investitionen in zukunftsweisende Informationstechnologien, zum Beispiel im Bereich unseres Angebots im Internet, das wir mit einem Fokus auf die Wahrung eines hohen Sicherheitsstandards und einer leichten Bedienbarkeit weiter verbessern wollen. Um die Kundenbindung weiter zu intensivieren und die partnerschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe zu unterstützen, bestehen geeignete technische Lösungen, die

eine unternehmensübergreifende Anbindung von Geschäftsprozessen ermöglichen und eine ganzheitliche Sicht auf den Kunden gewähren. Unsere Stärke, mit unseren Partnern "Finanzprodukte aus einer Hand" anzubieten, können wir durch gezielten Einsatz im Betrieb weiter forcieren. Die durchgängige Integration medialer Vertriebskanäle wie Call Center oder Internet auf der einen Seite und des stationären Vertriebs in der Filiale auf der anderen Seite erweitert die Chancen, dass wir unsere Kunden bedarfsgerecht beraten und zielgerichtet ansprechen können.

- Wir erwarten für 2014, dass das Zinsniveau über weite Strecken auf einem gegenüber dem Vorjahr zwar leicht erhöhten, aber im langjährigen Vergleich weiterhin niedrigen Niveau verharren wird. Die Entwicklung des Zinssatzes hat den größten Einfluss auf die Höhe unseres Zinsüberschusses. Bei steigenden Zinsen erhöhen sich grundsätzlich unsere Refinanzierungs- und Kapitaldienstkosten, es ergeben sich aber auch Chancen, im Rahmen von Zinsanpassungen Margenausweitungen zu erzielen. Differenziert wirkt sich ein steigender Zins auf das Kundenverhalten aus. Aufgrund einer höheren Grundverzinsung wird unsere Einlagenseite für den Kunden interessanter, das Kreditgeschäft wird durch die Verteuerung belastet. Sinkende Zinsen wirken in umgekehrter Richtung.
- Die Aktienmärkte dürften weiterhin von der hohen Liquidität und der sich fortsetzenden Erholung der Weltwirtschaft unterstützt werden. In Kombination mit stabilen Unternehmensgewinnen sollte dies für ein positives Aktienjahr 2014 sprechen. Ein positives Marktumfeld fördert die Attraktivität der Anlageform, so dass ein Mittelzufluss zu erwarten ist. Zudem bieten steigende Kurse die Chance, im Kundengeschäft höhere Transaktionsumsätze und höhere Depotvolumina zu erreichen. Aus steigenden Kursen resultiert außerdem eine konstante Wertentwicklung unserer eigenen Bestände.

3.2.3.3 Prognosebericht

Strategische Schwerpunkte

Unser Ziel als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut ist die dauerhafte Erfüllung des öffentlichen Auftrags beziehungsweise die durch ihn zugewiesenen Aufgaben im Rahmen gesellschafts-, wirtschafts- und kreditpolitischer Ziele. Basis hierfür ist neben einer langfristigen Existenzsicherung auch das Ziel der Beibehaltung unserer starken Marktstellung in unserem Geschäftsbereich. Nur eine angemessene Ertragskraft gewährleistet, dass wir den finanziellen Spielraum für die zukünftige Geschäftsentwicklung haben. Unser Ziel ist deshalb eine kontinuierliche Steigerung der Ertragskraft auf Basis einer die rechtlichen Anforderungen erfüllenden Kapitalbasis. Dies fördern wir unter anderem durch Zielvereinbarungen mit Führungskräften und Mitarbeitern. Durch den effizienten Einsatz von vorhandenen Ressourcen, die kontinuierliche Verbesserung unserer Prozesse und mehr Verantwortung durch Teamarbeit erreichen wir die erforderliche Produktivität. Und als Motor und entscheidende Größe im Wertschöpfungsprozess wollen wir das Wissen und die Erfahrungen unserer Mitarbeiter an allen unseren Standorten künftig noch zielgerichteter erschließen und weiterentwickeln. Unsere Mitarbeiter beteiligen sich unter anderem im Rahmen des innerbetrieblichen Vorschlagswesens an der Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten im gesamten Prozess- und Produktbereich.

Unsicherheit, ein Element jeder Prognose

Die Prognosen beziehen sich auf unsere Entwicklung für das Jahr 2014. Sie stellen unsere Einschätzung der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind beziehungsweise sich durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, weisen wir darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten abweichen können, sofern die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen. Eine verlässliche Prognose ist besonders schwierig, da Unwägbarkeiten aus der nach wie vor ungelösten Staatsschuldenkrise im Euro-Raum bestehen,

die weiterhin mit großen Schwankungen an den Finanzmärkten einhergehen dürfte und nun auch die Konjunktorentwicklung bedroht. Darüber hinaus wird die Rentabilität der Bankenbranche nachhaltig durch die steigende Regulierung (Basel III, Bankenabgabe, Einlagensicherung, etc.) belastet.

Rahmenbedingungen 2014

Die Deutsche Bundesbank geht in ihrem Monatsbericht Dezember 2013 grundsätzlich von positiven Aussichten für die deutsche Wirtschaft aus. 2013 hat sich die durch die Verschärfung der Schuldenkrise im Eurogebiet zeitweilig unterbrochene Expansion der gesamtwirtschaftlichen Leistung fortgesetzt. Die Impulse kamen zuletzt durch die Binnenwirtschaft. Für Deutschland wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,7 % im Jahr 2014 prognostiziert. Die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen dürften darüber hinaus die wirtschaftliche Entwicklung unterstützen. Abhängig von den Kapazitäten dürfte auch die Bauleistung weiter expandieren. Die Beschäftigungssituation soll sich verbessern. Es wird erwartet, dass die Zahl der Erwerbstätigen steigt und die Arbeitslosenquote sinkt. Zusammen mit Tariflohnsteigerungen dürfte damit auch das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte steigen. Infolge der verbesserten Konsumstimmung könnte der Konsum steigen, die Sparquote leicht sinken. Die Preissteigerungsraten dürften verhalten bleiben. Die Zinssätze werden voraussichtlich leicht ansteigen aber auf einem sehr niedrigen Niveau bleiben. Wir erwarten, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Geschäftsgebiet ähnlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verhalten wird.

Wir sehen uns den Herausforderungen eines dynamischen Wettbewerbsumfeldes gegenüber. Hierzu zählen ein sich weiter verstärkender Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten, die steigenden Ansprüche unserer Kundschaft, der Verbraucherschutz und die Bankenaufsicht. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen nehmen kontinuierlich zu. Auch grenzt die Erfüllung der Anforderungen des Basler Ausschusses mit der ansteigenden Bindung von Ressourcen und damit ansteigenden Kosten unsere Handlungsmöglichkeiten weiter ein.

Voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse

Vor dem Hintergrund der dargestellten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2014 ein moderates Wachstum der Bilanzsumme, das leicht unter dem Niveau des Jahres 2013 liegen wird. Abgeleitet aus der konjunkturellen Entwicklung rechnen wir sowohl im gewerblichen Kreditgeschäft als auch im Kreditgeschäft mit Privatpersonen mit einem moderaten Wachstum. Bei den Privathaushalten wird weiterhin das Baufinanzierungsgeschäft im Vordergrund stehen, das durch das weiterhin niedrige Zinsniveau und die vorhandene Unsicherheit hinsichtlich alternativer Kapitalanlagen im Prognosezeitraum begünstigt wird. Insgesamt erwarten wir einen Anstieg des Kreditvolumens, das leicht über dem Wert des abgelaufenen Jahres liegt. Bezüglich des Mittelaufkommens von Kunden gehen wir ebenfalls von einem leicht stärkeren Wachstum als im Vorjahr aus, auch wenn die Sparquote aufgrund der höheren Konsumneigung leicht sinken könnte.

Wir erwarten für 2014, dass die Europäische Zentralbank ihre extrem expansive Geldpolitik fortführen wird. Das Zinsniveau dürfte sich über weite Strecken auf einem gegenüber dem Vorjahr zwar leicht erhöhten, aber im langjährigen Vergleich weiterhin niedrigem Niveau verharren, so dass bei sich gleichzeitig verstärkendem Wettbewerb in der Kreditwirtschaft die Zinspanne weiter unter Druck bleiben wird. Erschwerend kommt hinzu, dass Anleihen mit höherverzinslichem Coupons auslaufen und nur zu einem niedrigeren Zinssatz wieder angelegt werden können. Der erwartete Zinsüberschuss dürfte somit leicht unter dem Wert von 2013 liegen.

Für 2014 gehen wir weiterhin nur von geringen Erträgen aus den Verbundbeteiligungen aus und haben dies in unserer Ertragsprognose berücksichtigt. Weitere Abschreibungen auf unsere Beteiligungen sowie eine Inanspruchnahme aus unserer Garantie, die wir im Rahmen der Stützung der LBBW für ein definiertes Wertpapierportfolio des Instituts abgegeben haben, sind nicht auszuschließen.

Wir erwarten, dass neben den Margen auch die Preise im Dienstleistungsgeschäft auf aktuellem Niveau bleiben werden. Risiken für das Wertpapiergeschäft gehen einerseits von einer Kehrtwende in der Geldpolitik und Zinserhöhungen sowie andererseits von friedensgefährdenden Krisenherden aus. Aufgrund der Unsicherheiten an den Märkten erwarten wir lediglich unveränderte Ergebnisbeiträge aus dem bilanzneutralen Wertpapiergeschäft. Dagegen sehen wir vor allem aus dem weiteren Ausbau der Versicherungs- und Vermittlungsgeschäfte die Möglichkeit zu einer Verbreiterung der Ertragsbasis. Da wir auch weiterhin bei beratungsintensiven Dienstleistungen und im Produktvertrieb verstärkt Akzente setzen wollen, sollte es möglich sein, das Provisionsergebnis im Jahre 2014 zumindest auf dem guten Niveau des abgelaufenen Jahres zu stabilisieren.

Für 2014 prognostizieren wir einen deutlichen Anstieg des Verwaltungsaufwandes. Insbesondere aufgrund der vergangenen und erwarteten Tarifsteigerungen sowie aus unserer hohen Ausbildungsquote in den vergangenen Jahren werden die Personalkosten deutlich steigen. Durch ein konsequentes Kostenmanagement werden wir versuchen, den prognostizierten Anstieg im ordentlichen Aufwand in Grenzen zu halten. Auch künftig planen wir Investitionen in unser Geschäftsstellennetz, um den stark gestiegenen Kundenbedürfnissen Rechnung zu tragen sowie in zukunftsweisende Informationstechnologien und Produkte als Voraussetzung für den Ausbau der Marktanteile. Wir sind über unseren Anschluss an die bundesweit tätige Finanz Informatik für diese Herausforderungen gerüstet.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der Konjunkturentwicklung auch durch die regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig beeinflusst. Wir erwarten im Bereich der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft im Geschäftsjahr 2014 einen deutlichen Anstieg gegenüber dem letzten Jahr. Die Gefahr sich erhöhender Abschreibungen auf den Wertpapierbestand ist abhängig von der Marktentwicklung. Wir werden daher im Rahmen unserer Strategie die Entwicklung beobachten und die Risiken gegebenenfalls durch Maßnahmen begrenzen. Bedingt durch die Unsicherheiten hinsichtlich möglicher Schwankungen der Marktzinsen/Spreads ist eine deutliche Belastung durch das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft nicht auszuschließen.

Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität dürfte aufgrund der rückläufigen Zinsspanne, steigenden Kosten und gestärktem Eigenkapital im nächsten Jahr leicht unter dem Wert des Jahres 2013 liegen. Die Cost-Income-Ratio dürfte im Jahr 2014 gegenüber dem abgelaufenen Jahr spürbar ansteigen.

Im Hinblick auf die erhöhten Anforderungen an Qualität und Quantität der Eigenkapitalausstattung im Rahmen von Basel III erwarten wir keine Gefährdung unserer Solvabilität. Für 2014 prognostizieren wir leicht steigende anrechenbare Eigenmittel. Die Erfüllung der bankenaufsichtlichen Kennzahlen für 2014 wird problemlos möglich sein.

Gesamtaussage

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2014 beurteilen wir positiv, sofern sich die Rahmenbedingungen wie unterstellt entwickeln. Für das laufende Geschäftsjahr erwarten wir bei weiterhin sehr niedrigen Zinsen eine Geschäftsentwicklung mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung als auch einem Betriebsergebnis nach Bewertung deutlich unter dem sehr guten Niveau des Vorjahres. Wir können das für die Geschäfts- und Risikostrategie notwendige Kernkapital aus dem erwarteten künftigen Gewinn weiterhin selbst erwirtschaften.

Die notwendige Ausstattung mit haftendem Eigenkapital wird weiterhin sichergestellt sein. Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft jederzeit gewährleistet ist. Abweichende negative Entwicklungen im Bereich der Risiken sind über die vorhandene Risikotragfähigkeit abgedeckt.

Ludwigsburg, den 19. März 2014

Der Vorstand

3.2.3.4 Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Aktivseite	€	€	31.12.2013 €	31.12.2012 T €
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		35.668.266,64		34.212
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		127.096.102,33	162.764.368,97	104.641
				138.852
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		21.187.478,34		20.465
b) andere Forderungen		909.144.268,34	930.331.746,68	1.040.403
				1.060.869
4. Forderungen an Kunden			4.860.593.262,97	4.825.340
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	2.052.180.619,38 €			(2.135.612)
Kommunalkredite	394.411.365,99 €			(369.229)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 €			(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 €			(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		342.279.893,50		318.588
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	342.279.893,50 €			(318.588)
bb) von anderen Emittenten		1.744.536.127,67		1.676.331
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.622.483.200,86 €			(1.644.223)
			2.086.816.021,17	1.994.919
c) eigene Schuldverschreibungen			1.210.198,85	12.943
Nennbetrag	1.157.000,00 €			(12.738)
			2.088.026.220,02	2.007.862
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			1.379.509.392,64	1.236.671
6a. Handelsbestand			3.858.854,41	1.220
7. Beteiligungen			100.659.400,10	105.104
darunter:				
an Kreditinstituten	15.631.079,52 €			(15.631)
an Finanzdienstleistungsinstituten	500.000,00 €			(500)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			9.627.822,97	9.628
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 €			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 €			(0)
9. Treuhandvermögen			4.738.089,68	5.038
darunter: Treuhandkredite	4.738.089,68 €			(5.038)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		294.118,00		273
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			294.118,00	273
12. Sachanlagen			118.880.577,22	120.764
13. Sonstige Vermögensgegenstände			22.241.035,78	28.917
14. Rechnungsabgrenzungsposten			2.617.349,64	4.835
Summe der Aktiva			9.684.142.239,08	9.545.373

Passivseite		€	€	31.12.2013 €	31.12.2012 T€
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
	a) täglich fällig		1.034.806.742,36		1.182.512
	b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.268.336.655,38</u>		<u>1.055.767</u>
				2.303.143.397,74	2.238.279
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
	a) Spareinlagen				
	aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	682.675.670,85			766.269
	ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>1.144.690.287,54</u>			<u>1.175.678</u>
			1.827.365.958,39		1.941.947
	b) andere Verbindlichkeiten				
	ba) täglich fällig	3.536.225.903,03			3.469.664
	bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>892.567.783,05</u>			<u>760.634</u>
			<u>4.428.793.686,08</u>	6.256.159.644,47	<u>4.230.298</u>
					6.172.246
3.	Verbriefte Verbindlichkeiten				
	a) begebene Schuldverschreibungen		154.167.552,13		197.997
	b) andere verbrieft Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
	darunter:				
	Geldmarktpapiere	0,00 €			(0)
	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 €			(0)
				154.167.552,13	197.997
3a.	Handelsbestand			0,00	0
4.	Treuhandverbindlichkeiten			4.738.089,68	5.038
	darunter:				
	Treuhandkredite	4.738.089,68 €			(5.038)
5.	Sonstige Verbindlichkeiten			9.943.117,42	8.667
6.	Rechnungsabgrenzungsposten			4.215.483,23	5.955
7.	Rückstellungen				
	a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		42.210.269,00		41.477
	b) Steuerrückstellungen		14.620.568,54		19.797
	c) andere Rückstellungen		<u>47.667.610,95</u>		<u>46.128</u>
				104.498.448,49	107.401
8.	Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
9.	Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10.	Genussrechtskapital			0,00	0
	darunter:				
	vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 €			(0)
11.	Fonds für allgemeine Bankrisiken			340.000.000,00	320.000
	darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	400.000,00 €			(400)
12.	Eigenkapital				
	a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
	b) Kapitalrücklage		0,00		0
	c) Gewinnrücklagen				
	ca) Sicherheitsrücklage	498.289.443,94			480.936
	cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
			498.289.443,94		480.936
	d) Bilanzgewinn		<u>8.987.061,98</u>	507.276.505,92	<u>8.854</u>
					489.789
Summe der Passiva				9.684.142.239,08	9.545.373
1.	Eventualverbindlichkeiten				
	a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
	b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		76.857.953,35		83.228
	c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
				76.857.953,35	83.228
2.	Andere Verpflichtungen				
	a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
	b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
	c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>498.204.438,43</u>	498.204.438,43	<u>449.620</u>
					449.620

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	€	€	01.01.–31.12.2013 €	01.01.–31.12.2012 T€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	242.716.954,81			260.585
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>55.662.720,91</u>			<u>59.892</u>
			298.379.675,72	320.477
2. Zinsaufwendungen			<u>143.823.022,54</u>	<u>198.009</u>
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	1.403.468,46 €			(1.414)
			154.556.653,18	122.469
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			40.160.754,53	38.405
b) Beteiligungen			2.156.327,39	2.246
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>0,00</u>	<u>360</u>
			42.317.081,92	41.010
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	544
5. Provisionserträge			49.592.042,43	51.692
6. Provisionsaufwendungen			<u>1.908.532,30</u>	<u>1.684</u>
			47.683.510,13	50.008
7. Nettoertrag des Handelsbestands			282.161,47	735
8. Sonstige betriebliche Erträge			25.820.481,26	6.640
aus der Fremdwährungsumrechnung	1.063.896,38 €			(727)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>0,00</u>	<u>53</u>
			270.659.887,96	221.459
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	73.583.497,88			71.176
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>19.184.753,28</u>			<u>19.264</u>
darunter: für Altersversorgung	6.712.426,90 €			(7.018)
			92.768.251,16	90.441
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>42.292.591,21</u>	<u>43.396</u>
			135.060.842,37	133.837
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			7.725.523,62	7.318
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			59.530.765,38	9.939
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>16.918.421,33</u>	<u>83.129</u>
			16.918.421,33	83.129
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			3.880.353,29	186
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>0,00</u>	<u>0</u>
			3.880.353,29	186
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			560.116,69	0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>20.000.000,00</u>	<u>100.000</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			60.820.707,94	53.308
20. Außerordentliche Erträge			0,00	0
21. Außerordentliche Aufwendungen			<u>0,00</u>	<u>0</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			43.000.256,56	35.620
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			<u>333.389,40</u>	<u>334</u>
			43.333.645,96	35.954
25. Jahresüberschuss			17.487.061,98	17.354
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			<u>0,00</u>	<u>0</u>
			17.487.061,98	17.354
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
			<u>0,00</u>	<u>0</u>
			17.487.061,98	17.354
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		8.500.000,00		8.500
b) in andere Rücklagen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			8.500.000,00	8.500
29. Bilanzgewinn			8.987.061,98	8.854

3.2.3.5 Anhang

3.2.3.5.1 Allgemeine Angaben

Die Kreissparkasse Ludwigsburg hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Konsolidierung der Jahresabschlüsse unserer verbundenen Unternehmen beeinflusst die einzelnen Positionen des Konzernabschlusses gegenüber den Werten des Jahresabschlusses unseres Instituts nur unwesentlich. Wir haben daher auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

3.2.3.5.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe) haben wir zum Nennwert bilanziert. Einbehaltene Agien und Disagien bei der Auszahlung von Darlehen und Schuldscheindarlehen wurden auf deren Laufzeit beziehungsweise Festzinsbindungsdauer verteilt.

Für erkennbare Ausfallrisiken haben wir bei **Forderungen an Kunden** in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Außerdem haben wir eine Pauschalwertberichtigung in Höhe des steuerlich zulässigen Betrages auf den latent gefährdeten Forderungsbestand gebildet.

Wechsel im Bestand haben wir zum Zeitwert, gekürzt um Einzelwertberichtigungen, angesetzt. Sie wurden zu effektiven Hereinnahmesätzen abgezinst.

Die **Wertpapiere** wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei einem Wertpapier war zum Bilanzstichtag kein aktiver Markt vorhanden, dem ein verlässlicher Börsen- oder Marktpreis hätte entnommen werden können. In diesem Fall haben wir den beizulegenden Wert mittels eines Modells nach der Discounted-Cash-Flow-Methode ermittelt.

Der im Anlagevermögen gehaltene Immobilienfonds wurde zum Rücknahmepreis bewertet.

Die **Wertpapiere des Handelsbestands** wurden gemäß § 340e Abs. 3 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Der Risikoabschlag wurde entsprechend der internen Risikosteuerung auf Portfolioebene ermittelt und vollständig bei der Aktivaposition 6a berücksichtigt. Die Berechnung erfolgte in Form eines Value at Risk (VaR) auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99%, einer Haltedauer von 30 Tagen und eines Beobachtungszeitraums von einem Jahr. Zum Bilanzstichtag betrug der so ermittelte Risikoabschlag insgesamt 26 T€.

In Übereinstimmung mit der internen Risikosteuerung haben wir die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands in den GuV-Posten 1 und 3 ausgewiesen.

Der Sonderposten für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) blieb in Bezug auf die Vorschriften des § 340e Abs. 4 HGB gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand wurden im Berichtsjahr nicht geändert.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die **immateriellen Anlagewerte** und das **Sachanlagevermögen** wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen wurden bei den Sachanlagen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringem Wert (bis 150 €) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis 1.000 € beziehungsweise bis 410 € bei Software) in einen Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die in den **Sonstigen Vermögensgegenständen** enthaltenen Forderungen und Vermögenswerte wurden mit dem Niederstwert bewertet.

Verbindlichkeiten haben wir grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Der Unterschied zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag wird unter den Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen. Abzinsungspapiere (Null-Kupon-Inhaberschuldverschreibungen) wurden zum Barwert bilanziert.

Die **Rückstellungen** wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die Pensionsrückstellungen wurden für die unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G ermittelt. Für die Abzinsung wurde der von der Deutschen Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz von 4,90 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren verwendet. Bei der Berechnung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % und ein Rententrend von jährlich 2,0 % berücksichtigt.

Für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen, die sich aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten der Sparkasse ergeben, besteht eine in Vorjahren dotierte Rückstellung in Höhe eines Teilbetrages von 27,6 Mio. €. Hierbei erfolgte die Berechnung der nicht durch entsprechendes Vermögen der Versorgungskasse gedeckten Verpflichtungen der Sparkasse (Gesamtbetrag 64,8 Mio. €) nach einem dem Teilwertverfahren angelehnten Näherungsverfahren, welches versicherungsmathematische Grundsätze berücksichtigt. Die Ermittlung erfolgte auf Datenbasis des Vorjahresresultimos unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G und einer pauschalen Berücksichtigung des auf die Sparkasse entfallenden Anteils am gesamten Kasernenvermögen der Versorgungskasse. Gehalts- beziehungsweise Rententrends wurden bei der Berechnung vereinfacht durch Kompensation mit dem bei der Abzinsung zu verwendenden durchschnittlichen Marktzinssatz einbezogen. Der so ermittelte und zugrunde gelegte Rechnungszins betrug 3,5%.

Gemäß IDW RS BFA 3 wurde zum Bilanzstichtag auf Basis einer barwertigen Betrachtungsweise unter Berücksichtigung voraussichtlich noch anfallender Risiko- und Verwaltungskosten nachgewiesen, dass aus den zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs) kein Verpflichtungsüberschuss besteht. Somit war diesbezüglich keine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften erforderlich (**verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs)**). Zinsswapgeschäfte, deren Zinsbindungsdauer über den Steuerungszeitraum des Bankbuchs hinausgeht, haben wir erstmals aufgeteilt und den nicht in das Bankbuch einbezogenen Teil einzeln bewertet. Hierfür war die Bildung einer Rückstellung in Höhe von 3,8 Mio. € erforderlich.

Die **strukturierten Produkte** (Schuldscheinanlage bei einem Kreditinstitut mit mehrfachem Schuldnerkündigungsrecht und steigendem Zins, Schuldscheindarlehen mit einmaligem Schuldnererhöhungsrecht, Namenspfandbrief (Double or Quit) mit einmaligem Schuldnerkündigungsrecht oder Schuldnererhöhungsrecht, Festzinsdarlehen mit Verlängerungsoption für den Kunden, Festzinsdarlehen mit späterer Darlehensvaluierung und begebene Stufenzins-

IHS ohne Schuldner- und Gläubigerkündigungsrecht) wurden unter Berücksichtigung des IDW RS HFA 22 einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bilanziert. Die der Liquiditätsreserve zugeordneten **Future-Geschäfte** wurden einzeln imparitatisch bewertet.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen **Zinsswapgeschäfte und Swaptions** wurden in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten. Im Berichtsjahr wurden erstmalig 42,3 Mio. € Zinsaufwand und 14,8 Mio. € Zinserträge aus Zinsswaps unsaldiert ausgewiesen.

Im Kundengeschäft abgeschlossene **Caps, Collars, Swaps und Forward-Swaps** in Höhe von 115,3 Mio. € wurden mit zugeordneten Sicherungsgeschäften in Bewertungseinheiten (Mikro-Hedges) einbezogen. Die Sicherungsbeziehungen haben eine Ursprungslaufzeit von bis zu 30 Jahren. Soweit für Geschäfte aufgrund von Adressrisiken keine Bewertungseinheit gebildet werden konnte, wurden diese einzeln bewertet.

Hierbei folgt die handelsbilanzielle Abbildung der im Risikomanagement vorgenommenen Zusammenfassung. Sind die Voraussetzungen für eine Bewertungseinheit erfüllt, bewerten wir die zugehörigen Grund- und Sicherungsgeschäfte - soweit sich die aus dem abgesicherten Risiko ergebenden Wertentwicklungen ausgleichen - kompensatorisch. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt mit der Einfrierungsmethode. Die nicht abgesicherten Bestandteile der in die Bewertungseinheit einbezogenen Geschäfte wurden einzeln imparitatisch behandelt.

Sofern die wertbestimmenden Faktoren zwischen Grund- und Sicherungsgeschäften übereinstimmen, nutzen wir zur Darstellung der prospektiven und retrospektiven Wirksamkeit die Critical-Terms-Match-Methode.

Die Wertänderungen der abgesicherten Risiken gleichen sich vollständig aus; die Grundgeschäfte werden grundsätzlich über die gesamte Laufzeit abgesichert. Das abgesicherte Zinsänderungsrisiko beläuft sich auf insgesamt 9,0 Mio. €.

Das Währungsrisiko wird über eine **Währungsposition** als Einheit gesteuert. In diese werden die einzelnen Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten, Devisentermingeschäfte, Zinsswaps in Fremdwährung und Zins-/Währungsswaps sowie Kassageschäfte eingestellt. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB wird in Höhe der sich hierbei betragsmäßig ausgleichenden Positionen je Währung angenommen. Dem Anlagevermögen zugeordnete Beteiligungen in fremder Währung und die zugehörigen Refinanzierungen wurden ebenfalls als besonders gedeckte Positionen behandelt.

Die Umrechnung der **auf fremde Währung lautenden Bilanzposten** und der am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte (einschließlich Sortenbestände) erfolgte generell mit dem Kassakurs. Nicht abgewickelte Termingeschäfte wurden zu einheitlichen Kursen umgerechnet.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte sowie aus offenen Positionen mit Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr wurden erfolgswirksam vereinnahmt. Der Ausweis der Aufwendungen und Erträge aus besonders gedeckten Positionen sowie aus offenen Positionen mit Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr erfolgte saldiert im sonstigen betrieblichen Ergebnis. Die Aufwendungen aus offenen Positionen mit einer Restlaufzeit von einem Jahr beziehungsweise größer als ein Jahr wurden in dem GuV-Posten ausgewiesen, dem die sonstigen Bewertungsergebnisse des zugrunde liegenden Geschäfts zuzuordnen sind. Die daraus resultierenden Erträge wurden nicht vereinnahmt.

3.2.3.5.3 Pfandbriefgeschäft

Die Kreissparkasse Ludwigsburg hat im Geschäftsjahr 2013 weitere Pfandbriefemissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) durchgeführt. Es wurden Hypotheken-Namenspfandbriefe mit einem Nominalwert von 15 Mio. € und Hypotheken-Inhaberpandbriefe mit einem Nominalwert von 40 Mio. € platziert. Informationen zur Pfandbriefdeckungsmasse gemäß § 28 PfandBG werden vierteljährlich auf der Homepage veröffentlicht und sind im Anhang abgebildet.

Zusatzangaben nach § 35 RechKredV

Die im Deckungsregister aufgeführten Realdarlehen in Höhe von 137,1 Mio. € werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekendpfandbriefe in Höhe von 10 Mio. € finden sich in der Bilanz unter der Position Aktiva 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgegliedert. Da die Sparkasse das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen haben wir nur die Posten zusätzlich untergliedert, die Pfandbriefe enthalten.

Untergliederung von Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung aufgrund des Pfandbriefgeschäftes

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	T€
Aktiva 3 Forderungen an Kreditinstitute			
a) Hypothekendarlehen	0,00		0
b) Kommunalkredite	892.803.393,17		962.374
c) andere Forderungen	37.528.353,51		98.495
		930.331.746,68	1.060.869
darunter:			
täglich fällig		0,00	0
gegen Beleihung von Wertpapieren		0,00	0
Aktiva 4 Forderungen an Kunden			
a) Hypothekendarlehen	2.052.180.619,38		2.135.612
b) Kommunalkredite	394.411.365,99		369.229
c) andere Forderungen	2.414.001.277,60		2.320.499
		4.860.593.262,97	4.825.340
darunter:			
gegen Beleihung von Wertpapieren		0,00	0
Aktiva 14 Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	2.555.026,89		4.835
b) andere	62.322,75		0
		2.617.349,64	4.835
Passiva 2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	15.182.519,18		0
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	0,00		0

c) Spareinlagen	1.827.365.958,39		1.941.947
d) andere Verbindlichkeiten	4.413.611.166,90		4.230.298
		6.256.159.644,47	6.172.246
darunter:			
täglich fällig	3.536.225.903,03		3.469.664
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00		0
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00		0
Passiva 3 Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen			
aa) Hypothekenspfandbriefe	100.942.602,74		60.641
ab) öffentliche Pfandbriefe	0,00		0
ac) sonstige Schuldverschreibungen	53.224.949,39		137.357
		154.167.552,13	197.997
Passiva 6 Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	3.293.462,16		5.065
b) andere	922.021,07		889
		4.215.483,23	5.955

Die Angaben nach den Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG stellen sich wie folgt dar:

Die nachfolgend angegebenen Zahlenwerte beruhen jeweils auf kaufmännisch exakten Rundungen. Die ausgewiesenen Summen können daher von den bei Summierung der Einzelwerte sich ergebenden Ergebnissen geringfügig abweichen.

Angaben zur nominalen und barwertigen Deckung (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 und 3 PfandBG)

	Umlauf Pfandbriefe		Deckungsmasse		Überdeckung	
	Mio. €		Mio. €		in %	
	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12
Nennwert	115,00	60,00	147,07	89,78	27,89	49,63
Barwert	117,71	65,55	160,24	103,11	36,13	57,29
Risikobarwert ¹ (Stress-test + 250 BP)	96,20	53,22	139,30	88,63	44,80	66,53
Risikobarwert ¹ (Stress-test - 250 BP)	138,19	73,93	176,82	111,33	27,95	50,60
Sichernde Überdeckung gem. § 4 Abs. 1 PfandBG					9,18	16,96

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

¹ statisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

Angaben zur Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Umlauf Pfandbriefe		Deckungsmasse		Überhang	
	Mio. €		Mio. €		Mio. €	
	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12
unter 1 Jahr	0,00	0,00	7,57	2,87	7,57	2,87

1 Jahr bis zu 2 Jahren	0,00	0,00	8,05	3,26	8,05	3,26
2 Jahre bis zu 3 Jahren	0,00	0,00	7,93	4,92	7,93	4,92
3 Jahre bis zu 4 Jahren	0,00	0,00	8,86	5,41	8,86	5,41
4 Jahre bis zu 5 Jahren	0,00	0,00	6,61	4,72	6,61	4,72
5 Jahre bis zu 10 Jahren	115,00	60,00	100,32	65,05	-14,68	5,05
ab 10 Jahre	0,00	0,00	7,73	3,55	7,73	3,55

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

Weitere Deckungswerte (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	31.12.13	31.12.12
nach § 19 PfandBG in Mio. €	10,00	10,00
Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs in %	8,70	16,67
davon in Deckungswerten gem. § 4 Abs. 1 PfandBG in %	8,70	16,67

Zusammensetzung der Deckungsmasse (§ 28 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG)

Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	Mio. €		Anteil am Gesamtbetrag der Deckungsmasse insgesamt ¹ in %	
	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12
nach Größenklassen				
bis einschließlich 300 T€	115,90	71,53	-	-
mehr als 300 T€ bis einschließlich 5 Mio. €	21,17	8,25	-	-
mehr als 5 Mio. €	0,00	0,00	-	-
nach Nutzungsart (I) in Deutschland				
wohnwirtschaftlich	120,79	73,93	-	-
gewerblich	16,28	5,85	-	-
nach Nutzungsart (II) in Deutschland				
Wohnungen	52,33	36,24	35,58	40,37
Einfamilienhäuser	54,27	31,27	36,90	34,83
Mehrfamilienhäuser	14,19	6,41	9,65	7,15
Bürogebäude	1,33	0,57	0,90	0,63
Handelsgebäude	0,35	0,50	0,24	0,55
Industriegebäude	3,12	1,60	2,12	1,78
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	11,49	3,18	7,81	3,54
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,00	0,00	0,00	0,00
Bauplätze	0,00	0,00	0,00	0,00

Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückssicherheiten.

¹ Darin enthalten sind 10,0 Mio. € sonstige Deckungswerte.

Übersicht über rückständige Forderungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG)

	Mio. €	
	31.12.13	31.12.12
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen	0,00	0,00

Weitere Angaben (§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG)

	wohnwirtschaftlich Mio. €		gewerblich Mio. €	
	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12
Anzahl der am Abschluss tag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0	0	0	0
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktivseite

31.12.2013
T€

31.12.2012
T€

Forderungen an Kreditinstitute

In dieser Position sind enthalten:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	199.495	218.822
darunter: Forderungen an die eigene Girozentrale	193.226	212.551

Die Unterposition b) - andere Forderungen - (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	30.788
mehr als drei Monate bis ein Jahr	33.249
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	370.760
mehr als fünf Jahre	450.000

Forderungen an Kunden

In dieser Position sind enthalten:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	210.134	212.353
Nachrangige Forderungen	870	1.700

Diese Position (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
bis drei Monate	335.394	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	336.918	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.168.984	
mehr als fünf Jahre	2.695.997	
mit unbestimmter Laufzeit	308.606	

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In dieser Position sind enthalten:

Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	273.000	108.562
--	---------	---------

Von den in dieser Position enthaltenen Wertpapieren sind 2.008.060 T€ börsennotiert.

In Unterposition b) – Anleihen und Schuldverschreibungen – sind enthalten:

Nachrangige Forderungen	1.280	1.280
-------------------------	-------	-------

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

In dieser Position sind enthalten:

Anteile an Investmentvermögen

An den folgenden Investmentvermögen halten wir mehr als 10 % der Anteile:

Anlageziel Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert T€	Buchwert T€	Ausschüttungen im Geschäftsjahr T€	Tägliche Rückgabe möglich
<u>Gemischte Fonds</u>				
A-LBA	193.350	182.822	3.246	ja
BWInvest-KLB	137.078	107.235	4.772	ja
A-KLB	130.663	113.370	2.526	ja
A-KLB-R1	129.002	122.606	4.034	ja
A-KLB-R2	129.076	122.259	4.038	ja
A-KLB-R3	128.267	121.580	3.812	ja
A-KLB-R4	127.970	123.061	3.581	ja
A-KLB-R5	138.104	128.864	4.181	ja
A-KLB-R6	135.736	126.346	3.780	ja
A-KLB-R7	132.838	122.993	3.461	ja
<u>Immobilien Fonds</u>				
A-KLB-Immo-Fonds	173.655	172.345	0	ja

31.12.2013 31.12.2012
T€ T€

Handelsbestand

Der Handelsbestand besteht ausschließlich aus anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren.

Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellte in voller Höhe Forderungen an Kunden (Aktivposten 4) dar.

Sachanlagen

In dieser Position sind enthalten:

Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	96.754	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.603	

Sonstige Vermögensgegenstände

In dieser Position sind enthalten:

Stille Beteiligung mit Nachrangabrede	7.345	7.559
---------------------------------------	-------	-------

Rechnungsabgrenzungsposten

In dieser Position sind enthalten:

Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	643	494
Unterschiedsbetrag zwischen Erfüllungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Anleihen	1.871	4.280

Mehrere Positionen betreffende Angaben

Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	81.013	
---	--------	--

Anlagenpiegel

In nachstehenden Positionen enthaltenes Anlagevermögen	Anschaffungs-/Herstellungskosten	Veränderungen während des Geschäftsjahres				Abschreibungen und Wertberichtigungen insgesamt	Bilanzwert am Jahresende	Bilanzwert am Vorjahresende	Abschreibungen und Wertberichtigungen des Geschäftsjahres
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen				
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Immaterielle Anlagewerte	3.388	201	1.594	-	-	1.701	294	273	180
Sachanlagen	275.731	5.748	5.211	-	-	157.387	118.881	120.764	7.546
Veränderungssaldo (§ 34 Abs. 3 RechKredV)							(ohne anteilige Zinsen)		

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	+172.345	172.345	0
Beteiligungen	-4.445	100.659	105.104
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	9.628	9.628
Sonstige Vermögensgegenstände	0	6.743	6.743

Passivseite

31.12.2013
T€

31.12.2012
T€

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 749.909 1.215.793

darunter: Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale 749.909 1.215.793

Der Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögensgegenstände für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten beläuft sich auf insgesamt 342.757

Die Unterposition b) - mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate 73.673

mehr als drei Monate bis ein Jahr 293.381

mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 589.278

mehr als fünf Jahre 283.176

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen 5.590 5.869

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 2.064 1.966

Die Unterposition ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate 126.691

mehr als drei Monate bis ein Jahr 815.395

mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 192.855

mehr als fünf Jahre 9.750

Die Unterposition bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	487.723	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	316.601	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	37.908	
mehr als fünf Jahre	47.694	
	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€

Verbriefte Verbindlichkeiten

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	60.747	40.574
In Unterposition a) - begebene Schuldverschreibungen - enthaltene Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	356	

Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivposten 1).

Rechnungsabgrenzungsposten

In dieser Position sind enthalten:

Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	3.232	5.015
--	-------	-------

Mehrere Positionen betreffende Angaben

Von den Verbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung	77.963
---	--------

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge

T€

In dieser Position sind enthalten:

Aperiodische Zinserträge

Verzugszinsen für Darlehen aus Vorjahren	1.003
Im Wesentlichen nachträgliche Zinszahlung aus Darlehen sowie Vorfalligkeitsentschädigungen	7.187

Zinsaufwendungen

In dieser Position sind enthalten:

T€

Aperiodische Zinsaufwendungen

Im Wesentlichen Vorfälligkeitsentschädigungen in Zusammenhang mit der vorzeitigen Schließung von Zinsswaps und Forward-Swaps

24.661

31.12.2013
T€

31.12.2012
T€

Steuern vom Einkommen und Ertrag

In dieser Position sind enthalten:

T€

Aperiodische Steuern

Im Wesentlichen Steuernachzahlungen im Rahmen der steuerlichen Betriebsprüfung

6.907

3.2.3.5.4 Sonstige Angaben

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

An folgendem Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20 %:

Name, Sitz	Höhe des Kapitalanteils %	Eigenkapital T€	Jahresüberschuss T€
SVB-Sparkassen-Versicherung Beteiligungs-GmbH Nr. 1, Stuttgart	24,1	168.009 (30.09.2013)	3.934 (2012/2013)

Der übrige Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 und Nr. 11a HGB ist für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

Der Sparkassenverband Baden-Württemberg hat sich zusammen mit den weiteren Trägern quotal entsprechend seinem Stammkapitalanteil im Geschäftsjahr 2009 an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital für die Landesbank Baden-Württemberg beteiligt und eine Rückgarantie zusammen mit der Stadt Stuttgart gegenüber dem Land Baden-Württemberg aus einer Risikoimmunisierungsaktion für die Landesbank Baden-Württemberg übernommen. Als Mitglied dieses Verbandes sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Dies gilt auch für den Fall, dass die zufließenden Erträge die aus den im Rahmen dieser Konstruktionen möglicherweise entstehenden Aufwendungen nicht abdecken. Ein akutes Risiko der Inanspruchnahme aus diesen Verpflichtungen über die Verbandsumlage ist derzeit nicht erkennbar.

Als Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg und des überregionalen Sicherungssystems der Deutschen Sparkassenorganisation werden sämtliche Kundenansprüche in voller Höhe sichergestellt. Aus der Verpflichtung, im eventuellen Stützungsfall eines angeschlossenen Instituts gegebenenfalls Nachschusszahlungen zu leisten, ist derzeit nicht mit einer konkreten Inanspruchnahme zu rechnen.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung)

nicht abdecken. Für die Geschäftsjahre bis einschließlich 2016 der Erwerbsgesellschaft wurde hierfür eine Rückstellung in Höhe von 3.822 T€ gebildet.

3.2.3.5.5 Derivative Finanzinstrumente

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte gliedern sich wie folgt:

	Nominalbeträge in Mio. €			
	nach Restlaufzeiten			Insgesamt
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	
Zinsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Zinsswaps einschließlich Forward-Swaps	2.592,7	916,3	194,9	3.703,9
Caps, Collars (Käufe)	1,8	17,7	1,3	20,8
Caps, Collars (Verkäufe)	1,8	17,7	1,3	20,8
Swaptions (Käufe)	1,7	13,2	0,0	14,9
Börsengehandelte Produkte				
Eurex-Zins-Futures	200,0	0,0	0,0	200,0
Währungsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Zins-/Währungsswaps	0,0	0,0	2,0	2,0
Devisentermingeschäfte	277,3	26,1	0,0	303,4
Insgesamt	3.075,3	991,0	199,5	4.265,8

Bei den zinsbezogenen Termingeschäften handelt es sich nahezu ausschließlich um Deckungsgeschäfte. Devisentermingeschäfte wurden nahezu ausschließlich als gedeckte Auftragsgeschäfte mit Dienstleistungscharakter abgeschlossen.

Bei den Kontrahenten im Derivategeschäft per 31. Dezember 2013 handelte es sich um deutsche Kreditinstitute.

Daneben wurden Swaps, Forward-Swaps, Caps, Collars, Zins-/Währungsswaps sowie Devisentermingeschäfte mit Kunden abgeschlossen.

Für die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivate, die nicht einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB zugeordnet sind, ergeben sich folgende zusätzliche Angaben nach § 285 Nr. 19 HGB:

	Nominalbeträge in Mio. €	Zeitwerte in T€ ²		Buchwerte in T€	
		+	./.	Options- prämie	Rückstellung (P7)
Zinsbezogene Geschäfte					
OTC-Produkte					
Zinsswaps	3.486,0	22.477	47.548 ¹		
Swaptions (Käufe)	14,9	69	0	(A13) 496	
Insgesamt	3.500,9	22.546	47.548		

¹ Diese in die Zinsbuchsteuerung einbezogenen Derivate wurden bei der verlustfreien Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) berücksichtigt (vgl. Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“) und waren insoweit nicht gesondert zu bewerten.

² ohne anteilige Zinsen

Bei börsengehandelten derivativen Finanzprodukten und Geschäften, die am Interbankenmarkt gehandelt werden, werden Marktwerte als Zeitwerte ausgewiesen (Mark-to-Market-Bewertung). Dagegen werden bei OTC-gehandelten derivativen Finanzinstrumenten theoretisch ermittelte Werte als Zeitwerte angesetzt (Mark-to-Model-Bewertung).

Bei der Mark-to-Model-Bewertung wird bezüglich der derivativen Finanzinstrumente wie folgt verfahren:

Zinsswaps werden in die Basisbestandteile Kuponanleihe und Floater zerlegt und unter Zugrundelegung entsprechender Zinsstrukturkurven getrennt bewertet. Der Barwert des Swaps ergibt sich dabei aus der Differenz der Barwerte der beiden Basisprodukte.

Für Swaptions werden die ausgewiesenen Zeitwerte mittels des Black/Scholes-Modells in der jeweils erforderlichen Modifikation berechnet. Grundlagen der Bewertung waren insbesondere der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die Volatilitäten.

Am Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Devisentermingeschäfte im Nominalvolumen von 303,4 Mio. €. Diese Geschäfte wurden nahezu ausschließlich als gedeckte Auftragsgeschäfte mit Dienstleistungscharakter mit inländischen Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die Geschäfte weisen saldiert einen Zeitwert von 0 € aus.

3.2.3.5.6 Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz bestanden zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 381 T€ durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Ein Ausweis passiver latenter Steuern war insoweit nicht erforderlich. Auf den Ansatz aktiver latenter Steuern hat die Sparkasse entsprechend § 274 Abs. 1 HGB verzichtet. Die künftigen Steuerentlastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden bei Sachanlagen, Beteiligungen und Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 6 b EStG). Die zum Ausgleich der künftigen Steuerbelastungen benötigten absehbaren künftigen Steuerentlastungen ergeben sich aus unterschiedlichen bilanziellen Ansätzen bei den Rückstellungen. Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 28,83 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit einem Steuersatz von 15,825 % berücksichtigt.

3.2.3.5.7 Abschlussprüferhonorare

Für das Geschäftsjahr wurden von unserem Abschlussprüfer für folgende Leistungen Honorare berechnet:

	T€
für die Abschlussprüfung	206
für andere Bestätigungen	31
für die Steuerberatung	9

Organe der Kreissparkasse Ludwigsburg

Verwaltungsrat		
Vorsitzender	Dr. Rainer Haas	Landrat
1. Stellvertreter des Vorsitzenden	Manfred List	Oberbürgermeister i. R.
2. Stellvertreter des Vorsitzenden	Rainer Gessler	Bauingenieur, Leiter der Geschäftsstelle: Nachhaltig mobile Region Stuttgart
Mitglieder	Markus Bott	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Ralf Braico	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Monika Falke	Sparkassenangestellte, KSK Ludwigsburg
	Helmut Fischer	Kriminalhauptkommissar a. D.
	Thomas Fritz	Geschäftsführer Ensinger Mineral-Heilquellen GmbH
	Siegbert Hörer	Vorstand Bezirksbaugenossenschaft Altwürttemberg i. R.
	Hermann Hofmeister	Geschäftsführender Gesellschafter eines Unternehmens der Einrichtungsbranche i. R.
	Manfred Hollenbach	MdL, Bürgermeister i. R.
	Heinz Kälberer	Oberbürgermeister i. R.
	Jürgen Kessing	Oberbürgermeister der Stadt Bietigheim-Bissingen
	Bernd Kirnbauer	Schreinermeister, Geschäftsführer der Bernd Kirnbauer Bau- und Objekt GmbH
	Franz Koch	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Thomas Nytz	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Andrea Philipp	Sparkassenangestellte, KSK Ludwigsburg
Hans Schmid	Bürgermeister a. D.	
Vorstand		
Vorsitzender	Dr. Heinz-Werner Schulte	
Mitglieder	Dieter Wizemann	
	Thomas Raab	

Eines unserer Vorstandsmitglieder hat Aufsichtsratsmandate bei folgenden großen Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Name, Sitz
Württembergische Gemeindeversicherung a. G., Stuttgart
SV Sparkassen-Versicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

3.2.3.5.8 Bezüge und Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 1.945 T€ gewährt.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes beziehungsweise deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge in Höhe von 556 T€ gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.079 T€.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 168 T€.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite in Höhe von 951 T€ gewährt.

An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Kredite in Höhe von 1.857 T€ vergeben.

3.2.3.5.9 Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	Anzahl
Vollzeitkräfte	1.059
Teilzeitkräfte	432
Auszubildende	224
Insgesamt	1.715

Ludwigsburg, den 19. März 2014

Der Vorstand

Dr. Schulte

Wizemann

Raab

3.2.3.6 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Ludwigsburg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 3. April 2014

Sparkassenverband Baden-Württemberg
-Prüfungsstelle-

Schmidt
Wirtschaftsprüfer

Roth
Wirtschaftsprüfer

3.2.4 Finanzinformationen 2014

3.2.4.1 Lagebericht

3.2.4.1.1 Geschäftsmodell der Kreissparkasse

Die Kreissparkasse Ludwigsburg wurde im Jahr 1852 gegründet und ist seither fest in der Region verwurzelt. Dies zeigt sich in einem flächendeckenden Netz von 117 Geschäftsstellen im Landkreis und einer starken persönlichen Bindung zu unseren Kunden. Sie ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft des Landkreises Ludwigsburg mit Sitz in Ludwigsburg.

Die Kreissparkasse Ludwigsburg betreibt grundsätzlich alle banküblichen Geschäfte, soweit sie das Sparkassengesetz von Baden-Württemberg, die aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen oder unsere Satzung vorsehen. Darüber hinaus sind wir seit 2011 im Pfandbriefgeschäft tätig.

Als selbstständiges Wirtschaftsunternehmen verfolgen wir, auf Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse, das Ziel vorrangig in unserem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und eine angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen.

Organe der Kreissparkasse Ludwigsburg sind der Verwaltungsrat, der Kreditausschuss und der Vorstand. Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien für die Geschäfte der Sparkasse, erlässt Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeiten. Er setzt sich aus insgesamt 18 Mitgliedern zusammen. Der Kreditausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats und 3 weiteren Mitgliedern, beschließt über die Zustimmung zur Gewährung von Krediten nach der Geschäftsanweisung und über die Zustimmung zur Gewährung von Organkrediten im Sinne von § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern. Er leitet die Sparkasse in eigener Verantwortung, vertritt sie nach außen und führt ihre Geschäfte. Die Kreissparkasse ist unterteilt in drei Geschäftsbereiche, die jeweils von einem Vorstand geführt werden.

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg (SVBW) dem Sicherungssystem der Sparkassenfinanzgruppe angeschlossen. Dieser Haftungsverbund sichert den Bestand aller Sparkassen und damit in vollem Umfang auch die Einlagen der Kunden. Dieser Schutz gilt für Einlagen privater und gewerblicher Anleger und ohne betragsmäßige Begrenzung.

3.2.4.1.2 Wirtschaftsbericht

Gesamtaussage des Vorstands zum Geschäftsverlauf und zur Lage 2014

Die Kreissparkasse Ludwigsburg verfolgte im Geschäftsjahr 2014 weiter ein moderates, aber stetiges Wachstumsziel. Die geschäftliche Entwicklung sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage können unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen und der branchenspezifischen Entwicklung als zufriedenstellend bezeichnet werden. Der erzielte Jahresüberschuss entspricht dem erwarteten Geschäftsergebnis.

	Bestand	in % des Geschäftsvolumens		Veränderungen		
	31.12.14	31.12.14	31.12.13	2014	2014	2013
	Mio. €	%	%	Mio. €	%	%
Geschäftsvolumen ¹	9.894,9	100,0	100,0	133,9	1,4	1,4
Bilanzsumme	9.810,1	99,1	99,2	125,9	1,3	1,5
Aktivgeschäft²						
Kundenkreditvolumen	5.029,7	50,8	50,6	87,5	1,8	0,6
Forderungen an Kreditinstitute	745,7	7,5	9,5	-184,6	-19,8	-12,3
Wertpapiervermögen	3.729,2	37,7	35,6	257,8	7,4	7,0
Anlagevermögen	214,9	2,2	2,4	-21,9	-9,3	-2,7
Sonstige Vermögenswerte	175,4	1,8	1,9	-4,9	-2,7	9,2
Passivgeschäft						
Mittelaufkommen von Kunden	6.494,4	65,6	64,6	184,1	2,9	0,0
darunter:						
Sichteinlagen	3.867,0	39,0	36,2	330,8	9,4	1,9
Termineinlagen und aufgenommene Gelder	796,6	8,1	8,2	-0,9	-0,1	19,0
Spareinlagen	1.676,5	16,9	18,7	-150,9	-8,3	-5,9
Eigenemissionen	154,3	1,6	1,5	5,1	3,4	-34,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	2.287,5	23,1	24,6	-115,6	-4,8	4,6
Eigene Mittel	904,9	9,1	8,7	57,6	6,8	4,6
darunter:						
Sicherheitsrücklage	524,9	5,3	5,2	17,6	3,5	3,6
Fonds für allgemeine Bankrisiken	380,0	3,8	3,5	40,0	11,8	6,3

¹ Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

² inklusive Passivposten 1 unter dem Strich

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Geschäftsvolumen. Entsprechend erhöhte sich auch die Bilanzsumme. Zuwachsraten ergaben sich insbesondere im Bereich Wertpapiervermögen, Kundenkreditvolumen sowie dem Bereich Mittelaufkommen von Kunden. Rückläufig entwickelte

sich dagegen der Bereich Forderungen an Kreditinstitute sowie der Bereich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

	GuV-Positionen	Ergebnis		Veränderungen		
		1.1.- 31.12.14	1.1.- 31.12.13	2014	2014	2013
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	%	%
Zinsüberschuss	1, 2, 3, 4 + 17	220,4	196,3	24,1	12,3	19,7
Provisionsüberschuss	5 + 6	51,3	47,7	3,6	7,5	-4,6
Verwaltungsaufwand	10 + 11	-147,8	-142,8	-5,0	3,5	1,2
Personalaufwand	10a	-93,7	-92,8	-0,9	1,0	2,6
Sachaufwand	10b + 11	-54,1	-50,0	-4,1	-8,2	-1,4
Nettoertrag des Handelsbestands	7	0,2	0,3	0,0	-14,4	-61,6
Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	8 + 12	-65,7	-33,7	-32,0	95,0	921,7
Bewertungsergebnis	13, 14, 15 + 16	35,2	13,0	22,1	169,8	-84,3
Zuführung Fonds für allgemeine Bankrisiken	18	-40,0	-20,0	-20,0	100,0	-80,0
Saldo sonstige Positionen	9, 20, 21, 22 + 24	-0,3	-0,3	0,0	-0,6	-0,3
Steuern	23	-35,6	-43,0	-7,4	-17,1	20,7
Jahresüberschuss	25	17,6	17,5	0,1	0,7	1,1

Entgegen unserer Erwartung erhöhte sich der Zinsüberschuss im Berichtsjahr. Ergänzende Erläuterungen hierzu werden unter Punkt 3.2.4.2.3 in der Ertragslage dargestellt. Des Weiteren war die Ertragslage gekennzeichnet durch höhere Provisionserlöse und gestiegene Verwaltungsaufwendungen. Der Saldo aus den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen liegt deutlich unter dem Wert des Vorjahres. In diesem Geschäftsjahr wurden keine nennenswerten neuen Bewertungsmaßnahmen für Kredite vorgenommen. Im Bereich der Wertpapiere konnte das Niveau des Vorjahres aufgrund höherer Veräußerungserlöse gesteigert werden.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliches Umfeld

2014 war in Deutschland und Europa ein turbulentes Konjunkturjahr. Die Entwicklung war geprägt von vielen Sonderfaktoren wie der Unsicherheit über die Entwicklung und Auswirkungen der europäischen Wirtschaftsschwäche, der Geldpolitik in den USA und insbesondere in Europa sowie der Krisen in Nahost und der Ukraine.

Aufgrund der vorgenannten Faktoren nahm die konjunkturelle Dynamik nach einem guten Start im Jahresverlauf immer weiter ab, die Verunsicherung der Unternehmen und Haushalte

sorgte für zögerliches Investitionsverhalten. Erst zum Jahresende 2014 sorgten der stark gesunkene Ölpreis sowie die Euroabwertung wieder für eine Stimmungsaufhellung. Das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland stieg im Vergleich zum Vorjahr um voraussichtlich 1,4 %, blieb damit aber hinter den prognostizierten Erwartungen zurück. In der Eurozone wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 0,8 %.

Erfreulich ist, dass der Arbeitsmarkt trotz dieses turbulenten Umfelds weiter positive Tendenzen zeigt und die positiven Werte des Vorjahres gehalten bzw. sogar leicht verbessert werden konnten. Die Arbeitslosenquote auf Bundesebene lag zum Jahresende 2014 bei 6,4 % und damit knapp unter dem Wert des Vorjahres. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresverlauf auf über 43 Millionen.

Deutsche Kreditwirtschaft

Die Risiken für die deutsche Kreditwirtschaft verharrten auf hohem Niveau. Ausschlaggebend hierfür waren neben der anhaltenden Niedrigzinsphase auch die Entwicklungen im regulatorischen Bereich. Festzuhalten ist aber, dass die steigenden Anforderungen an Qualität und Höhe des Eigenkapitals zu einer besseren Kapitalausstattung der Institute führt. Der Wettbewerbsdruck hat sich verschärft - auch deshalb, weil manche Banken, für die sich die Beschaffung von Liquidität auf den internationalen Finanzmärkten schwierig darstellte, im Einlagenbereich Konditionen weit über dem allgemeinen Marktniveau anboten.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2014 sind die aufsichtsrechtlichen Anforderungen des Basel III-Regelwerks (CRR, Capital Requirements Regulation/Verordnung (EU) Nr. 575/2013) und CRD IV (Capital Requirements Directive IV/EU-Richtlinie 2013/36/EU) in Kraft getreten. Die Umsetzung der EU-Richtlinie erfolgte in Deutschland durch das CRD IV-Umsetzungsgesetz. In diesem Zusammenhang haben sich unter anderem die Anforderungen an die quantitative und qualitative Mindestkapital- und Liquiditätsausstattung von Kreditinstituten erhöht.

Entwicklung in der Sparkassenorganisation

Die Ratingagentur FitchRatings erteilte mit dem Ratingbericht vom Juli 2014 den Sparkassen ein Emittentenrating für langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von A+ sowie für kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von F1+. Das Viability Rating (Stand-alone-Rating) in Höhe von a+ für die Gruppe der Sparkassen wurde ebenfalls erneut bestätigt. Die Agentur Moody's Investors Service bestätigte im März 2013 für die Sparkassen-Finanzgruppe ein Verbundrating (Corporate Family Rating, CFR) von Aa2. Darüber hinaus erteilte Moody's ein Bank-Finanzkraftratings (BFSR) C+ für die Sparkassen-Finanzgruppe. Die Agentur DBRS Ratings Limited bestätigte im Mai 2014 die Floor-Ratings A (high) für Emittenten und langfristige nicht nachrangige Verbindlichkeiten sowie R-1(middle) für kurzfristige Wertpapiere für sämtliche Mitglieder des Haftungsverbundes der Sparkassen-Finanzgruppe.

Arbeitslosenquote im Kreis Ludwigsburg konstant auf niedrigem Niveau

Mit 3,5 % im Dezember lag die Arbeitslosenquote deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt (6,4 %) und knapp unter dem Vorjahresniveau. Die Anzahl der Arbeitslosen im

Landkreis sank auf 10.051 Personen. Der Arbeitsmarkt ist - weitgehend unabhängig von der Konjunktur - weiterhin stabil, wenngleich sich die Stimmung bei den Unternehmen im Jahresverlauf etwas eingetrübt hat: So bezeichneten bei der Herbstumfrage der Industrie- und Handelskammer im Bezirk Ludwigsburg zwar noch 43,9 % der Unternehmen ihre Geschäftslage als „gut“ (50,5 % als „befriedigend“; 5,6 % als schlecht) - im Vergleich zum Frühsommer ist jedoch eine Verschiebung der Lagebewertung insbesondere von „gut“ zu „befriedigend“ (8 Prozentpunkte) zu erkennen. Ausgehend vom eher mäßigen Geschäfts-klima in Baden-Württemberg erwarten die Unternehmen überwiegend gleichbleibende Geschäfte (62%).

Wettbewerbssituation und Marktstellung im Geschäftsgebiet

Die Kreissparkasse Ludwigsburg blieb 2014 auf solidem Wachstumskurs. Auch im zurückliegenden Geschäftsjahr konnten wir vor allem durch die persönliche Betreuung unserer Kunden, mit individuell gestaltetem Produkt- und Dienstleistungsangebot, die führende Marktposition in unserem Geschäftsgebiet gut behaupten.

Geschäftsverlauf

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Kreissparkasse Ludwigsburg, die auch 2014 das Ziel eines stetigen und nachhaltigen Wachstums verfolgte, kann auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurückblicken. Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) erhöhte sich im Berichtsjahr um 1,4 % auf 9,9 Mrd. €. Entsprechend erhöhte sich die Bilanzsumme um 1,3 % auf 9,8 Mrd. € (Vorjahr: 9,7 Mrd. €). Ausschlaggebend waren im Wesentlichen die Erhöhung unseres Wertpapiervermögens, wie auch die Bestandsausweitungen im Einlagen- und Kreditgeschäft mit Kunden.

Aktivgeschäft

Kundenkreditvolumen

Insgesamt konnte das Kundenkreditvolumen im Geschäftsjahr 2014 um 87,5 Mio. € auf 5,0 Mrd. € gesteigert werden. Dies entspricht einer prozentualen Steigerung von 1,8 %. Der Anteil des Kundenkreditvolumens am Geschäftsvolumen betrug 50,8 % und lag damit weiterhin unter dem Verbandsdurchschnitt der Sparkassen in Baden-Württemberg.

Die positive Entwicklung resultiert überwiegend aus dem langfristigen Kreditgeschäft im Bereich Kredite an Privatpersonen.

Forderungen an Kreditinstitute

Das Volumen der Forderungen gegenüber Kreditinstituten wurde im Geschäftsjahr um 19,8 % (184,6 Mio. €) auf 745,7 Mio. € (Vorjahr: 930,3 Mio. €) zurückgeführt. Ursache hierfür waren insbesondere Verkäufe von Anlagen.

Wertpapiervermögen

Mit 3,7 Mrd. € (Vorjahr: 3,5 Mrd. €) lag das Wertpapiervermögen, das sich aus Schuldverschreibungen sowie anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren zusammensetzt, über dem Vorjahreswert. Dabei wurde der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren ausgeweitet. Auch der Bestand an anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich um 237,6 Mio. € auf 1,6 Mrd. € (Vorjahr: 1,4 Mrd. €). Darin enthalten sind Vermögensgegenstände, die aufgrund der Anpassung des § 17 RechKredV, in Folge der neuen Definition des „Investmentvermögens“ im Sinne des § 1 Abs. 1 KAGB, bisher in Aktiva 7 ausgewiesen wurden.

Damit liegt die Kreissparkasse Ludwigsburg mit einem Anteil der Eigenanlagen am Geschäftsvolumen von 37,7 % über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen.

Passivgeschäft

Mittelaufkommen von Kunden

Die Kundeneinlagen konnten im Geschäftsjahr 2014 um 184,1 Mio. € auf 6,5 Mrd. € (Vorjahr: 6,3 Mrd. €) gesteigert werden. Im Vergleich zu den baden-württembergischen Sparkassen lag der Anteil unserer Kundeneinlagen am Geschäftsvolumen unter dem Durchschnitt.

Die Sichteinlagen, welche die Geldmarktkonten einschließen, stiegen um 330,8 Mio. € auf 3,9 Mrd. €. Dagegen ging der Bestand an den auf Termingeldkonten gehaltenen Guthaben zurück. Ebenfalls rückläufig entwickelten sich die Spareinlagen.

Während sich bei den Eigenemissionen, die sich in Sparkassenbriefe und „Verbrieftete Verbindlichkeiten“ aufteilen, der Bestand an Sparkassenbriefen rückläufig entwickelte, erhöhte sich dieser bei den Inhaberschuldverschreibungen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Im Geschäftsjahr 2014 hatten die Verbindlichkeiten gegenüber KI einen Rückgang von 115,6 Mio. € zu verzeichnen (Bestand Vorjahr: 2,4 Mrd. €).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hatte die Kreissparkasse Ludwigsburg Hypotheken-Inhaberpfandbriefe sowie Hypotheken-Namenspfandbriefe von insgesamt 175 Mio. € ausgewiesen. Auf unserer Internetseite werden dazu vierteljährlich Informationen zur Pfandbriefdeckungsmasse gemäß § 28 PfandBG veröffentlicht.

Dienstleistungen

Der Provisionsertrag im Dienstleistungsgeschäft, der sich im Wesentlichen aus den Teilbereichen Zahlungsverkehr, Kartengeschäft, Wertpapier- und Vermittlungsgeschäft im Sparkassenverbund sowie der Vermittlung von Immobilien zusammensetzt, ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der Provisionsertrag hat sich insgesamt um 3,6 Mio. € auf 53,2 Mio. € erhöht.

Im Bereich **Zahlungsverkehr** sowie im Bereich des **Vermittlungsgeschäftes** (Bausparen, Versicherungen und Immobilien) wurden die Vorjahreswerte übertroffen.

Das **Wertpapiergeschäft** hat sich im Geschäftsjahr 2014 insgesamt positiv entwickelt. Die mit unseren Kunden getätigten Aktienumsätze und der Kauf von Fondsanteilen konnte erneut ausgebaut werden.

Eigenhandel

Wir betreiben Eigenhandel mit Aktien, Renten, Zertifikaten, Investmentfonds sowie Derivaten und Devisen.

Im Vordergrund unserer Handelstätigkeit steht die liquiditäts- und ertragsorientierte Anlage der freien Sparkassenmittel sowie die Steuerung des Zinsspannenrisikos.

Die zum Bilanzstichtag bestehenden Derivategeschäfte (Anlagebuchgeschäfte) wurden insbesondere zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos, zur Absicherung von Risiken aus Kundengeschäften und zur Absicherung der Kursrisiken unseres Bestands an festverzinslichen Wertpapieren abgeschlossen. Wir verweisen hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte auf die Darstellung im Anhang zum Jahresabschluss.

Die sich aus den Geschäften ergebenden Marktpreisrisiken bewegten sich 2014 innerhalb der vorgegebenen Risikolimits. Den Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken trugen wir dadurch Rechnung, dass mit ausgewählten Partnern und auf Basis von Emittenten- und Kontrahentengrenzen überwiegend nur börsengehandelte und liquide Wertpapiere beziehungsweise Finanzinstrumente gehandelt wurden.

Investitionen

Im Berichtsjahr stand der Umbau unserer Filialdirektion Gerlingen im Vordergrund. Der Umbau der Filialdirektion ist die Antwort auf eine veränderte Wettbewerbssituation und Veränderungen im Kundenverhalten. Wie bereits in der Regionaldirektion Kornwestheim erfolgreich umgesetzt, wurde nun auch in Gerlingen das Geschäftsstellenkonzept „Kooperation mit anderen Dienstleistern unter einem Dach“ eingeführt.

Die Filiale in Murr war ein besonderes Bauprojekt. Für den Umbau der Geschäftsstelle haben wir von der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) das DGNB-Zertifikat erhalten.

Darüber hinaus wurden weitere Geschäftsstellen auf den baulich und banktechnologisch neuesten Stand gebracht sowie haustechnische Anlagen in unseren Gebäuden saniert.

3.2.4.2 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

3.2.4.2.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage unseres Hauses ist gegenüber dem Verbandsdurchschnitt durch höhere Anteile im Bereich Wertpapiervermögen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gekennzeichnet. Dem gegenüber sind die Bereiche Kundenkreditvolumen, Mittelaufkommen von Kunden sowie Forderungen gegenüber Kreditinstituten geringer ausgeprägt.

Für Risiken im Kreditgeschäft wurde dem Vorsichtsprinzip entsprechend durch die Bildung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Vorsorge getroffen. Der Wertpapierbestand wurde zum Niederstwert bilanziert. In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere dem Wertpapierbestand sowie dem Grundvermögen, sind stille Reserven enthalten.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB beträgt zum Geschäftsjahresende 380,0 Mio. €. Darüber hinaus bestehen mittelbare Pensionsverpflichtungen, die sich aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten ergeben.

Der Vorstand wird dem Verwaltungsrat vorschlagen auch weiterhin den gesamten Bilanzgewinn der Sicherheitsrücklage zuzuführen. Danach wird sich die Sicherheitsrücklage auf 524,9 Mio. € belaufen; dies entspricht einem Zuwachs von 3,5 % gegenüber dem Vorjahr. Neben der Sicherheitsrücklage bestehen umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile.

Die Eigenmittelanforderungen wurden im Berichtsjahr jederzeit eingehalten. Zum Bilanzstichtag liegt die gemäß CRR ermittelte Gesamtkapitalquote als Relation der Eigenmittel zum Gesamtrisikobetrag, insbesondere bestehend aus Kreditrisiken, Marktrisiken und operationellen Risiken, zum 31. Dezember 2014 mit 16,65 % deutlich über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestnorm von 8,0 %. Die Gesamtkapitalquote lag im Jahr 2014 zwischen Werten von 14,5 % und 17,4 %. Die Kernkapitalquote beträgt 13,07 % und übersteigt damit ebenfalls deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Wert von 5,5 %. Damit ist für die kommenden Jahre ein ausreichender Expansionsspielraum vorhanden.

3.2.4.2.2 Finanzlage

Zur Überwachung unserer Zahlungsfähigkeit bedienen wir uns einer kurz- und mittelfristigen Finanzplanung, wobei die zu erwartenden Zahlungsströme rollierend bis zu 12 Monaten berücksichtigt werden. Unsere Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge gegeben. Die Folgen der Finanzmarkt-krise hatten für die Liquidität unseres Hauses keine Konsequenzen.

Die eingeräumten Kredit- beziehungsweise Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Landesbank Baden-Württemberg wurden teilweise in Anspruch genommen. Das zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften notwendige Guthaben haben wir in der erforderlichen Höhe bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Zum Jahresende errechnete sich eine nach der Liquiditätsverordnung berechnete Liquiditätskennzahl (Mindestwert 1,0) von 2,4 (Vorjahr: 2,2). Die Anforderungen der Liquiditätsverordnung wurden 2014 jederzeit erfüllt, da die Liquiditätskennzahl zwischen 2,1 und 3,6 lag.

An den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften der Europäischen Zentralbank hat die Sparkasse in Höhe von 149,4 TEUR teilgenommen.

Auch die nach der Liquiditätsverordnung für die weiteren Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu 12 Monaten) zu berechnenden Beobachtungskennzahlen deuten nicht auf zu erwartende Engpässe hin.

3.2.4.2.3 Ertragslage

Der im Geschäftsjahr um 24,1 Mio. € (Veränderung Vorjahr: +32,3 Mio. €) auf 220,4 Mio. € erhöhte **Zinsüberschuss** (einschließlich GuV-Positionen 3, 4 und 17) lag über dem Vorjahreswert und ist weiterhin unsere bedeutendste Ertragsquelle. Der Ertrag aus der Fristentransformation hat sich, bei insgesamt gesunkenem Zinsniveau, per Saldo im vergangenen Jahr reduziert. Im Zinsüberschuss enthalten waren Aufwendungen mit Einmalcharakter, die im Wesentlichen aus der vorzeitigen Schließung von Sicherungsgeschäften resultieren.

Der **Provisionsüberschuss** lag mit 51,3 Mio. € (Vorjahr: 47,7 Mio. €) über dem Vorjahresniveau. Wesentlich für die Steigerung waren gestiegene Erträge im Bereich Wertpapiergeschäft sowie im Bereich des Vermittlungsgeschäftes (Bausparen und Versicherungen).

Der **Verwaltungsaufwand**, der sich in Personal- und andere Verwaltungsaufwendungen aufteilt, lag mit 140,2 Mio. € (Vorjahr: 135,1 Mio. €) über dem Vorjahreswert. Der Personalaufwand lag geringfügig über dem Vorjahr. Grund hierfür war die Tarifierhöhung zum März 2014. Die Erhöhung des Verwaltungsaufwandes resultiert hauptsächlich aus dem Bereich „andere Verwaltungsaufwendungen“, diese lagen 4,2 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Das **Nettoergebnis aus Handelsgeschäften**, das aus dem Handel mit Wertpapieren und Derivaten resultiert, bewegte sich unter dem Vorjahresniveau.

Das **Ergebnis vor Bewertung**, das sich aus dem Zins- und Provisionsüberschuss, dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen sowie dem Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, vermindert um den Verwaltungsaufwand, ergibt, betrug im Jahr 2014 58,4 Mio. € und lag somit um 9,4 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Nach Vornahme aller notwendigen Bewertungsmaßnahmen weisen wir ein im Vergleich zum Vorjahr höheres **Ergebnis nach Bewertung** aus. Insgesamt erhöhte sich das Bewertungsergebnis auf 35,2 Mio. €.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss erhöhte sich auf 17,6 Mio. €. Dies trägt zur weiteren Stärkung der Eigenkapitalbasis unseres Hauses bei. Vom ausgewiesenen Jahresüberschuss wurden 8,5 Mio. € vorweg in die Sicherheitsrücklage eingestellt. Nach der vorgesehenen Zuführung des Bilanzgewinns von 9,1 Mio. € beträgt das Eigenkapital 524,9 Mio. € (5,3 % der Bilanzsumme).

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offen zu legende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,18 %.

Zur weiteren Analyse der Ertragslage unseres Hauses setzen wir für interne Zwecke den sogenannten "Betriebsvergleich" der Sparkassenorganisation ein, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse unseres Ergebnisses in Relation zur Durchschnittsbilanzsumme (errechnet auf Basis der Tageswerte) erfolgt. In das errechnete Betriebsergebnis vor Bewertung gehen die ordentlichen Erträge sowie die ordentlichen Aufwendungen (einschließlich Verwaltungskosten) aus Zins-, Dienstleistungs- und Handelsgeschäften ein. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Nach Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Das gute Betriebsergebnis vor Bewertung lag erneut deutlich über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen ähnlicher Größenordnung. Das Betriebsergebnis nach Bewertung lag ebenfalls deutlich über dem Wert der Vergleichsgruppe.

Die unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten berechnete Cost-Income-Ratio (Verhältnis von ordentlichem Aufwand zu ordentlichem Ertrag), ist aufgrund konsequentem Kostenmanagement und einem höher als erwarteten Zins- und Provisionsüberschuss nicht wie erwartet spürbar gestiegen, sondern lag mit 51,8 % (Vorjahr: 53,7 %) unter dem vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband vorgegebenen Zielwert von 60 %.

Während der Anstieg des Verwaltungsaufwands geringer als erwartet ausfiel, erhöhte sich dagegen der Zinsüberschuss. Das Dienstleistungsgeschäft konnten, entgegen den Annahmen, in vielen Teilbereichen gesteigert werden. Wie erwartet haben sich die Erträge im Versicherungs- und Vermittlungsgeschäft erhöht. Entgegen der Prognose führte auch das Wertpapiergeschäft zu einer Erweiterung der Ertragsbasis, aufgrund der mit unseren Kunden getätigten Umsätze. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft als auch die Abschreibungen auf den Wertpapierbestand entwickelten sich günstiger als erwartet. Des Weiteren entwickelten sich unsere Erträge aus Verbundbeteiligungen positiver als prognostiziert.

Auch ist die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität vor Steuern, aufgrund höherer Zins- und Provisionsüberschüsse, geringer gestiegenem Personalaufwand und einem niedrigerem Bewertungsergebnis auf 11,0 % (Vorjahr: 9,9 %) gestiegen.

3.2.4.2.4 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (Mitarbeiter – Kunden – Umwelt)

MitarbeiterInnen

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Angestellten (einschließlich Teilzeitbeschäftigten, jedoch ohne Auszubildende, Mitarbeiterinnen im Erziehungsurlaub, während Bundesfreiwilligendienst und in der Altersteilzeitphase) beträgt 1.442 (Vorjahr: 1.436). Einschließlich der Auszubildenden, Boten, Reinigungskräfte und der wegen des Bundesfreiwilligendienstes oder Erziehungsurlaubs beurlaubten Mitarbeiter, sowie den Mitarbeitern die sich in der Altersteilzeitphase befinden, hatten 2014 durchschnittlich 1.829 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.853) bei uns einen Arbeitsplatz.

Im Juli dieses Jahres wurde die Kreissparkasse Ludwigsburg mit dem Zertifikat „Beruf und Familie“ re-auditiert. Nach der erstmaligen Auszeichnung 2011 wurde erneut die nachhaltige und familienfreundliche Personalpolitik unseres Hauses hervorgehoben und ausgezeichnet.

Im September 2014 haben bei der Kreissparkasse Ludwigsburg 54 junge Menschen ihre Berufsausbildung begonnen. Die Ausbildung genießt, mit insgesamt 205 Auszubildenden zum Jahresende, einen sehr hohen Stellenwert. Die weit über dem Branchendurchschnitt liegende Ausbildungsquote von über 12 % attestiert dies. Die Kreissparkasse Ludwigsburg zählt somit zu den größten Ausbildungsbetrieben im Landkreis.

Auch im Jahre 2014 hat die Kreissparkasse Ludwigsburg ein breit aufgestelltes Fort- und Weiterbildungsangebot ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angeboten. Neben persönlichkeitsbildenden Trainings und Coachings, wurde sehr stark auf die Vertiefung von fachlichen Inhalten Wert gelegt. Know-how, fachliche und soziale Kompetenz bei den Mitarbeitern bilden die Grundlage für eine gute Kundenberatung. Alle Erfolge des Unternehmens Kreissparkasse Ludwigsburg sind die Erfolge der gesamten Mitarbeiter. Auszubildende und Mitarbeiter sind somit das wichtigste Kapital der Kreissparkasse Ludwigsburg.

Die 2013 eröffnete betriebseigene Kindertagesstätte „Knax-Garten“ hat sich im Jahr 2014 gut etabliert und die Zahl der zu betreuenden Kinder konnte stetig erhöht werden. Die Kapazitätsgrenze von maximal 30 Kindern wird im Jahr 2015 erreicht werden.

Kundenbeziehungen

Die Wünsche und Interessen unserer Kunden stehen bei uns an erster Stelle. Unsere internen Maßstäbe und Ziele sind daher konsequent an den Bedürfnissen und Erwartungen unserer Kunden ausgerichtet. Die enge Beziehung und das hohe Vertrauensverhältnis sind wesentliche Voraussetzungen für den derzeitigen geschäftlichen Erfolg. Unsere Serviceversprechen gegenüber den Kunden dokumentieren unseren hohen Qualitätsanspruch.

Der zukünftige wirtschaftliche Erfolg hängt für uns in den kommenden Jahren wesentlich davon ab, ob es uns gelingt neue Märkte zu erschließen und bestehende auszubauen - regional und produktbezogen. Voraussetzung dafür ist es, neue Kundenbedürfnisse frühzeitig zu erkennen und in Lösungen umzusetzen.

Die Individualisierung der Kundenwünsche ist eine gesellschaftliche Entwicklung, die wir durch regelmäßige Kundenbefragungen auch in unserem Geschäftsgebiet feststellen. Deshalb entwickeln wir die systematische und strukturierte Beratung durch den Sparkassen-Finanz-Check im Privatkunden- und Firmenkundensegment ständig weiter und bieten individuelle Lösungen für unterschiedlichste Finanzbedürfnisse in den verschiedenen Lebensphasen unserer Kunden an.

Im Bereich der Anlageberatung werden der Beratungsprozess und die Dokumentation unter Beachtung der gesetzlichen Anforderungen ständig weiter optimiert. Regelmäßige Mitarbeiterschulungen sichern nachhaltig den hohen Qualitätsstandard und die Kompetenz unserer

ganzheitlichen Beratung. Dieser Qualitätsstandard wird regelmäßig im Rahmen von Kundeninterviews vom Institut forum! Marktforschung überprüft.

Eine zentrale Rolle für die Kundenzufriedenheit spielt das Beschwerdemanagement. Mittels gezielter Erfassung und Auswertung der Beschwerden ist eine zügige Bearbeitung von Beanstandungen gewährleistet, um die Kundenzufriedenheit zu erhalten und bestehende Prozesse weiterhin kundenorientierter zu gestalten.

Besonders erfreulich: Wie schon in den drei Vorjahren 2011 bis 2013 so zählen wir auch 2014 zu „Deutschlands Kundenchampions“. Die renommierte Deutsche Gesellschaft für Qualität (DGQ) bescheinigte uns „starke Kundenbeziehungen, erstklassigen Service und unternehmensübergreifende Kundenorientierung.“

Seriensiegerschaft auch an anderer Stelle: Zum insgesamt dritten Male kürte Focus Money beim CityContest die Kreissparkasse zur besten Bank in Ludwigsburg. Das Fazit der Juroren fiel eindeutig aus und lautete: „Die Kreissparkasse Ludwigsburg bietet Finanzberatung auf Top-Niveau und verdient sich erneut den Sieg.“

Für unseren Internet-Auftritt errangen wir ebenfalls in Serie den begehrten „ibi Website Rating Award“. Im Jahr 2014 war es sogar Platz eins: www.ksklb.de wurde zur besten Banken-Website im deutschsprachigen Raum gekürt.

Die Anstrengungen in Richtung junge Menschen wurden ebenfalls mit einem Platz auf dem Siegerpodest gekrönt. Bei der vom DISQ (Deutsches Institut für Service Qualität) durchgeführten Studie „Jugendkonten 2014“ belegte die Kreissparkasse Ludwigsburg am Ende bundesweit den zweiten Platz.

Damit wird bestätigt, dass wir eine breite kundenorientierte Service- und Produktpalette anbieten - darunter Leasing, Bausparen, Kreditkarten, Versicherungen, Altersvorsorge bis hin zu komplexen Anlage- und Zinssicherungsinstrumenten. Die Betreuung erfolgt durch einen festen Ansprechpartner rund um alle Finanzthemen und trägt damit unter dem Motto „alles aus einer Hand“ einem zentralen Kundenbedürfnis Rechnung.

Umweltverträglichkeit

Die Umweltverträglichkeit durch geeignete Maßnahmen kontinuierlich zu verbessern und den Verbrauch natürlicher Ressourcen stetig zu senken, sind ebenfalls zentrale Anliegen der Kreissparkasse Ludwigsburg. Für uns gehört dazu, mit dem Einsatz moderner Technologien an allen Standorten, den Anforderungen des Umweltschutzes gerecht zu werden und das Umweltbewusstsein der Mitarbeiter zu fördern. Beim Um- und Neubau von Gebäuden investieren wir bewusst in umweltgerechte Baustoffe und sparsame Gebäudetechnik. Für die Filiale in Murr haben wir von der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) das DGNB-Zertifikat in Silber erhalten. Auch zukünftig werden wir unsere Geschäftsstellenumbauten entsprechend durch die DGNB zertifizieren lassen.

Nachhaltiges Wirtschaften ist für die Kreissparkasse Ludwigsburg keine Modeerscheinung sondern Ausdruck ihres Gründungsauftrags. Auch im Geschäftsjahr 2014 hielt die Nachfrage nach Finanzprodukten mit nachhaltiger Komponente weiter an. Es zeigte sich erneut, dass viele Kunden ganz bewusst die Kombination von schwarzen Zahlen mit ökologischen und sozialen Ideen suchen. So wurden in den von uns angebotenen Anlagelösungen der DEKA Investment und von Ökoworld weitere 5,5 Mio. Euro Geldanlagen von unseren Kunden getätigt (Bestand mittlerweile insgesamt 27,5 Mio. Euro).

Soziale und gesellschaftliche Verantwortung

Soziale Verantwortung überall dort zu leben, wo die Kreissparkasse Ludwigsburg tätig ist, betrachten wir seit jeher als Eckpfeiler unserer Unternehmenskultur. „Kreissparkasse Ludwigsburg – Gut für mich“ – dieses Leistungsversprechen leben wir nicht nur als Finanzdienstleister, sondern auch als Förderer einer Vielzahl von gemeinnützigen Aktivitäten im Kreis Ludwigsburg. Mit Spenden, durch Sponsoring oder über unsere Stiftungen „Jugendförderung, Arbeit und Soziales“, „Kunst, Kultur und Bildung“ und „Umwelt- und Naturschutz“ sowie die „Kreissparkassenstiftung Gesundheit im Landkreis Ludwigsburg“ fördern wir die Attraktivität und Lebensqualität unserer Region und der Menschen, die hier leben.

Neben den vier Kreissparkassen-Stiftungen tragen wir gemeinsam mit dem Landkreis die „Schullandheim Strümpfelbrunn Stiftung“. Zu unserem Angebot gehört auch die 2007 gegründete Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Ludwigsburg, in die auch private Stifter, Bürgerstiftungen und Kommunen ihre unselbstständigen Stiftungen einbringen können.

Wir fördern soziale Einrichtungen, die Jugend, das sportliche und kulturelle Leben sowie den Umwelt- und Naturschutz im Kreis Ludwigsburg.

Auch im Berichtsjahr 2014 haben wir wieder über 900 Projekte mit Spenden- und Sponsoringmaßnahmen gefördert und dabei zusammen mit den erfolgten Stiftungsdotationen rund 3,8 Mio. € investiert. Gleichzeitig haben wir 2014 wieder 250 Veranstaltungen angeboten, die wir selbst durchgeführt oder unterstützt haben. So leisten wir als Mehrwertbank unseren Beitrag dazu, Kultur vielfältig erlebbar zu machen und das Kulturleben im Landkreis insgesamt zu bereichern.

3.2.4.2.5 Nachtragsbericht: Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

3.2.5 Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

3.2.5.1 Risikobericht

3.2.5.1.1 Risikomanagement

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unter Berücksichtigung eines risiko- und ertragsadäquaten Einsatzes des Eigenkapitals sind Kernfunktionen von Kreditinstituten. Daher wurde als Bestandteil der Unternehmenssteuerung vom Vorstand ein Risikomanagement installiert, das der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken dient. Die risikorelevanten Steuerungsinformationen dienen als Grundlage für strategische und operative Geschäftsentscheidungen. Klare Aufgabenteilung und ein enges Zusammenspiel zwischen den beteiligten Geschäftsbereichen ermöglichen eine effiziente Umsetzung der risikopolitischen Steuerungsimpulse. Um den Anforderungen der sich kontinuierlich verändernden Rahmenbedingungen zu begegnen, passen wir unsere Strategien, Konzepte, Verfahren, Instrumente sowie aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen stetig an. Wir halten bezüglich unserer gesetzten Strategien und implementierten Prozesse die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ein.

Aufgrund des von uns erstellten Risikoprofils betrachten wir folgende Risiken als wesentlich für unser Haus: Adressenausfallrisiken einschließlich Länderrisiken, Marktpreisrisiken, hier vor allem das Zinsänderungsrisiko und die Kursrisiken im Wertpapiergeschäft, Liquiditätsrisiken sowie die operationellen Risiken.

Der **Verwaltungsrat** bestimmt die Richtlinien für unsere Geschäfte und erlässt Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeit. Über unsere Risikosituation wird er durch den Vorstand vierteljährlich anhand des Risikoberichts informiert.

Der **Vorstand** ist für die Ausgestaltung des Gesamtsystems "Risikomanagement" verantwortlich. Dabei legt der Vorstand neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die wesentlichen strategischen und methodischen Ausrichtungen, die Höhe des möglichen Gesamtbankrisikos und die Aufteilung der Limite nach Adressenausfall-, Beteiligungs-, Marktpreis-, Zinsspannen¹, Immobilien- und operationellen Risiken sowie Risiken aus der Risikoimmunisierung der LBBW vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit fest. Innerhalb dieser Vorgaben erfolgt die Steuerung der Risikopositionen in den jeweils verantwortlichen Abteilungen.

Zur Steuerung der **Adressenausfallrisiken** werden die Kreditkompetenzen in Abhängigkeit von Kredit-, Blankovolumen und Risikoklassifizierung festgelegt. Oberhalb bestimmter Grenzen entscheidet der Vorstand einzelfallbezogen beziehungsweise ist eine Zustimmung des Kreditausschusses notwendig. Auf Basis der jeweiligen bonitäts- und betragsabhängigen Kreditkompetenzen gibt der Marktbereich ein Votum ab. Oberhalb einer definierten Obligohöhe

¹ Inkl. passivisches Spreadrisiko

wird von der Marktfolgeinheit eine separate Stellungnahme in Form eines eigenständigen Zweitvotums abgegeben.

Die Abteilungen Treasury und Eigenhandel steuern im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Gesamtbankstrategie und der daraus entwickelten Limitvorgaben eigenverantwortlich die **Marktpreisrisiken**. Darüber hinaus steuert die Abteilung Treasury auch die **Liquiditätsrisiken**.

Die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling koordiniert den Prozess zur Ermittlung der **operationellen Risiken**, überprüft das eingesetzte Instrumentarium, analysiert beziehungsweise überwacht die Entwicklung der Risiken auf Basis der Methode „fokussierte Risikolandkarte“ und der eingetretenen Schäden und erstellt quartalsweise den Risikobericht.

Um die Risiken aus **neuen Produkten** oder **neuen Märkten** korrekt einschätzen zu können, werden die Voraussetzungen für die Einführung von den betroffenen Abteilungen analysiert und diskutiert. Bei Handelsgeschäften wird vor dem laufenden Handel grundsätzlich eine Testphase unter Einbindung der betroffenen Organisationseinheiten durchgeführt. Erst bei erfolgreichem Test und Vorhandensein geeigneter Risikosteuerungsinstrumente beginnt der laufende Handel.

Vor einer wesentlichen **Veränderung betrieblicher Prozesse und Strukturen** werden die Auswirkungen auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität erhoben und analysiert.

Das **Risikocontrolling**, das aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Funktion, die Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Dem Risikocontrolling obliegt die Methodenauswahl sowie die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren. Mit wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen werden berücksichtigt. Zusätzlich verantwortet das Risikocontrolling die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die Ableitung sowie die laufende Überwachung der Einhaltung von Limiten. Es unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Diese für die Überwachung und Steuerung von Risiken zuständige Risikocontrolling-Funktion wird durch die Mitarbeiter der Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling wahrgenommen. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt dem Leiter dieser Abteilung, der dem Überwachungsvorstand unterstellt ist.

Die **Compliance-Funktion** wurde mit dem Ziel eingerichtet, Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken.

Die **Interne Revision** unterstützt als prozessunabhängige Stelle in ihrer Überwachungsfunktion den Vorstand und die anderen Führungsebenen. Grundlage hierfür ist ein risikoorientierter Prüfungsplan, der vom Vorstand genehmigt wurde. Auf dieser Grundlage prüft und bewertet die Interne Revision grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Dazu zählt auch die Prüfung des Risikomanagements – das heißt das Risikosteuerungs- und -controllingsystem – sowie die Einhaltung interner und externer Regelungen. Der Fokus liegt hierbei auf den Pro-

zessen und Methoden unter Beachtung der Grundsätze von Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Dies trägt wesentlich zur Einhaltung definierter Prozesse bei und unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse. Wesentliche Feststellungen mit Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- beziehungsweise Ertragslage haben sich im Geschäftsjahr 2014 nicht ergeben. Empfehlungen der Internen Revision werden validiert, festgestellte Mängel bereinigt.

Phasen des Risikomanagementprozesses

Mit dem Ziel der Entwicklung eines einheitlichen und in sich geschlossenen Systems zur Analyse und Quantifizierung der bestehenden Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationellen Risiken unterscheiden wir vier Phasen im Risikomanagementprozess. Zuerst sollen im Rahmen der Risikoidentifikation bestehende und zukünftige wesentliche Risiken identifiziert werden, um davon ausgehend eine Klassifizierung durchführen zu können. Hierzu zählen beispielsweise die bei neuen Produkten oder komplexen Geschäften bestehenden Risiken und deren Integration in das bestehende System. Mit wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen werden im Rahmen der Risikoidentifikation berücksichtigt. Ziel der Risikobeurteilung ist mit einer dem Risiko angemessenen Methode das Risiko zu bestimmen und zu bewerten. Dabei werden für die wesentlichen Risiken adäquate Risikomessungen für die Risikotragfähigkeit und Stresstests durchgeführt. Die Risikosteuerung stellt sich als Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Die letzte Phase des Prozesses ist die Überwachung der vom Vorstand festgelegten Limite und das Reporting der Risikokennziffern sowie der Analyseergebnisse an den Vorstand und die zuständigen Geschäftsbereiche durch das Risikocontrolling. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung über die wesentlichen Risiken gemäß MaRisk erfolgt auch eine bedarfsgerechte Ad-hoc-Berichterstattung. Darüber hinaus werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten beziehungsweise Ergebnisse kontrolliert sowie validiert.

Risikotragfähigkeit

Im Rahmen der vierteljährlich durchzuführenden Risikotragfähigkeitsberechnung ermitteln wir die zur Deckung von Verlusten verwendbare Risikodeckungsmasse. Sie gibt Aufschluss darüber, in welcher Höhe wir Risiken im Rahmen der Geschäftspolitik eingehen können. Dabei stellen die installierten Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben ist. Wir setzen ein auf periodischer Sichtweise basierendes Risikotragfähigkeitskonzept ein und richten uns dabei an einem Going-Concern-Ansatz aus, wonach sichergestellt ist, dass auch bei Verlust des zur Risikoabdeckung eingesetzten Risikodeckungspotenzials die Mindestkapitalanforderungen gemäß der Eigenmittel-Verordnung CRR (Capital Requirements Regulation) erfüllt werden können. Ausgehend vom maximalen Risikodeckungspotenzial wird das einsetzbare Risikodeckungspotenzial ermittelt. Wesentliche Bestandteile des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials sind das Betriebsergebnis vor Bewertung des laufenden Jahres und die nicht zur Einhaltung der CRR notwendigen Vorsorgereserven. Der Vorstand legt jeweils zum Ende eines laufenden Jahres für das folgende Geschäftsjahr fest, welcher Teilbetrag vom einsetzbaren Risikodeckungs-

potenzial zur Abdeckung der wesentlichen anzurechnenden Risiken zur Verfügung stehen soll (Limitsystem). Das vom Vorstand für das folgende Geschäftsjahr definierte Limitsystem wird im Verwaltungsrat erörtert. Der nicht für das Limitsystem eingesetzte Betrag steht für die nicht quantifizierten Risiken (Liquiditätsrisiken und sonstige Risiken), Risikokonzentrationen, die nicht beim originären Risiko berücksichtigt sind sowie für sonstige geschäftspolitische Planungen zur Verfügung. Anschließend werden die hinreichend genau quantifizierbaren wesentlichen Risiken auf das aus dem eingesetzten Risikodeckungspotenzial abgeleitete Limitsystem angerechnet.

Das Risikotragfähigkeitskonzept ist aufgrund der handelsrechtlichen Perspektive auf das Ende des laufenden Geschäftsjahres ausgerichtet. Um die Risikotragfähigkeit auch über diesen Stichtag hinaus sicherstellen zu können, nehmen wir ab dem 2. Quartal des Geschäftsjahres auch eine Betrachtung der Risikotragfähigkeit des Folgejahres vor.

Um einen möglichen etwaigen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, haben wir einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess eingerichtet. Mit Blick auf die steigenden quantitativen und qualitativen Eigenkapitalanforderungen aus Basel III haben wir Berechnungen bis zum Jahr 2019 angestellt. Dabei wurden diverse Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung sowie den künftigen Kapitalbedarf getroffen. Auch bei den angenommenen Entwicklungen, wie zum Beispiel rückläufige Betriebsergebnisse aufgrund einer anhaltenden Niedrigzinsphase, wäre die Risikotragfähigkeit damit weiterhin problemlos darstellbar.

Darüber hinaus erfolgt für außergewöhnliche Marktentwicklungen die Durchführung von Stresstests. Hierbei werden Auswirkungen von Änderungen der Risikofaktoren beziehungsweise -parameter auf die wesentlichen Risiken untersucht. Die Durchführung erfolgt in Form von Sensitivitäts- und Szenarioanalysen, die auch Risikokonzentrationen beinhalten. Die Stresstests werden hierbei nicht nur für einzelne Geschäfts- und Risikofelder, sondern zusätzlich auf Ebene des Gesamtinstituts durchgeführt, um Effekte transparent zu machen, die sich erst in der Gesamtbetrachtung ergeben. Es werden insgesamt vier Szenariengruppen betrachtet. Zum einen wird ein risikoartenübergreifendes Szenario und zum anderen werden Szenarien zu den derzeit größten Risiken der Kreissparkasse Ludwigsburg durchgeführt:

- Schwere Rezession: Auswirkungen auf Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelles Risiko
- Zinsrisiko: Betrachtung der Auswirkung verschiedener Zinsszenarien auf die Zinsspanne und die Entwicklung des Depot A
- Liquiditätsrisiko: Massiver Abzug von Einlagen bei gleichzeitiger Einschränkung der Refinanzierungsmöglichkeiten auf dem Interbankenmarkt
- Operationelles Risiko: Durchführung einer Sensitivitätsanalyse durch Variierung verschiedener Risikoparameter sowie einer Szenarioanalyse auf Basis von Fällen aus der fokussierten Risikolandkarte
- ab 2015: Auswirkungen eines Zinsanstiegs, insbesondere auf die Entwicklung der Sachwerte

Die Risikotragfähigkeit war in allen untersuchten Szenarien gegeben.

Darüber hinaus führen wir jährlich einen sogenannten „inversen Stresstest“ durch. Ziel ist es, durch rekursives Vorgehen die Risikofaktoren und Parameterveränderungen zu ermitteln, die eine Nichtfortführung des Geschäftsmodells herbeiführen.

Ein anlassbezogener Stresstest ist insbesondere dann durchzuführen, wenn sich die der Geschäftsstrategie zugrunde liegenden Einflussfaktoren deutlich verändern.

Risikostrategie

Beim Umgang mit unseren Geschäftsrisiken verfolgen wir auf Basis der Risikotragfähigkeit eine Risikostrategie, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Risiken und für die Umsetzung der Risikostrategie und achtet dabei auf das risikobewusste Verhalten aller Mitarbeiter.
- Gewährleistung der Risikotragfähigkeit
- Die Risikostrategie berücksichtigt die in der Geschäftsstrategie niedergelegten Ziele und Planungen der wesentlichen Geschäftsaktivitäten und die Risiken der wesentlichen Auslagerungen. Sie umfasst auch die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie bestehende Risiko- und Ertragskonzentrationen.
- Mit Hilfe installierter Risikolimits und effizienter Kontrollsysteme soll der Ertrag sichergestellt und das Vermögen geschützt werden. Durch die Festlegung von Risikotoleranzen wurde bestimmt, zu welchen Bedingungen die Sparkasse bereit ist, Risiken einzugehen.
- Es sollen nur Risiken mit einem für uns günstigen Verhältnis von Risiko zu Ertrag eingegangen werden. Risiken mit ungünstiger Relation sollen im Einzelnen sowie in ihrer aggregierten Form vermieden, vermindert oder kompensiert werden. Die eingesetzten Kontrolleinheiten haben dies zu überwachen.
- Die Risikostrategie wird jährlich überprüft und, soweit erforderlich, angepasst. Sie wird im Verwaltungsrat erörtert.

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken verstehen wir die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen vertraglich zugesagte Leistungen durch die Geschäftspartner teilweise oder vollständig ausfallen.

Kundenkreditgeschäft

Die Steuerung des Kundenkreditgeschäfts geschieht unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der einzelnen Engagements. Das Kreditportfolio verteilt sich gleichmäßig auf Unternehmen/Selbstständige und Privatpersonen. Eine Analyse des Kreditportfolios auf Ebene der in den Branchen enthaltenen Wirtschaftszweige zeigt, dass die Portfolios auf dieser Ebene hinreichend diversifiziert sind. Der Vorstand räumt der Risikobegrenzung im Kundenkreditgeschäft einen hohen Stellenwert ein. Der Begrenzung wird dadurch Rechnung getragen, dass bei Engagements unverändert die Qualität, das heißt ein möglichst risikoarmes Kreditge-

schäft, im Vordergrund steht. Für die Übernahme bedeutender Risiken ist die Zustimmung des Kreditausschusses erforderlich.

Die Steuerung erfolgt auf Basis des sogenannten „adressrisikorelevanten Kundenkreditportfolios“. Kein Adressenausfallrisiko besteht regelmäßig bei „notleidenden“ Engagements/Ratingnote 18, bei Treuhandkrediten, Eigenkapitalhilfedarlehen sowie inländischen öffentlichen Haushalten.

Die nachfolgende Übersicht der Unternehmen nach Hauptbranchen spiegelt die Struktur der Wirtschaft in unserem Geschäftsgebiet wieder. Dabei zeigt unser Kreditportfolio einen für unseren Landkreis typischen Schwerpunkt im verarbeitenden Gewerbe sowie bei den Dienstleistungen/freien Berufen. Zu dem Segment Dienstleistungen/freie Berufe zählen auch Verwaltungs- und Holdinggesellschaften.

Risikosegment (Unternehmen gesamt)	Obligo zum 31.12.2013		Obligo zum 31.12.2014	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	14,9	0,5%	15,0	0,5%
Energie, Wasser, Bergbau	112,8	3,7%	129,3	4,2%
Verarbeitendes Gewerbe	651,6	21,1%	613,0	19,7%
Baugewerbe	127,2	4,1%	123,0	4,0%
Handel u. Instandhaltung	318,5	10,3%	335,5	10,8%
Verkehr, Nachrichten	60,8	2,0%	60,6	1,9%
Kredit- u. Versicherungswesen	351,5	11,4%	371,0	11,9%
Dienstleistungen, freie Berufe	1.372,0	44,5%	1.391,3	44,6%
Bauträger	77,6	2,5%	78,1	2,5%
gesamt	3.086,9	100,0%	3.116,7	100,0%

Zentrale Bedeutung für die kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken hat die Bonitätsbeurteilung. Im Rahmen des Risikosteuerungs- und -controllingsystems setzen wir zur Beurteilung der Kreditrisiken in Abhängigkeit von den einzelnen Kundensegmenten verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren ein. Das Rating-/Scoringkonzept umfasst grundsätzlich alle gewerblichen und privaten Kunden.

Zur Beurteilung der Kreditnehmerbonität setzen wir von der Sparkassenorganisation angebotene Systeme (zum Beispiel Scoring- und Ratingsysteme, EBIL zur Einzelbilanzanalyse) ein. Die Bonitätsbeurteilung erfolgt durch erfahrene Kreditanalysten unter Einbeziehung der Kundenbetreuer. Entscheidend für die Bonitätseinstufung sind die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die daraus ermittelte Zahlungsfähigkeit. Aus der Risikoklassifizierung ergeben sich folgende Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD):

	DSGV- Masterskala	PD (%)		DSGV- Masterskala	PD (%)
Invest- ment- Grade	1 (AAAA)	0,00	Non- Invest- ment- Grade	6	0,60
	1 (AAA)	0,01		7	0,90
	1 (AA+)	0,02		8	1,30
	1 (AA)	0,03		9	2,00

	1 (AA-)	0,04		10	3,00
	1 (A+)	0,05		11	4,40
	1 (A)	0,07		12	6,70
	1 (A-)	0,09		13	10,00
	2	0,12		14	15,00
	3	0,17		15	20,00
	4	0,30		15 (B)	30,00
	5	0,40		15 (C)	45,00
			Default	16-18	Ausfall

Unser adressrisikorelevantes Kreditvolumen in Höhe von 6.117,3 Mio. € (davon 48,0 % unbesichert) ist überwiegend (60,9 %) in der Ratingklasse 1-3 eingestuft. Die nachstehende Übersicht zeigt die absolute und prozentuale Verteilung unseres mit Rating- und Scoringverfahren beurteilten Kundenkreditportfolios (klassische Kundenkreditvolumen, das heißt ohne Wertpapiere, Derivate und Beteiligungen aber einschließlich Schuld-scheindarlehen) nach Ratingklassen zum 31. Dezember 2014 im Vergleich zum Vorjahr:

Ratinggruppe	Obligo zum 31.12.2013		Obligo zum 31.12.2014	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
ohne Klassifizierung	33,5	0,6%	33,2	0,5%
1-3	3.388,8	56,5%	3.724,9	60,9%
4-5	955,4	15,9%	862,8	14,1%
6-8	802,8	13,4%	793,7	13,0%
9-10	352,8	5,9%	283,6	4,6%
11-13	243,6	4,1%	235,3	3,9%
14-15	63,3	1,1%	39,5	0,7%
16	3,9	0,1%	1,1	0,0%
17	153,4	2,6%	143,5	2,4%
Gesamt	5.997,5	100,0%	6.117,3	100,0%

Die nachstehende Übersicht zeigt die absolute und relative Aufgliederung unseres Kundenkreditportfolios nach Größenklassen. Zum 31. Dezember 2014 befinden sich 38,0 % in der Größenklasse bis 250 T€.

Größenklassen in Mio. €	Obligo zum 31.12.2013		Obligo zum 31.12.2014	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
> 50,0	436,3	7,3%	405,2	6,6%
> 30,0 ≤ 50,0	251,2	4,2%	331,5	5,4%
> 15,0 ≤ 30,0	367,3	6,1%	242,2	4,0%
> 10,0 ≤ 15,0	187,6	3,1%	249,2	4,1%
> 7,0 ≤ 10,0	247,8	4,1%	268,1	4,4%
> 5,0 ≤ 7,0	177,6	3,0%	221,4	3,6%
> 2,0 ≤ 5,0	496,0	8,3%	510,7	8,4%
> 0,5 ≤ 2,0	720,6	12,0%	731,4	12,0%
> 0,25 ≤ 0,5	778,7	13,0%	834,4	13,6%
≤ 0,25	2.334,4	38,9%	2.323,2	38,0%
Gesamt	5.997,5	100,0%	6.117,3	100,0%

Zur Sicherstellung eines angemessenen Umgangs mit risikomäßig bedeutenden Engagements bestehen interne auf Obligohöhe, Ratingnote und Blankoanteil beruhende Schwellenwerte.

Bei deren Überschreitung ist auf Basis einer weitergehenden Analyse eine individuelle Engagementstrategie festzulegen.

Wir verfügen über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen. Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob sich die Risikolage verändert hat und Risikovorsorgebedarf entstanden ist. Sobald uns Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen, erfolgt eine außerordentliche Überprüfung. In einer internen Watch-List, die den Beratern der gewerblichen Kreditbereiche alle zwei Monate (bisher monatlich) vorgelegt wird, werden problembehaftete bzw. ausfallgefährdete Engagements geführt und erforderlichenfalls an die Abteilung Recht abgegeben bzw. notleidende Engagements werden durch die Abteilung Recht betreut. Ob im Einzelfall eine Risikovorsorge zu bilden ist, orientiert sich an der Ausfallgefahr der Forderung. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Die Höhe der Risikovorsorge ist darüber hinaus abhängig von den Sicherheiten. Deren Bewertung erfolgt mit ihrem wahrscheinlichen Realisationswert, um einschätzen zu können, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch erwartet werden. Die Wertberichtigungen, Rückstellungen und Direktabschreibungen werden per Antrag kompetenzgerecht entschieden. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Angemessenheit und gegebenenfalls daraus resultierende Anpassungen. Bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers oder bei Kreditrückführung erfolgt eine Auflösung der Risikovorsorge. Die Erfassung, Fortschreibung und Auflösung der Risikovorsorge erfolgt in einem zentralen System in der Abteilung Marktfolge Kredit und der Abteilung Recht. In den Arbeitsanweisungen sind die Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorgen geregelt. Ergänzend werden die Risiken aus dem Mengenkreditgeschäft über eine pauschale Mengen-Einzelwertberichtigung abgeschirmt. Für latente Ausfallrisiken bilden wir Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB sowie Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Risikovorsorge im Berichtsjahr 2014:

in Mio. €	Anfangsbestand der Periode	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen	Endbestand der Periode
EWB	110,4	17,0	15,0	16,1	(+/-) 0,0	96,2
Rückstellungen	1,7	0,3	0,5	0,0	(+/-) 0,0	1,5
PWB	11,8	0,1	0,0	0,0	(+/-) 0,0	11,9
Summe spezifische Kreditrisikoanpassungen	123,9	17,4	15,5	16,1	(+/-) 0,0	109,6
Allgemeine Kreditrisikoanpassungen (als Ergänzungskapital angerechnete Vorsorgereserven nach § 340f HGB)	50,0					50,0

Die Länderrisiken sind vor dem Hintergrund ihrer Größe als vertretbar einzustufen. Das Obligo in wirtschaftsschwachen Staaten (PIIGS) beläuft sich auf 11,4 Mio. €. Risiko-konzentrationen sehen wir in den Bereichen Besicherungsquoten und Branchenstruktur (verarbeitendes Gewerbe: 613,0 Mio. €, Dienstleistungen/freie Berufe: 1.391,3 Mio. €).

Wir berechnen das Adressenausfallrisiko für die Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodel "Credit Portfolio View". Das Risikomaß ist der Value-at-Risk und bezeichnet hier die maximal ungünstigste Abweichung vom erwarteten Verlust, die bei einem Risikohorizont von einem Jahr und einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Hierbei werden neben Kreditportfoliodaten auch übergreifende Parameter wie zum Beispiel Migrationsmatrizen, Branchenkorrelationen, Einbringungs- und Verwertungsquoten sowie makroökonomische Einflüsse berücksichtigt.

Zum Jahresende 2014 war das Limit für die Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft in Höhe von 69,0 Mio. € mit 45,2 Mio. € zu 65,5 % ausgelastet. Wir gehen von einer zufriedenstellenden Risikosituation aus.

Handelsgeschäfte

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften werden durch die sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner und unter Berücksichtigung externer Ratings nach den Regeln der Kreditwürdigkeitsprüfung sowie durch Volumenslimite je Partner begrenzt. Die Auslastung der Limite wird durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling täglich berechnet und deren Einhaltung überwacht.

Die Handelsgeschäfte (ohne Immobilien-Spezialfonds und Gold) umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen von 4,4 Mrd. €. Wesentliche Positionen sind dabei die Schuldverschreibungen und Anleihen (3,3 Mrd. €). Dabei zeigt sich nachfolgende Ratingverteilung:

Externes Rating (S&P)	AAA bis BBB	BBB- bis BB+	BB bis BB-	B+ bis C	D	ungeratet
PD (%)	0,01-0,20	0,33-0,56	1,00-1,82	3,43-27,66	Default	
31.12.2014	95,3%	2,5%	0,2%	0,0%	0,0%	2,0%

Die durch uns gehaltenen Wertpapiere verfügen zu 97,2 % über ein Rating im Investment-Grade-Bereich.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über unser Engagement zum 31. Dezember 2014 in wirtschaftsschwache Staaten:

Länder	Buchwert	Marktwert
	in Mio. €	in Mio. €
Italien	107,8	117,9
Irland	38,4	39,7
Spanien	86,3	94,5
Summe	232,6	252,1

Wir berechnen das Adressenausfallrisiko für die Risikotragfähigkeit ratingbasiert. Ausgehend von den Ausfallwahrscheinlichkeiten, die den aktuellen Ratingeinstufungen zugrunde liegen, wird eine Verschlechterung des Ratings aller Handelspartner unterstellt.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im gesamten Geschäftsjahr 2014 innerhalb der im Rahmen der Risikotragfähigkeit festgelegten Grenzen. Zum Jahresende 2014 waren das Limit für das Emittentenrisiko in Höhe von 30,0 Mio. € mit 8,9 Mio. € zu 29,8 % und das Limit für das Kontrahentenrisiko in Höhe von 1,0 Mio. € mit 0,2 Mio. € zu 23,0 % ausgelastet, sodass wir von einer als positiv einzustufenden Risikosituation ausgehen.

Die Länderrisiken sind vor dem Hintergrund ihrer Größe als vertretbar einzustufen. Risikokonzentrationen sehen wir im Bereich der Länderrisiken in vereinzelt Ländern/Regionen (Frankreich 481,7 Mio. €, Skandinavien 517,5 Mio. €, Zurechnungskriterium Handelsgeschäft: Sitz der Muttergesellschaft) sowie im Bereich ungedeckter Forderungen (1.791,8 Mio. €).

Die von uns eingesetzten Instrumente versetzen uns in die Lage die Adressenausfallrisiken angemessen zu steuern.

Berichterstattung

Der Vorstand wird vierteljährlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling über die Entwicklung des Kreditportfolios informiert. Der Bericht beinhaltet zumindest folgende Darstellungen und gegebenenfalls erforderliche Kommentierungen:

- Portfoliozusammensetzung nach Bonitätsklassen beziehungsweise Ratingkennziffern, Kundengruppen, Branchen, Größenklassen, risikobehaftetem Volumen und weiteren Kennziffern
- Risikokonzentrationen
- Limitauslastung
- Bedeutende Limitüberschreitungen und deren Gründe
- Großkredite
- Entwicklung des Neugeschäfts
- Entwicklung der Risikovorsorge
- Wesentliche Kreditentscheidungen, sowie sie von unserer Risikostrategie abweichen oder vom Vorstand im Rahmen seiner Krediteinzelkompetenz bei abweichenden Voten entschieden wurden

Der Adressenausfallrisikobericht bildet mit den anderen eingesetzten Systemen die Basis unserer Kreditentscheidungsprozesse und ermöglicht uns, das Risikoportfolio zu bewerten und zu steuern. Hierzu dienen auch die über das interne Rating ermittelten Risikoprämien der risikoadjustierten Konditionsgestaltung.

Beteiligungen

Die Gefahr eines finanziellen Verlustes aufgrund von Wertminderungen des Beteiligungsportfolios wird als Beteiligungsrisiko bezeichnet. Neben dem Risiko eines potenziellen Wert-

verlustes besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlagen. Darüber hinaus können zusätzliche Haftungsrisiken nicht ausgeschlossen werden.

Unsere Verbundbeteiligungen werden zur Förderung des Sparkassenwesens und zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags gehalten. Sie dienen vor allem der Stärkung des Zusammenhalts der Sparkassen-Finanzgruppe sowie dem Ausbau der Vertriebskanäle für die unterschiedlichen Produkte der Verbundmitglieder und sollen unseren Geschäftsbetrieb langfristig unterstützen. Sie dienen somit einem langfristigen strategischen Zweck. Teilweise werden die Beteiligungen auch indirekt über den Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW) gehalten. Daneben bestehen weitere Beteiligungen, diese sind jedoch von untergeordneter Bedeutung. Das Beteiligungsportfolio belief sich zum 31. Dezember 2014 insgesamt auf 89,8 Mio. € (Buchwert).

In der Geschäfts- und Risikostrategie hat die Sparkasse die Ziele für die Beteiligungen festgelegt. Die Beteiligungsrisiken werden angemessen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse einbezogen. Das Beteiligungscontrolling erfolgt für die Verbundbeteiligungen im Wesentlichen durch den SVBW und für die sonstigen Beteiligungen durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling. Das Beteiligungsrisiko wird anhand von Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie anhand von Szenarien ermittelt. Die Methoden der Risikoermittlung werden regelmäßig überprüft und weiterentwickelt. Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die Sparkasse ausreichend über die Situation bei den einzelnen Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist.

Die Sparkasse ist Mitglied des SVBW, der sich 2009 zusammen mit weiteren Trägern an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital an der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) beteiligt und eine Rückgarantie aus einer Risikoimmunisierungsaktion für die LBBW übernommen hat. Als Mitglied sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Dies gilt auch für den Fall, dass die erwarteten Erträge die aus den im Rahmen dieser Konstruktionen möglicherweise entstehenden Aufwendungen nicht abdecken. Auch unter Berücksichtigung des Gesamtkreditengagements besteht insoweit eine Risikokonzentration bezüglich der Adresse LBBW. Gravierende Risiken aus einer Inanspruchnahme dieser Verpflichtungen sehen wir nicht.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszusüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Für die Geschäftsjahre bis einschließlich 2016 der Erwerbsgesellschaft besteht eine Rückstellung.

Insgesamt betrachtet konzentriert sich das Beteiligungsrisiko der Sparkasse derzeit vor allem auf die großen Verbundbeteiligungen.

Zum Jahresende 2014 waren das Limit für die Beteiligungsrisiken in Höhe von 25,0 Mio. € mit 14,0 Mio. € zu 56,0 % und das Limit für die Risikoimmunsierung LBBW in Höhe von 35,0 Mio. € mit 12,0 Mio. € zu 34,4 % derzeit für unerwartete Verluste ausgelastet. Die Risiken sind als vertretbar einzustufen. Aufgrund des Verkaufs des Garantieportfolios durch die LBBW haben wir das Limit 2015 auf 15,0 Mio. € gesenkt.

Dem Vorstand werden jährlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling Informationen zu den jeweiligen Beteiligungen sowie die Beteiligungserträge mittels des Risikoreportings zur Verfügung gestellt. Zudem wird er quartalsweise über die Risikoimmunsierung der LBBW informiert.

Die Adressenausfallrisiken bewegten sich im vergangenen Jahr jederzeit im Rahmen des vom Vorstand festgelegten Limitsystems. Die Bestände sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vor dem Hintergrund der sich aus den Bonitätsbeurteilungssystemen ergebenden Erkenntnisse stufen wir die Entwicklung der Risikolage aus dem Kreditgeschäft als zufriedenstellend ein. Dennoch sind weitere Risiken für die künftige Entwicklung im Kreditgeschäft nicht auszuschließen. Wir werden diesen Risiken durch eine risikoorientierte Kreditvergabe politik begegnen.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus den Veränderungen der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen der Zinssätze und Kurse sowie aus den hieraus resultierenden Preisänderungen der Derivate ergeben. Marktpreisrisiken werden gesteuert mit dem Ziel, Ertragschancen wahrzunehmen, ohne die finanziellen Ressourcen unangemessen zu belasten. Zur Begrenzung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts Limite festgelegt.

Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften des Handels- und Anlagebuches

Für die Handelsgeschäfte werden die Marktpreisrisiken täglich auf Basis aktueller Marktpreise und möglicher Marktpreisveränderungen (Verlustpotenziale) durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling ermittelt. Dabei werden die Verlustpotenziale mittels Value-at-Risk-Konzept, dem der Varianz-Kovarianz-Ansatz auf Basis einer Haltedauer von 63 Tagen, einem Konfidenzniveau von 99 % und einem historischen Betrachtungszeitraum von 500 Tagen zugrunde liegt, gemessen und überwacht. Dabei werden die Kursrisiken aus verzinslichen Papieren zusammen mit den Währungs-, Edelmetall- und Aktienkursrisiken unter Berücksichtigung von Korrelationen ermittelt. Die Positionen in den Wertpapier-Spezialfonds werden bei der Ermittlung des Value-at-Risk nach dem Durchschauprinzip behandelt. Durch ein regelmäßiges Backtesting wird die Qualität des Risikomodells überprüft und gegebenenfalls die Parameter angepasst. Die Verlustrisiken aus den einzelnen Portfolios werden zusammen mit den schwebenden Verlusten und realisierten Ergebnissen der Handelsgeschäfte auf die vom Vorstand festgelegten Limitstrukturen angerechnet. Die für außergewöhnliche Marktentwicklungen vierteljährlich durchgeführten Stresstests zeigen, dass wir jederzeit die Risiken tragen können.

Zur Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Risikocontrolling das Programmsystem Sim-Corp Dimension eingesetzt. Bei Überschreiten der Limite informiert die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling den Vorstand. In Zusammenarbeit mit dem Ausschuss Risiko und Disposition legt der Vorstand die weiteren Maßnahmen fest. Der Verwaltungsrat wird entsprechend informiert.

Nachfolgende Übersicht zeigt den Value-at-Risk im Vergleich zum Vorjahr.

in Mio. €	2014		2013	
	VaR Minimum	VaR Maximum	VaR 31.12.2014	VaR 31.12.2013
Marktpreisrisiken ²	99,0	154,6	112,4	68,5

Über die Marktpreisrisiken wird der Vorstand börsentäglich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling informiert. Dabei werden dem Vorstand folgende Daten beziehungsweise Unterlagen als **Risikoinformationen** mittels des Risikoreportings zur Verfügung gestellt:

- Kommentierung der allgemeinen Marktentwicklung sowie der Auswirkungen aus GuV- und Barwert-Sicht
- Übersicht Bankbuch
- Ergebnisse aus Handelsbuchgeschäften
- Limitauslastung

Die Marktpreisrisiken bewegten sich in 2014 jederzeit innerhalb des Rahmens des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Zum Jahresende 2014 war das Limit für Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften in Höhe von 210,0 Mio. € mit 119,9 Mio. € zu 57,1 % ausgelastet. Die Risiken sind als vertretbar einzustufen. Aufgrund der teilweise immer noch vorhandenen Auswirkungen der Finanzmarktkrise sowie Unsicherheiten an den Märkten hinsichtlich der Auswirkungen der Staatsverschuldung im Euroraum sind Risiken hinsichtlich eines Bewertungsbedarfs bei den Eigenanlagen nicht auszuschließen.

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken schließen wir Rentenfuture- und Swappeschäfte ab, die wir einzeln bewerten. Außerdem bilden wir Micro-Hedges (Bewertungseinheiten). Hierfür werden Caps, Collars, Swaptions, Zinsswaps, Zins-/Währungsswaps und Forward-Swaps eingesetzt. Ergänzend verweisen wir auf die Ausführungen zu den Bewertungseinheiten im Anhang zum Jahresabschluss. Währungsrisiken werden zur Nutzung von Zinsdifferenzen und zur Erzielung laufender Erträge aus Aktien bewusst eingegangen. Diese Marktpreisrisiken bewegen sich innerhalb des Rahmens der geschäftspolitischen Zielsetzungen.

Das Risiko aus Immobilieninvestments wird anhand der Kennzahl „Lower Partial Moment (LPM)“ gesteuert. Das LPM bezieht sich als Downside-Risikomaß nur auf die negativen Abweichungen vom Kurswert. Es werden zudem individuelle Zuschläge definiert, sollte noch keine ausreichende Datenhistorie vorhanden sein. Der Vorstand wird monatlich über das Risiko so-

² inkl. Aktienkurs- und Fremdwährungsrisiko; per 31.12.2013 Haltedauer 30 Tage und historischer Betrachtungszeitraum 250 Tage

wie über die Ertragsentwicklung durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/ Risikocontrolling informiert. Zum Jahresende 2014 war das Limit für Immobilienrisiken in Höhe von 30,0 Mio. € mit 14,5 Mio. € zu 48,4 % ausgelastet. Die Risiken sind als vertretbar einzustufen.

Gesamtinstitutsbezogenes Zinsänderungsrisiko

Die Zinsänderungsrisiken ergeben sich im Zusammenhang mit Handelsgeschäften und auf Gesamtbankebene aus der Fristentransformation. Die Risiken können aus dem Ansteigen, Absinken oder Drehen der Zinsstrukturkurve resultieren.

Die periodische Ermittlung des Zinsspannenrisikos des Gesamtinstituts wird vierteljährlich mit Hilfe des Simulationstools GuV-Planer von der Abteilung Gesamtbanksteuerung/ Risikocontrolling durchgeführt.

Der Ermittlung des Zinsspannenrisikos liegen derzeit folgende Annahmen zugrunde:

- Dynamisches Verfahren: Planung des Kundengeschäfts (Aktiva und Passiva) mit einem moderaten Wachstum der Kredite und Einlagen für 2015 (einschließlich unbefristeter Bestände)
- Planung der Bestände der eigenen Wertpapiere
- Vorzeitige Kreditrückzahlungen bzw. Kündigungen beim Zuwachssparen werden im Rahmen der Bestandsplanung berücksichtigt.

Zur Berechnung des Zinsspannenrisikos simulieren wir monatlich zumindest folgende unterschiedliche Zinsentwicklungen:

- Konstante Zinsen
- Parallelanstieg um +100 Basispunkte
- Parallelrückgang um -100 Basispunkte
- Invertierung der Zinsstrukturkurve

Nachfolgende Übersicht enthält den Zuwachs beziehungsweise Rückgang des Zinsüberschusses zum 31.12.2014 bei dem verwendeten Zinsänderungsschock von +/-100 Basispunkten:

	Zinsänderungsrisiko Schock (+/- 100 bp) in Mio. €	
	Rückgang der Erträge	Zuwachs der Erträge
Schock +100 bp	25,0	-
Schock -100 bp	-	1,3

Als maßgebliches Szenario für die Bestimmung des Zinsspannenrisikos verwenden wir das Szenario Zinsanstieg/-rückgang um 100 Basispunkte (relevant ist der jeweils schlechtere Wert). Der Risikowert ergibt sich dann aus der zinsinduzierten Veränderung der Zinsspanne aus dem GuV-Planer, die um diverse negative Ertragsauswirkungen (beispielsweise Emittentenkündigungsrechte, Beteiligungserträge, Dividenden, Erträge aus Immobilienfonds und Anlagen in Fremdwährung) ergänzt wird.

Zum Jahresende 2014 war das Limit für das Zinsspannenrisiko in Höhe von 35,0 Mio. € mit 25,0 Mio. € zu 71,5 % ausgelastet.

Zum 1. Januar 2015 haben wir das Limit auf 55,0 Mio. € erhöht, da wir ab diesem Zeitpunkt das passivische Spreadrisiko berücksichtigen. Dabei wird die Veränderung der historischen Liquiditätsspreads mit einer Haltedauer von einem Jahr im Beobachtungszeitraum seit 2004 und einem Konfidenzniveau von 99 % betrachtet. Unter Berücksichtigung dieses Risikos wäre das Limit für das Zinsspannenrisiko mit 38,8 Mio. € zu 70,6 % ausgelastet. Wir gehen von einer zufriedenstellenden Risikosituation aus.

Zur wertorientierten Quantifizierung mittels des Risikomaßes Value-at-Risk setzt die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling die Anwendung sDIS OSPlus ein. Dabei werden ein Konfidenzniveau von 95 %, eine Haltedauer von 30 Tagen und der Beobachtungszeitraum von 1988 bis 2014 (ab 2015) zugrunde gelegt. Der monatlichen Ermittlung des barwertigen Zinsänderungsrisikos liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Bei unbefristeten Einlagen werden die Cashflows über gleitende Durchschnitte gebildet.
- Vorzeitige Verfügungen (statistische Ausüßer) beim Zuwachssparen werden berücksichtigt.
- Vorzeitige Kreditrückzahlungen werden im Cashflow berücksichtigt.

Nachfolgende Übersicht zeigt den Value-at-Risk im Vergleich zum Vorjahr:

in % des Barwertes	2014			2013
	VaR Minimum	VaR Maximum	VaR 31.12.2014	VaR 31.12.2013
Zinsänderungsrisiko	4,35 %	5,51 %	5,43 %	4,94 %

Darüber hinaus wird mit Hilfe dieses Instruments die risikoadjustierte Performancekennziffer RORAC (Return on Risk Adjusted Capital) monatlich ermittelt, bei der die Mehrperformance in Relation zum Risiko des Portfolios gesetzt wird. Die RORAC-Kennziffer betrug zum Jahresende 2014 7,9 % (Vorjahr: 13,9 %). Das wertorientiert gemessene Zinsänderungsrisiko stufen wir – bezogen auf den Verbandsdurchschnitt – als überdurchschnittlich ein.

Der Zinsrisikokoeffizient gemäß § 25a Abs. 2 KWG in Verbindung mit dem BaFin-Rundschreiben 11/2011 (Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung um +/- 200 Basispunkte) belief sich am 31. Dezember 2014 auf 37,2 %.

Der Vorstand wird monatlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling über das Zinsspannenrisiko, die Ergebnisse der Szenarioanalysen sowie die Entwicklung des barwertigen Zinsänderungsrisikos (einschließlich des Zinsrisikokoeffizienten der BaFin) informiert.

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung werden zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken neben bilanzwirksamen Instrumenten auch derivative Finanzinstrumente in Form von Renten-futures, Zinsswaps, Swaptions sowie Forward Rate Agreements eingesetzt.

Risiken bestehen aus unserer Sicht in erster Linie in steigenden Marktzinsen, die aufgrund des Festzinsüberhangs bei den Aktiva eine Verringerung des Zinsüberschusses zur Folge haben könnten, sowie in einer Verringerung des Fristentransformationsbeitrags, der maßgeblich von der Zinsentwicklung an den Kapitalmärkten beeinflusst wird.

Liquiditätsrisiken

Die Liquidität ist die Fähigkeit eines Instituts, innerhalb eines (geeigneten) Zeitraums die erwarteten Zahlungsabflüsse durch zur Verfügung stehende Zahlungsmittel mindestens zu decken. Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die aktuelle oder zukünftige Gefahr, dass das Institut zahlungsunfähig (illiquide) wird, also seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Im Hinblick auf unsere Bilanzstruktur bestehen Refinanzierungs-, Abruf- und Terminrisiken. Der hohe Wertpapierbestand begründet zudem ein Marktliquiditätsrisiko.

Für die Steuerung des Liquiditätsrisikos ist die Abteilung Treasury zuständig. Die Aufgabe besteht in der Sicherstellung einer jederzeitigen Zahlungsfähigkeit. Für die Durchführung des täglichen Liquiditätsmanagements (Gelddisposition) ist die Abteilung Eigenhandel zuständig. Die Überwachung der Liquiditätsrisiken und des Liquiditätsbedarfs (Liquiditätsübersicht, Szenarien, Schwellenwerte, regelmäßige Berichterstattung) übernimmt die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling. Damit ist gewährleistet, dass die Aufgabe der Überwachung von der Steuerung getrennt ist. Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt insbesondere durch das Halten von liquiden Aktiva, die Strukturierung der Passiva sowie durch Interbankenslinien.

Die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling erstellt monatlich eine Liquiditätsübersicht, in der die kurzfristig erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden. Die verwendeten Daten basieren auf der monatlichen Meldung gemäß Liquiditätsverordnung an die Deutsche Bundesbank. Auf dieser Grundlage werden monatlich Szenarien simuliert, um mögliche Risiken und Extremfälle aufzuzeigen, die sich auf unsere Liquiditätssituation auswirken können. Beispielweise wird ein teilweiser Abzug von Kundeneinlagen angenommen, der über den Kapitalmarkt refinanziert werden muss. Dem Marktliquiditätsrisiko wird durch die Annahme Rechnung getragen, dass bestimmte Wertpapierbestände als illiquide gelten und nicht mehr angerechnet werden können. Auf Basis dieser Daten wird eine Risikoeinschätzung vorgenommen. Kriterium ist die errechnete Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung. Wann ein Liquiditätsengpass vorliegt bzw. sich andeutet, wird in Abhängigkeit von der Liquiditätskennzahl über das Erreichen bestimmter Schwellenwerte definiert. Bei Erreichen der Schwellenwerte werden definierte Prozesse ausgelöst, um gegebenenfalls Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Dabei wird geprüft, inwieweit durch Maßnahmen mögliche Stresssituationen angemessen und weitgehend erfolgsneutral abgedeckt werden können. Tritt ein Engpass dennoch ein, so sind im Vorhinein festgelegte Aktivitäten durchzuführen. Zum 31. Dezember 2014 war bei allen untersuchten Szenarien die Liquidität weiterhin gegeben. Im Falle eines gleichzeitigen Eintritts aller simulierter Szenarien wäre noch eine Liquiditätskennzahl von 1,6 (Mindestanforderung: 1,0) erreicht worden.

Risikoinformationen werden dem Vorstand mittels des Liquiditätsrisikoberichts durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling vierteljährlich in folgendem Umfang zur Verfügung gestellt:

- Liquiditätsübersicht
- Liquiditätskennziffer
- Ergebnisse der Szenarioanalysen
- Auslastung der internen Schwellenwerte

Zum 31. Dezember 2014 ergaben sich folgende Kennzahlen:

Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung	31.12.2013	31.12.2014
Liquiditätskennziffer	2,19	2,39

Beobachtungskennzahlen nach Restlaufzeiten	31.12.2013	31.12.2014
Laufzeitband 2 (über 1 Monat bis 3 Monate)	6,68	12,24
Laufzeitband 3 (über 3 Monate bis 6 Monate)	0,88	1,17
Laufzeitband 4 (über 6 Monate bis 12 Monate)	0,42	0,76

In den Stresstests werden unplanmäßige Entwicklungen wie zum Beispiel der Abzug großer Kundeneinlagen, Wegfall von Interbankenlinien oder Unveräußerlichkeit bestimmter Wertpapiere berücksichtigt. Dabei werden die Auswirkungen der geänderten Refinanzierung auf den Zinsüberschuss bzw. der Veräußerungsverlust aus dem Verkauf von Wertpapieren ermittelt. Der Stresstest zum Liquiditätsrisiko zeigt, dass ein massiver Abzug von originären und institutionellen Kundeneinlagen und der Wegfall aller Interbanklinien durch eine Refinanzierung bei der Notenbank und die Veräußerung von Pfandbriefen gedeckt werden könnte. Gegebenenfalls müssten bei der Veräußerung der Pfandbriefe verkräftbare Bewertungsverluste hingenommen werden.

Risikokonzentrationen sehen wir in einzelnen Einlagen sowie Wertpapieremissionen über 100,0 Mio. €, in einzelnen Produktarten, deren Volumen 10,0 % des gesamten Einlagenvolumens übersteigt sowie aufgrund der hohen Volumina im Bestand an Wertpapieren (Marktliquiditätsrisiko) bzw. Tagesgeldaufnahmen (Refinanzierungsrisiko im Verbund).

Wir verfügen insgesamt über eine gute Liquiditätsposition. Ausschlaggebend hierfür sind unsere Kundeneinlagen, unser Bestand an hochliquiden Wertpapieren und die Möglichkeit der kurzfristigen Geldaufnahme im Verbund sowie bei der Deutschen Bundesbank. Darüber hinaus werden bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben unterhalten. An liquiditätsmäßig engen Märkten sind wir nicht investiert. Unsere Zahlungsfähigkeit war während des gesamten Geschäftsjahres 2014 hinreichend gesichert.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten können. Für den adäquaten Umgang mit operationellen Risiken ist der Vorstand verantwortlich, dem in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Festlegung, der regelmäßigen Überprüfung und der Sicherstellung der Rahmenbedingungen im Umgang mit operationellen Risiken zufällt.

Die operationellen Risiken werden jährlich identifiziert und dokumentiert. Zu den installierten Regelungen beziehungsweise Verfahren zum Management der operationellen Risiken zählen insbesondere das interne Kontrollsystem, die schriftlich fixierte Ordnung für die Aufbauorganisation und die wesentlichen Arbeitsabläufe, der Einsatz von qualifiziertem Personal sowie die ständige Weiterentwicklung der Methoden und die Verbesserung der technischen Abläufe. Betriebsrisiken aus dem IT-Bereich, aus Organisations- und Bearbeitungsfehlern werden durch Vereinbarungen mit einem externen Rechenzentrum, Notfallkonzepte, zunehmende Automatisierung und ständige Kontrollen durch qualifizierte Mitarbeiter gemindert und zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher Standardverträge reduziert.

Wir setzen das Instrument „fokussierte Risikolandkarte“ ein. Die „fokussierte Risikolandkarte“ dient neben der Identifikation operationeller Risiken zur szenariobezogenen Analyse von risikorelevanten Verlustpotenzialen (ex-ante-Betrachtung). Darüber hinaus besteht für bedeutende Schadensfälle ein Verfahren, das sicherstellt, dass diese Schäden an die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling gemeldet und dort analysiert sowie gegebenenfalls Maßnahmen eingeleitet werden. In der „Schadensfalldatenbank“ werden tatsächlich eingetretene Schäden aus operationellen Risiken ab einem Betrag von 1,0 T€ erfasst (ex-post-Betrachtung).

Aufgrund der hohen Abhängigkeit von der Finanz Informatik hinsichtlich der IT und den sich aus einem Ausfall der IT ergebenden Risiken wird die Finanz Informatik als Risikokonzentration eingestuft.

Risikoinformationen werden dem Vorstand mittels des vierteljährlichen Risikoberichts durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling in folgendem Umfang zur Verfügung gestellt:

- Aufgetretene bedeutende Schadensfälle (Art, Ausmaß und Ursache)
- Im Rahmen der Risikolandkarte ermittelte Risiken (jährlich)
- Gegebenenfalls getroffene Maßnahmen

Auf Basis der in der Vergangenheit eingetretenen bedeutenden Schadensfälle, der Ergebnisse der „fokussierten Risikolandkarte“ und unserer Maßnahmen beurteilen wir die Risikolage als zufriedenstellend. Zum Jahresende 2014 war das Limit für operationelle Risiken in Höhe von 25,0 Mio. € mit 10,4 Mio. € zu 41,5 % ausgelastet. Insbesondere aufgrund von Rechtsunsicherheiten ist eine Verschlechterung der Risikolage jedoch nicht auszuschließen.

Die für außergewöhnliche Ereignisse durchgeführten Stresstests zeigen, dass die Risiken vor dem Hintergrund unserer Risikotragfähigkeit vertretbar sind. Stresstests wurden beispielsweise auf Basis erhöhter Eintrittshäufigkeiten und erhöhter durchschnittlicher Verluste aus der fokussierten Risikolandkarte beziehungsweise dem kumulativem Eintritt der höchsten Szenarien erstellt.

Zusammenfassende Risikobeurteilung

Unser Haus verfügt über ein hinreichendes, dem Umfang der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikosteuerungs- und -controllingsystem können frühzeitig die Risiken identifiziert, Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet und Risiken gesteuert werden. Die Ermittlung der Risiken erfolgt in periodischer Sichtweise. 2014 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Die vorgegebenen Risikolimits waren am Bilanzstichtag insgesamt mit 56,1 % ausgelastet. Die Risikotragfähigkeit war und ist derzeit entsprechend der Risikotragfähigkeitsanalysen gegeben, die Risikolage insgesamt als vergleichsweise günstig einzustufen. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse/Marktentwicklungen durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können. Trotz der steigenden Eigenkapitalanforderungen nach Basel III und auf Basis der von uns durchgeführten Kapitalplanung ist die Risikotragfähigkeit weiterhin sichergestellt. Durch die ausgereichten Kredite/Beteiligungen im Sparkassenverbund bestehen Risikokonzentrationen, deren reines Adressenausfallrisiko wir allerdings als vertretbar einschätzen. Eine weitere Risikokonzentration resultiert aus der hohen IT-Abhängigkeit von der Finanz Informatik. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind auf Basis der Risikoinventur jedoch nicht erkennbar. Wir sehen uns durch das bestehende Risikomanagement sowohl für das bestehende Geschäft als auch für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet.

Chancenbericht

Chancenmanagementsystem

Das Chancenmanagementsystem unserer Sparkasse ist analog dem Risikomanagementsystem in den jährlichen strategischen Planungsprozess integriert. Dies ermöglicht es, Trends und Veränderungen im Marktumfeld zu erkennen und zu analysieren und dient als Basis zur Bewertung von Chancen. Eine zentrale Rolle spielen hier die Mitarbeiter am Markt: Sie erhalten kontinuierlich Marktinformationen im direkten Austausch mit unseren Kunden und Partnern zu Produkthanforderungen und eventuellen Trends. Diese Informationen werden in geeigneter Form verdichtet und mit bewertet. Dies zielt auf die Verbesserung bestehender Produkte und Prozesse sowie die Entwicklung neuer Produkte und Vertriebsansätze. Auch Chancen aus Prozessoptimierungen werden analysiert. Chancen mit entsprechendem Geschäftspotenzial werden in den Strategiesitzungen erörtert und fließen nach entsprechender Billigung durch den Vorstand in die Geschäftsstrategie ein.

In den strategischen Planungsprozess sind als Planungsverantwortliche die Abteilungen Vorstandsstab, Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling, Controlling/Rechnungswesen, Privat-

kundensekretariat, Organisation/IT und Personal – Betreuung, Service, Grundsatz eingebunden. Verantwortlich für die Gesamtabstimmung ist der aus den genannten Abteilungen zusammengesetzte „Vorbereitungsausschuss“, der den Vorstand bei der Erstellung der Geschäftsstrategie unterstützt. Im Rahmen der Kommunikation der Geschäftsstrategie werden unsere Mitarbeiter über die identifizierten Chancenpotenziale informiert. Auf Basis von Soll-Ist-Abweichungen wird die Zielerreichung durch einen vierteljährlichen Reportingprozess überwacht.

Chancenüberblick

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist seit über 160 Jahren im Landkreis Ludwigsburg fest verwurzelt. Durch die anhaltende Stärkung unserer Eigenkapitalbasis in den vergangenen Jahren sehen wir uns für die quantitativ und qualitativ zunehmenden Kapitalanforderungen gut gerüstet. Damit sind wir in der Lage, die erforderliche Eigenkapitalunterlegung für die geplante Geschäftsausweitung zu erfüllen.

Unsere umfassende Produkt- und Dienstleistungspalette bietet Chancen für unseren aktiven Vertrieb im Kerngeschäftsfeld Kundengeschäft. Ein Ziel hierbei ist, die Zufriedenheit unserer Kunden zu steigern. Darüber hinaus können wir unter bewusstem Eingehen von Risiken neue Kunden gewinnen, um mit einem kontinuierlichen Kundenwachstum unseren geschäftlichen Erfolg sowie unsere Marktanteile auszuweiten. Vor allem im weiteren Ausbau der Versicherungs- und Vermittlungsgeschäfte sehen wir Möglichkeiten zu einer Verbreiterung der Ertragsbasis.

Im Privatkundengeschäft existieren aufgrund der hohen Vertrauenswürdigkeit der Sparkassen Chancen zur Stärkung unseres Einlagen- und Girokontogeschäfts. Insbesondere örtliche und emotionale Nähe sowie die Förderung des Gemeinwohls sind bei Kunden positiv besetzt.

Durch eine systematische und konsequente Platzierung unserer Leistungspalette sehen wir im Firmenkundengeschäft eine Chance, unsere Position bei den mittelständisch geprägten Kunden zu stärken.

Chancen erwarten wir aus unseren Investitionen in zukunftsweisende Informationstechnologien, zum Beispiel im Bereich unseres Angebots im Internet, das wir mit einem Fokus auf die Wahrung eines hohen Sicherheitsstandards und einer leichten Bedienbarkeit weiter verbessern wollen. Um die Kundenbindung weiter zu intensivieren und die partnerschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe zu unterstützen, bestehen geeignete technische Lösungen, die eine unternehmensübergreifende Anbindung von Geschäftsprozessen ermöglichen und eine ganzheitliche Sicht auf den Kunden gewähren. Unsere Stärke, mit unseren Partnern "Finanzprodukte aus einer Hand" anzubieten, können wir durch gezielten Einsatz im Betrieb weiter forcieren. Die durchgängige Integration medialer Vertriebskanäle wie Call Center oder Internet auf der einen Seite und des stationären Vertriebs in der Filiale auf der anderen Seite erweitert die Chancen, dass wir unsere Kunden bedarfsgerecht beraten und zielgerichtet ansprechen können. Dem starken Wettbewerb und dem anhaltend hohen Rentabilitätsdruck wollen wir durch verschiedene Maßnahmen begegnen. Hierzu zählt der Ausbau von attraktiven Geschäftsfeldern, die Anpassung und Optimierung der bestehenden Filialnetzstruktur, flankiert durch eine stärkere Vernetzung mit alternativen Vertriebswegen zum Multi-Kanalvertrieb sowie die Überprüfung unserer Produkt- und Preispolitik.

Wir erwarten für 2015, dass das Zinsniveau sich nur leicht erhöhen dürfte und insgesamt auf einem im langjährigen Vergleich weiterhin niedrigen Niveau verharren wird. Differenziert wirkt sich das niedrige Zinsniveau auf das Kundenverhalten aus. Das Finanzierungsgeschäft wird durch die niedrigen Zinsen gefördert, die Einlagenseite dagegen belastet. Gleichzeitig bietet diese Entwicklung jedoch die Chance, das Provisions- bzw. Dienstleistungsgeschäft weiter auszubauen.

Die Aktienmärkte dürften weiterhin von der hohen Liquidität und der sich fortsetzenden Erholung der Weltwirtschaft unterstützt werden. In Kombination mit stabilen Unternehmensgewinnen sollte dies für ein positives Aktienjahr 2015 sprechen. Ein positives Marktumfeld fördert die Attraktivität der Anlageform, so dass ein Mittelzufluss zu erwarten ist. Zudem bieten steigende Kurse die Chance, im Kundengeschäft höhere Transaktionsumsätze und höhere Depotvolumina zu erreichen. Aus steigenden Kursen resultiert außerdem eine konstante Wertentwicklung unserer eigenen Bestände.

3.2.5.1.2 Prognosebericht

Strategische Schwerpunkte

Unser Ziel als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut ist die dauerhafte Erfüllung des öffentlichen Auftrags beziehungsweise die durch ihn zugewiesenen Aufgaben im Rahmen gesellschafts-, wirtschafts- und kreditpolitischer Ziele. Basis hierfür ist neben einer langfristigen Existenzsicherung auch das Ziel der Beibehaltung unserer starken Marktstellung in unserem Geschäftsbereich. Nur eine angemessene Ertragskraft gewährleistet, dass wir den finanziellen Spielraum für die zukünftige Geschäftsentwicklung haben. Unser Ziel ist deshalb eine kontinuierliche Steigerung der Ertragskraft auf Basis einer die rechtlichen Anforderungen erfüllenden Kapitalbasis. Dies fördern wir unter anderem durch Zielvereinbarungen mit Führungskräften und Mitarbeitern. Durch den effizienten Einsatz von vorhandenen Ressourcen, die kontinuierliche Verbesserung unserer Prozesse und mehr Verantwortung durch Teamarbeit erreichen wir die erforderliche Produktivität. Und als Motor und entscheidende Größe im Wertschöpfungsprozess wollen wir das Wissen und die Erfahrungen unserer Mitarbeiter an allen unseren Standorten künftig noch zielgerichteter erschließen und weiterentwickeln. Unsere Mitarbeiter beteiligen sich unter anderem im Rahmen des innerbetrieblichen Vorschlagswesens an der Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten im gesamten Prozess- und Produktbereich.

Unsicherheit, ein Element jeder Prognose

Die Prognosen beziehen sich auf unsere Entwicklung für das Jahr 2015. Sie stellen unsere Einschätzung der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind beziehungsweise sich durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, weisen wir darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten abweichen können, sofern die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen. Eine verlässliche Prognose ist besonders schwierig, da Unwägbarkeiten aus der nach wie vor ungelösten Staatsschuldenkrise im Euro-Raum bestehen, die weiterhin mit großen Schwankungen an den Finanzmärkten einhergehen und die Konjunk-

turentwicklung bedrohen könnte. Darüber hinaus wird die Rentabilität der Bankenbranche nachhaltig durch die steigende Regulierung (Basel III, europäische Bankenabgabe, Einlagensicherung, etc.) belastet.

Rahmenbedingungen 2015

Die Deutsche Bundesbank sieht in ihrem Monatsbericht Februar 2015 nach der positiven Entwicklung im vierten Quartal ein aufgehelltes konjunkturelles Gesamtbild von dem die deutsche Wirtschaft profitieren wird. Neben dem privaten Verbrauch unterstützt der spürbar reduzierte Außenwert des Euro die Industrie. Dadurch könnte das Wirtschaftswachstum höher ausfallen, als noch im Herbst prognostiziert.

In ihrem Monatsbericht Dezember 2014 erwartete die Deutsche Bundesbank für Deutschland ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,0 % bis 1,2 % im Jahr 2015. Die Zinsen werden vom derzeit sehr niedrigen Niveau nur gering ansteigen. Damit werden die günstigen Finanzierungsbedingungen auch weiterhin positiv auf die Investitionstätigkeit ausstrahlen, die im Jahresverlauf zunehmen dürfte. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem niedrigen Stand und dürfte sich nur wenig verändern. Zusammen mit den erwarteten spürbaren Reallohnsteigerungen und der kräftigen Zuwanderung wird auch die jüngst abgekühlte Bautätigkeit wieder auf einen Expansionspfad einschwenken.

Der private Verbrauch wird weiterhin die Binnennachfrage stützen. Das gestiegene verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und die niedrige Inflation werden den Konsum wachsen lassen, die Sparquote wird dagegen unverändert bleiben.

Wir erwarten, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Geschäftsgebiet ähnlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verhalten wird.

Wir sehen uns den Herausforderungen eines dynamischen Wettbewerbsumfeldes gegenüber. Hierzu zählen ein sich weiter verstärkender Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten, die steigenden Ansprüche unserer Kundschaft, der Verbraucherschutz und die Bankenaufsicht. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen nehmen kontinuierlich zu. Auch grenzt die Erfüllung der Anforderungen des Basler Ausschusses mit der ansteigenden Bindung von Ressourcen und damit ansteigenden Kosten unsere Handlungsmöglichkeiten weiter ein.

Voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse

Vor dem Hintergrund der dargestellten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2015 ein moderates Wachstum der Bilanzsumme, das auf dem Niveau des Jahres 2014 liegen wird. Abgeleitet aus der konjunkturellen Entwicklung rechnen wir sowohl im gewerblichen Kreditgeschäft als auch im Kreditgeschäft mit Privatpersonen mit einem moderaten Wachstum. Bei den Privathaushalten wird weiterhin das Baufinanzierungsgeschäft im Vordergrund stehen, das durch das weiterhin niedrige Zinsniveau und die vorhandene Unsicherheit hinsichtlich alternativer Kapitalanlagen im Prognosezeitraum begünstigt wird. Insgesamt erwarten wir einen Anstieg des Kreditvolumens, entsprechend dem Niveau

des abgelaufenen Jahres. Bezüglich des Mittelaufkommens von Kunden gehen wir von einem leicht geringeren Wachstum als im Vorjahr aus.

Wir erwarten für 2015, dass die Europäische Zentralbank ihre extrem expansive Geldpolitik fortführen wird. Das Zinsniveau dürfte sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht erhöhen und auf einem im langjährigen Vergleich weiterhin sehr niedrigen Niveau verharren, so dass bei sich gleichzeitig verstärkendem Wettbewerb in der Kreditwirtschaft die Zinsspanne weiter unter Druck bleiben wird. Erschwerend kommt hinzu, dass Anleihen mit höherverzinslichem Coupons auslaufen und nur zu einem niedrigeren Zinssatz wieder angelegt werden können. Der erwartete Zinsüberschuss dürfte somit deutlich unter dem Wert von 2014 liegen.

Für 2015 gehen wir weiterhin nur von geringen Erträgen aus den Verbundbeteiligungen aus und haben dies in unserer Ertragsprognose berücksichtigt. Weitere Abschreibungen auf unsere Beteiligungen sowie eine Inanspruchnahme aus unserer Garantie, die wir im Rahmen der Stützung der LBBW für ein definiertes Wertpapierportfolio des Instituts abgegeben haben, sind nicht auszuschließen.

Wir erwarten, dass neben den Margen auch die Preise im Dienstleistungsgeschäft auf aktuellem Niveau bleiben werden. Risiken für das Wertpapiergeschäft gehen einerseits von einer Kehrtwende in der Geldpolitik und Zinserhöhungen sowie andererseits von friedensgefährdenden Krisenherden aus. Wir erwarten zumindest unveränderte Ergebnisbeiträge aus dem bilanzneutralen Wertpapiergeschäft. Da wir auch weiterhin bei beratungsintensiven Dienstleistungen und im Produktvertrieb verstärkt Akzente setzen wollen, streben wir an, das Provisionsergebnis im Jahre 2015 trotz eines leichten Rückgangs auf einem guten Niveau zu halten.

Für 2015 prognostizieren wir einen deutlichen Anstieg des Verwaltungsaufwandes. Insbesondere aufgrund der vergangenen und erwarteten Tarifsteigerungen sowie aus unserer hohen Ausbildungsquote in den vergangenen Jahren werden die Personalkosten deutlich steigen. Durch ein konsequentes Kostenmanagement werden wir versuchen, den prognostizierten Anstieg im ordentlichen Aufwand in Grenzen zu halten. Auch künftig planen wir Investitionen in unser Geschäftsstellennetz, um den stark gestiegenen Kundenbedürfnissen Rechnung zu tragen sowie in zukunftsweisende Informationstechnologien und Produkte als Voraussetzung für den Ausbau der Marktanteile. Wir sind über unseren Anschluss an die bundesweit tätige Finanz Informatik für diese Herausforderungen gerüstet.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der Konjunkturentwicklung auch durch die regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig beeinflusst. Wir erwarten im Bereich der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft im Geschäftsjahr 2015 einen deutlichen Anstieg gegenüber dem letzten Jahr. Die Gefahr sich erhöhender Abschreibungen auf den Wertpapierbestand ist abhängig von der Marktentwicklung. Wir werden daher im Rahmen unserer Strategie die Entwicklung beobachten und die Risiken gegebenenfalls durch Maßnahmen begrenzen. Bedingt durch die Unsicherheiten hinsichtlich möglicher Schwankungen der Marktzinsen/Spreads ist eine deutliche Belastung durch das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft nicht auszuschließen.

Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität dürfte aufgrund der rückläufigen Zinsspanne, steigenden Kosten und gestärktem Eigenkapital im nächsten Jahr leicht unter dem Wert des Jahres 2014 liegen. Die Cost-Income-Ratio dürfte im Jahr 2015 gegenüber dem abgelaufenen Jahr spürbar ansteigen.

Im Hinblick auf die erhöhten Anforderungen an Qualität und Quantität der Eigenkapitalausstattung im Rahmen von Basel III erwarten wir keine Gefährdung unserer Solvabilität. Für 2015 prognostizieren wir leicht steigende anrechenbare Eigenmittel. Die Erfüllung der bankenaufsichtlichen Kennzahlen für 2015 wird problemlos möglich sein.

Gesamtaussage

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2015 beurteilen wir positiv, sofern sich die Rahmenbedingungen wie unterstellt entwickeln. Für das laufende Geschäftsjahr erwarten wir bei weiterhin sehr niedrigen Zinsen eine Geschäftsentwicklung mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung als auch einem Betriebsergebnis nach Bewertung deutlich unter dem guten Niveau des Vorjahres. Wir können das für die Geschäfts- und Risikostrategie notwendige Kernkapital aus dem erwarteten künftigen Gewinn weiterhin selbst erwirtschaften.

Die notwendige Ausstattung mit Eigenmitteln wird weiterhin sichergestellt sein. Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft jederzeit gewährleistet ist. Abweichende negative Entwicklungen im Bereich der Risiken sind über die vorhandene Risikotragfähigkeit abgedeckt.

Ludwigsburg, den 18. März 2015

Der Vorstand

Aktivseite	€	€	31.12.2014 €	31.12.2013 T €
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		37.024.588,32		35.668
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>117.886.491,52</u>	154.911.079,84	<u>127.096</u>
				162.764
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		<u>0,00</u>	0,00	<u>0</u>
				0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		16.154.321,15		21.187
b) andere Forderungen		<u>729.560.977,33</u>	745.715.298,48	<u>909.144</u>
				930.332
4. Forderungen an Kunden			4.940.493.971,80	4.860.593
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	2.056.686.580,87 €			(2.052.181)
Kommunalkredite	371.883.156,96 €			(394.411)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 €			(0)
ab) von anderen Emittenten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 €		0,00	(0)
				0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		659.168.152,29		342.280
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	648.989.419,41 €			(342.280)
bb) von anderen Emittenten		<u>1.446.612.455,04</u>		<u>1.744.536</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.339.500.126,51 €			(1.622.483)
			2.105.780.607,33	2.086.816
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>2.476.398,49</u>	<u>1.210</u>
Nennbetrag	2.381.000,00 €			(1.157)
			2.108.257.005,82	2.088.026
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			1.619.356.824,13	1.379.509
6a. Handelsbestand			1.611.142,82	3.859
7. Beteiligungen			80.134.967,06	100.659
darunter:				
an Kreditinstituten	15.631.079,52 €			(15.631)
an Finanzdienstleistungsinstituten	500.000,00 €			(500)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			9.627.822,97	9.628
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 €			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 €			(0)
9. Treuhandvermögen			4.341.234,54	4.738
darunter: Treuhandkredite	4.341.234,54 €			(4.738)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		253.668,00		294
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		<u>0,00</u>	253.668,00	<u>0</u>
				294
12. Sachanlagen			118.022.082,16	118.881
13. Sonstige Vermögensgegenstände			24.496.298,06	22.241
14. Rechnungsabgrenzungsposten			2.838.366,67	2.617
Summe der Aktiva			9.810.059.762,35	9.684.142

Passivseite	€	€	31.12.2014 €	31.12.2013 T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		755.231.794,60		1.034.807
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.370.907.999,22</u>	2.126.139.793,82	<u>1.268.337</u>
				2.303.143
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	742.967.070,35			682.676
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>933.521.779,44</u>	1.676.488.849,79		<u>1.144.690</u>
				1.827.366
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	3.867.002.033,05			3.536.226
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>849.536.915,66</u>	<u>4.716.538.948,71</u>	6.393.027.798,50	<u>892.568</u>
				4.428.794
				6.256.160
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		262.722.350,92		154.168
b) andere verbrieft e Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 €			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 €		262.722.350,92	(0)
				154.168
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			4.341.234,54	4.738
darunter:				
Treuhandkredite	4.341.234,54 €			(4.738)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			4.913.385,37	9.943
6. Rechnungsabgrenzungsposten			3.392.269,60	4.215
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		43.069.143,00		42.210
b) Steuerrückstellungen		<u>22.444.691,94</u>		<u>14.621</u>
c) andere Rückstellungen		<u>45.127.654,55</u>	110.641.489,49	<u>47.668</u>
				104.498
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 €			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			380.000.000,00	340.000
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	400.000,00 €			(400)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	515.776.505,92			498.289
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
		515.776.505,92		498.289
d) Bilanzgewinn		<u>9.104.934,19</u>	524.881.440,11	<u>8.987</u>
				507.277
Summe der Passiva			9.810.059.762,35	9.684.142
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		84.832.347,77		76.858
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			84.832.347,77	76.858
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>271.463.401,43</u>	271.463.401,43	<u>498.204</u>
				498.204

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	€	€	01.01.–31.12.2014 €	01.01.–31.12.2013 T€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	226.447.492,40			242.717
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>51.490.120,79</u>			<u>55.663</u>
		277.937.613,19		298.380
2. Zinsaufwendungen		<u>104.535.090,00</u>		<u>143.823</u>
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	1.370.070,14 €		173.402.523,19	(1.403)
				<u>154.557</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nichtfestverzinslichen Wertpapieren		43.343.681,20		40.161
b) Beteiligungen		3.400.877,51		2.156
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			46.744.558,71	42.317
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführung- oder Teilgewinnabführungserträgen			286.330,02	0
5. Provisionserträge		53.231.315,26		49.592
6. Provisionsaufwendungen		<u>1.977.323,06</u>		<u>1.909</u>
			51.253.992,20	47.684
7. Nettoertrag des Handelsbestands			241.473,99	282
8. Sonstige betriebliche Erträge			9.375.633,27	25.820
aus der Fremdwährungsumrechnung	775.838,03 €			(1.064)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>0,00</u>	<u>0</u>
			281.304.511,38	270.660
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand		73.848.106,52		73.583
aa) Löhne und Gehälter				
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>19.866.509,88</u>		<u>19.185</u>
darunter: für Altersversorgung	7.112.804,53 €			(6.712)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>46.465.854,75</u>		<u>42.293</u>
			140.180.471,15	135.061
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			7.637.497,90	7.726
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			75.100.169,58	59.531
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>43.572.949,33</u>		<u>16.918</u>
			43.572.949,33	16.918
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		8.391.014,60		3.880
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			8.391.014,60	3.880
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	560
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>40.000.000,00</u>	<u>20.000</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			53.568.307,48	60.821
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		35.631.909,23		43.000
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>331.464,06</u>		<u>333</u>
			35.963.373,29	43.334
25. Jahresüberschuss			17.604.934,19	17.487
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			<u>0,00</u>	<u>0</u>
			17.604.934,19	17.487
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			0,00	0
			17.604.934,19	17.487
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		8.500.000,00		8.500
b) in andere Rücklagen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			8.500.000,00	8.500
29. Bilanzgewinn			<u>9.104.934,19</u>	<u>8.987</u>

3.3 Anhang

3.3.1 Allgemeine Angaben

Die Kreissparkasse Ludwigsburg hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Konsolidierung der Jahresabschlüsse unserer verbundenen Unternehmen beeinflusst die einzelnen Positionen des Konzernabschlusses gegenüber den Werten des Jahresabschlusses unseres Instituts nur unwesentlich. Wir haben daher auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

3.3.1.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe) haben wir zum Nennwert bilanziert. Bezahlte Agien und einbehaltene Disagien bei der Auszahlung von Darlehen und Schuldscheindarlehen wurden auf deren Laufzeit beziehungsweise Festzinsbindungsdauer verteilt.

Für erkennbare Ausfallrisiken haben wir bei **Forderungen an Kunden** in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Außerdem haben wir eine Pauschalwertberichtigung in Höhe des steuerlich zulässigen Betrages auf den latent gefährdeten Forderungsbestand gebildet.

Wechsel im Bestand haben wir zum Zeitwert, gekürzt um Einzelwertberichtigungen, angesetzt. Sie wurden zu effektiven Hereinnahmesätzen abgezinst.

Die **Wertpapiere** wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei einem Wertpapier war zum Bilanzstichtag kein aktiver Markt vorhanden, dem ein verlässlicher Börsen- oder Marktpreis hätte entnommen werden können. In diesem Fall haben wir den beizulegenden Wert mittels eines Modells nach der Discounted-Cash-Flow-Methode ermittelt.

Auch dem Anlagevermögen zugeordnete Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die **Wertpapiere des Handelsbestands** wurden gemäß § 340e Abs. 3 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Der Risikoabschlag wurde entsprechend der internen Risikosteuerung auf Portfolioebene ermittelt und vollständig bei der Aktivaposition 6a berücksichtigt. Die Berechnung erfolgte in Form eines Value at Risk (VaR) auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99 %, einer Haltedauer von 63 Tagen und eines Beobachtungszeitraums von einem Jahr. Zum Bilanzstichtag betrug der so ermittelte Risikoabschlag insgesamt 20 T€.

In Übereinstimmung mit der internen Risikosteuerung haben wir die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands in den GuV-Posten 1 und 3 ausgewiesen.

Der Sonderposten für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) blieb in Bezug auf die Vorschriften des § 340e Abs. 4 HGB gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand wurden im Berichtsjahr nicht geändert.

Beteiligungen einschließlich der unter Bilanzposten Aktiva 6 ausgewiesenen Anteile an geschlossenen Investmentvermögen und **Anteile an verbundenen Unternehmen** wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die **immateriellen Anlagewerte** und das **Sachanlagevermögen** wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen wurden bei den Sachanlagen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringem Wert (bis 150 €) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis 1.000 € beziehungsweise bis 410 € bei Software) in einen Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die in den **Sonstigen Vermögensgegenständen** enthaltenen Forderungen und Vermögenswerte wurden mit dem Niederstwert bewertet.

Verbindlichkeiten haben wir grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Der Unterschied zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag wird unter den Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen. Abzinsungspapiere (Null-Kupon-Inhaberschuldverschreibungen) wurden zum Barwert bilanziert.

Die **Rückstellungen** wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die Pensionsrückstellungen wurden für die unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G ermittelt. Für die Abzinsung wurde der durchschnittliche Marktzinssatz von 4,54 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren verwendet. Die Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes seit dem letzten Abschlussstichtag wurden im Personalaufwand ausgewiesen. Bei der Berechnung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % und ein Rententrend von jährlich 2,0 % berücksichtigt.

Für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen, die sich aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten der Sparkasse ergeben, besteht eine in Vorjahren dotierte Rückstellung in Höhe eines Teilbetrages von 27,6 Mio. €. Hierbei erfolgte die Berechnung der nicht durch entsprechendes Vermögen der Versorgungskasse gedeckten Verpflichtungen der Sparkasse (Gesamtbetrag 76,8 Mio. €) nach einem dem Teilwertverfahren angelehnten Näherungsverfahren, welches versicherungsmathematische Grundsätze berücksichtigt. Die Ermittlung erfolgte auf Datenbasis des Vorjahresresultimos unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G und einer pauschalen Berücksichtigung des auf die Sparkasse entfallenden Anteils am gesamten Kasernenvermögen der Versorgungskasse. Gehalts- beziehungsweise Rententrends wurden bei der Berechnung vereinfacht durch Kompensation, mit dem bei der Abzinsung zu verwendenden durchschnittlichen Marktzinssatz, einbezogen. Der so ermittelte und zugrunde gelegte Rechnungszins betrug 3,0 %.

Für am Bilanzstichtag bei bestimmten langfristigen Einlagenprodukten bereits wirtschaftlich verursachte steigende Aufwendungen in der Zukunft wurden erstmals Rückstellungen in Höhe von 111 T€ gebildet. Die Berechnung erfolgte durch ein Näherungsverfahren auf Basis des konstanten Effektivzinssatzes und der am Bilanzstichtag vorhandenen Guthaben. Der Möglichkeit einer vorzeitigen Vertragsbeendigung durch den Kunden wurde mit einem geschätzten Fluktuationsabschlag in Höhe von 1,5 % Rechnung getragen.

Gemäß IDW RS BFA 3 wurde zum Bilanzstichtag auf Basis einer barwertigen Betrachtungsweise unter Berücksichtigung voraussichtlich noch anfallender Risiko- und Verwaltungskosten nachgewiesen, dass aus den zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs) kein Verpflichtungsüberschuss besteht. Somit war diesbezüglich keine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften erforderlich (**verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs)**). Zinsswapgeschäfte, deren Zinsbindungsdauer über den Steuerungszeitraum des Bankbuchs hinausgehen, haben wir aufgeteilt und den nicht in das Bankbuch einbezogenen Teil einzeln bewertet.

Die **strukturierten Produkte** (Festzinsdarlehen mit Verlängerungsoption für den Kunden, Festzinsdarlehen mit späterem Zinslaufbeginn und begebene Stufenzins-IHS mit Schuldnerkündigungsrecht) wurden unter Berücksichtigung des IDW RS HFA 22 einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bilanziert.

Die der Liquiditätsreserve zugeordneten **Future-Geschäfte** wurden einzeln imparitätisch bewertet.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen **Zinsswapgeschäfte und Swaptions** wurden in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Im Kundengeschäft abgeschlossene **Caps, Collars und Swaps** in Höhe von 99,4 Mio. € wurden mit zugeordneten Sicherungsgeschäften in Bewertungseinheiten (Mikro-Hedges) einbezogen. Die Sicherungsbeziehungen haben eine Ursprungslaufzeit von bis zu 30 Jahren. Soweit für Geschäfte aufgrund von Adressrisiken keine Bewertungseinheit gebildet werden konnte, wurden diese einzeln bewertet.

Hierbei folgt die handelsbilanzielle Abbildung der im Risikomanagement vorgenommenen Zusammenfassung. Sind die Voraussetzungen für eine Bewertungseinheit erfüllt, bewerten wir die zugehörigen Grund- und Sicherungsgeschäfte - soweit sich die aus dem abgesicherten Risiko ergebenden Wertentwicklungen ausgleichen - kompensatorisch. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt mit der Einfrierungsmethode. Die nicht abgesicherten Bestandteile der in die Bewertungseinheit einbezogenen Geschäfte wurden einzeln imparitätisch behandelt.

Sofern die wertbestimmenden Faktoren zwischen Grund- und Sicherungsgeschäften übereinstimmen, nutzen wir zur Darstellung der prospektiven und retrospektiven Wirksamkeit die Critical-Terms-Match-Methode.

Die Wertänderungen der abgesicherten Risiken gleichen sich vollständig aus; die Grundgeschäfte werden grundsätzlich über die gesamte Laufzeit abgesichert. Das abgesicherte Zinsänderungsrisiko beläuft sich auf insgesamt 9,8 Mio. €.

Das Währungsrisiko wird über eine **Währungsposition** als Einheit gesteuert. In diese werden die einzelnen Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten, Devisentermingeschäfte, Zins-swaps in Fremdwährung und Zins-/Währungsswaps sowie Kassageschäfte eingestellt. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB wird in Höhe der sich hierbei betragsmäßig ausgleichenden Positionen je Währung angenommen. Dem Anlagevermögen zugeordnete Investmentvermögen in fremder Währung und die zugeordneten Refinanzierungen wurden ebenfalls als besonders gedeckte Positionen behandelt.

Die Umrechnung der **auf fremde Währung lautenden Bilanzposten** und der am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte (einschließlich Sortenbestände) erfolgte mit dem Kassamittelkurs. Nicht abgewickelte Termingeschäfte wurden zu einheitlichen Kursen umgerechnet.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte wurden ebenfalls erfolgswirksam vereinnahmt. Der Ausweis der Aufwendungen und Erträge aus besonders gedeckten Positionen erfolgte saldiert je Währung im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Im Rahmen der Mindestreservehaltung und der Bargeldversorgung hat die Sparkasse im abgelaufenen Geschäftsjahr negative Zinsen an die Europäische Zentralbank gezahlt. Daneben kommt es aufgrund der augenblicklichen Zinssituation dazu, dass die Sparkasse für die Herannahme von Einlagen institutioneller Anleger beziehungsweise anderer Kreditinstitute vereinzelt eine Vergütung erhält. Diese Negativzinsen wurden mit den Zinsaufwendungen, die

üblicherweise bei derartigen Geschäftsvorfällen anfallen, verrechnet. Die Beträge sind von untergeordneter Bedeutung.

3.3.1.3 Pfandbriefgeschäft

Die Kreissparkasse Ludwigsburg hat im Geschäftsjahr 2014 weitere Pfandbriefemissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) durchgeführt. Es wurden Hypotheken-Inhaberpfandbriefe mit einem Nominalwert von 60 Mio. € platziert. Informationen zur Pfandbriefdeckungsmasse gemäß § 28 PfandBG werden vierteljährlich auf der Homepage veröffentlicht und sind im Anhang abgebildet.

Zusatzangaben nach § 35 RechKredV

Die im Deckungsregister aufgeführten Realdarlehen in Höhe von 208,2 Mio. € werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekendarlehen in Höhe von 20 Mio. € finden sich in der Bilanz unter der Position Aktiva 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgegliedert. Da die Sparkasse das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen wurden nur die Posten zusätzlich untergliedert die Pfandbriefe enthalten.

Untergliederung von Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung aufgrund des Pfandbriefgeschäftes

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	T€
Aktiva 3 Forderungen an Kreditinstitute			
a) Hypothekendarlehen	0,00		0
b) Kommunalkredite	708.879.925,82		892.803
c) andere Forderungen	36.835.372,66		37.528
		745.715.298,48	930.332
darunter:			
täglich fällig		0,00	0
gegen Beleihung von Wertpapieren		0,00	0
Aktiva 4 Forderungen an Kunden			
a) Hypothekendarlehen	2.056.686.580,87		2.052.181
b) Kommunalkredite	371.883.156,96		394.411
c) andere Forderungen	2.511.924.233,97		2.414.001
		4.940.493.971,80	4.860.593
darunter:			
gegen Beleihung von Wertpapieren		0,00	0
Aktiva 14 Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	2.807.205,30		2.555
b) andere	31.161,37		62
		2.838.366,67	2.617
Passiva 2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	15.183.073,97		15.183

b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	0,00		0
c) Spareinlagen	1.676.488.849,79		1.827.366
d) andere Verbindlichkeiten	4.701.355.874,74		4.413.611
		6.393.027.798,50	6.256.160
darunter:			
täglich fällig	3.867.002.033,05		3.536.226
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00		0
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00		0
Passiva 3 Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen			
aa) Hypothekenspfandbriefe	161.355.301,37		100.943
ab) öffentliche Pfandbriefe	0,00		0
ac) sonstige Schuldverschreibungen	101.367.049,55		53.225
		262.722.350,92	154.168
Passiva 6 Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	2.505.454,39		3.293
b) andere	886.815,21		992
		3.392.269,60	4.215

Die Angaben nach den Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG stellen sich wie folgt dar:

Die nachfolgend angegebenen Zahlenwerte beruhen jeweils auf kaufmännisch exakten Rundungen. Die ausgewiesenen Summen können daher von den bei Summierung der Einzelwerte sich ergebenden Ergebnissen geringfügig abweichen.

Durch die Änderung des Pfandbriefgesetzes ist ein Vorjahresvergleich nicht mehr bei allen Kennzahlen möglich, teilweise konnten einzelne Angaben des Vorjahres zusammengefasst werden.

Angaben zur nominalen und barwertigen Deckung (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 und 3 PfandBG)

	Umlauf Pfandbriefe Mio. €		Deckungsmasse Mio. €		Überdeckung in %	
	31.12.14	31.12.13	31.12.14	31.12.13	31.12.14	31.12.13
Nennwert	175,00	115,00	228,23	147,07	30,42	27,89
Barwert	193,83	117,71	259,50	160,24	33,88	36,13
Risikobarwert ¹ (Stresstest + 250 BP)	159,52	96,20	226,54	139,30	42,01	44,80
Risikobarwert ¹ (Stresstest - 250 BP)	204,27	138,19	267,98	176,82	31,19	27,95
Sichernde Überdeckung gem. § 4 Abs. 1 PfandBG (bezogen auf den Barwert)					11,07	9,18

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

¹ statisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

Angaben zur Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Umlauf Pfandbriefe Mio. €		Deckungsmasse Mio. €		Überhang Mio. €	
	31.12.14	31.12.13	31.12.14	31.12.13	31.12.14	31.12.13
bis zu 6 Monaten	0,00	0,00	8,89	7,57	8,89	7,57
6 Monate bis zu 12 Monaten	0,00		6,96		6,96	
12 Monate bis zu 18 Monaten	0,00	0,00	11,86	8,05	11,86	8,05
18 Monate bis zu 2 Jahren	0,00		5,14		5,14	
2 Jahre bis zu 3 Jahren	0,00	0,00	13,53	7,93	13,53	7,93
3 Jahre bis zu 4 Jahren	0,00	0,00	9,94	8,86	9,94	8,86
4 Jahre bis zu 5 Jahren	0,00	0,00	19,67	6,61	19,67	6,61
5 Jahre bis zu 10 Jahren	175,00	115,00	137,26	100,32	-37,74	-14,68
ab 10 Jahre	0,00	0,00	14,98	7,73	14,98	7,73

Weitere Deckungswerte (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 bis 11 PfandBG)

Zur Einhaltung von § 4 Abs. 1 PfandBG (sichernde Überdeckung) haben wir weitere Deckungswerte im Nominalwert von 20 Mio. € in unser Deckungsregister aufgenommen. Sie erfüllen die Anforderungen an § 19 Abs. 1 Nr. 2 und 3 PfandBG. Die Schuldner der genannten Deckungswerte haben ihren Sitz im Inland (10 Mio. €) bzw. in Luxemburg (10 Mio. €).

Zusammensetzung der in das Deckungsregister eingetragenen Forderungen	31.12.14	31.12.13
Sichernde Überdeckung nach § 4 PfandBG in Mio €	20,00	10,00
Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs in % vom Nennwert	11,43	8,70
davon in Deckungswerten gem. § 4 Abs. 1 PfandBG in %	11,43	8,70

	in %	
	31.12.14	31.12.13
Prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte an der Deckungsmasse	98,93	n.v.
Prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe an den zu deckenden Verbindlichkeiten	100,00	n.v.

	Mio. €	
	31.12.14	31.12.13
Überschreibungsbetrag hypothekarischer Deckung in Staaten, bei denen das Pfandbriefgläubigervorrecht nicht sichergestellt ist (§ 13 Abs. 1 PfandBG)	0,00	n.v.

	Jahre	
	31.12.14	31.12.13
volumengewichteter Durchschnitt der seit Kreditvergabe verstrichenen Laufzeit für die zur Deckung nach § 12 Abs. 1 PfandBG verwendeten Forderungen	3,81	n.v.

In den Deckungswerten sind keine Fremdwährungen enthalten. Angaben nach § 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG waren nicht erforderlich.

Zusammensetzung der Deckungsmasse (§ 28 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG)

Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	Mio. €		Anteil am Gesamtbetrag der Deckungsmasse insgesamt ¹ in %	
	31.12.14	31.12.13	31.12.14	31.12.13
nach Größenklassen				
bis einschließlich 300 T€	156,36	115,90	-	-
mehr als 300 T€ bis einschließlich 1 Mio. €	22,39	21,17	-	-
mehr als 1 Mio. € bis einschließlich 10 Mio. €	29,48		-	-
mehr als 10 Mio. €	0,00	0,00	-	-
nach Nutzungsart (I) in Deutschland				
wohnwirtschaftlich	164,35	120,79	-	-
gewerblich	43,88	16,28	-	-
nach Nutzungsart (II) in Deutschland				
Eigentumswohnungen	63,27	52,33	27,72	35,58
Ein- und Zweifamilienhäuser	83,82	68,46	36,73	46,55
Mehrfamilienhäuser	17,25		7,56	
Bürogebäude	9,74	1,33	4,27	0,90
Handelsgebäude	0,10	0,35	0,04	0,24
Industriegebäude	21,05	3,12	9,22	2,12
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	13,00	11,49	5,69	7,81
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,00	0,00	0,00	0,00
Bauplätze	0,00	0,00	0,00	0,00

Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückssicherheiten.

¹ Darin enthalten sind 20,00 Mio. € sonstige Deckungswerte.

Übersicht über rückständige Forderungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG)

Verteilung nach Staaten in Mio. €	mindestens 90 Tage rückständige Leistungen		Forderungen mit mindestens 5 % Rückstandsbetrag	
	31.12.14	31.12.13	31.12.14	31.12.13
Deutschland	0,00	0,00	0,00	n.v.
Summe	0,00	0,00	0,00	n.v.

Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf (§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG)

	in %	
	31.12.14	31.12.13
Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	48,94	n.v.

Weitere Angaben (§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG)

	Wohnwirtschaftlich Mio. €		gewerblich Mio. €	
	31.12.14	31.12.13	31.12.14	31.12.13
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0	0	0	0
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zur Jahresbilanz

AKTIVSEITE

31.12.2014 31.12.2013
T€ T€

FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE

In dieser Position sind enthalten:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	88.048	199.495
darunter: Forderungen an die eigene Girozentrale	81.772	193.226

Die Unterposition b) - andere Forderungen - (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	5.478
mehr als drei Monate bis ein Jahr	18.637
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	155.520
mehr als fünf Jahre	529.000

FORDERUNGEN AN KUNDEN

In dieser Position sind enthalten:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	180.318	210.134
Nachrangige Forderungen	375	870

Diese Position (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	300.844
mehr als drei Monate bis ein Jahr	331.624
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.191.663
mehr als fünf Jahre	2.835.448
mit unbestimmter Laufzeit	271.972

SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

In dieser Position sind enthalten:

Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	107.370	273.000
---	---------	---------

Von den in dieser Position enthaltenen Wertpapieren sind 2.001.936 T€ börsennotiert.

In Unterposition b) – Anleihen und Schuldverschreibungen – sind enthalten:

Nachrangige Forderungen	753	1.280
-------------------------	-----	-------

AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

In dieser Position sind enthalten:

Anteile an Investmentvermögen

An den folgenden Investmentvermögen halten wir mehr als 10 % der Anteile:

Anlageziel Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert T€	Buchwert T€	Ausschüttungen im Geschäftsjahr T€	Tägliche Rückgabe möglich
<u>Gemischte Fonds</u>				
A-LBA	197.109	186.953	4.225	ja
LBBW AM KLB	144.902	112.446	5.533	ja

A-KLB	149.230	116.752	3.382	ja
A-KLB-R1	139.555	125.887	3.281	ja
A-KLB-R2	135.377	125.454	3.203	ja
A-KLB-R3	131.096	125.990	4.410	ja
A-KLB-R4	130.378	127.340	4.280	ja
A-KLB-R5	142.676	133.635	4.772	ja
A-KLB-R6	142.620	130.353	4.007	ja
A-KLB-R7	270.636	236.468	3.475	ja
<u>Immobilien Fonds</u>				
A-KLB-Immo-Fonds	266.759	258.951	2.443	ja

Aufgrund der Anpassung des § 17 RechKredV wurden in Folge der neuen Definition des „Investmentvermögens“ im Sinne des § 1 Abs. 1 KAGB erstmals Vermögensgegenstände in Höhe von 13.720 T€ (Vorjahr: 20.524 T€) in dem Bilanzposten A 6 erfasst, die bisher in Aktiva 7 ausgewiesen wurden. Die Vorjahreszahlen wurden nicht angepasst.

HANDELSBESTAND

Der Handelsbestand besteht ausschließlich aus anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren.

TREUHANDVERMÖGEN

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellte in voller Höhe Forderungen an Kunden (Aktivposten 4) dar.

	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
SACHANLAGEN		
In dieser Position sind enthalten:		
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	95.375	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.914	
SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
In dieser Position sind enthalten:		
Stille Beteiligung mit Nachrangabrede	6.853	7.345
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
In dieser Position sind enthalten:		
Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	1.530	643
Unterschiedsbetrag zwischen Erfüllungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Anleihen	1.249	1.871

MEHRERE POSITIONEN BETREFFENDE ANGABEN

Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung

65.883

ANLAGENSPIEGEL

In nachstehenden Positionen enthaltenes Anlagevermögen	Anschaffungs-/Herstellungskosten	Veränderungen während des Geschäftsjahres				Abschreibungen und Wertberichtigungen insgesamt	Bilanzwert am Jahresende	Bilanzwert am Vorjahresende	Abschreibungen und Wertberichtigungen des Geschäftsjahres
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen				
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Immaterielle Anlagewerte	1.995	98	9	-	-	1.830	254	294	138
Sachanlagen	276.268	6.893	3.196	-	-	161.943	118.022	118.801	7.499
		Veranderungssaldo (§ 34 Abs. 3 RechKredV)				(ohne anteilige Zinsen)			
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		+100.326					272.671	172.345	
Beteiligungen		-20.524					80.135	100.659	
Anteile an verbundenen Unternehmen		0					9.628	9.628	
Sonstige Vermögensgegenstände		0					6.743	6.743	

PASSIVSEITE

31.12.2014
T€

31.12.2013
T€

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	639.459	749.909
darunter: Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	639.459	749.909

Der Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögensgegenstände für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten beläuft sich auf insgesamt	521.948
--	---------

Die Unterposition b) - mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	20.846
mehr als drei Monate bis ein Jahr	200.315
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	905.077
mehr als fünf Jahre	227.582

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.971	5.590
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.372	2.064

Die Unterposition ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	49.802
mehr als drei Monate bis ein Jahr	715.018
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	152.386
mehr als fünf Jahre	16.317

Die Unterposition bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	598.386
mehr als drei Monate bis ein Jahr	149.808
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	51.636
mehr als fünf Jahre	46.971

31.12.2014	31.12.2013
T€	T€

VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	91.110	60.747
---	--------	--------

In Unterposition a) - begebene Schuldverschreibungen - enthaltene Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	362
---	-----

TREUHANDVERBINDLICHKEITEN

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivposten 1).

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In dieser Position sind enthalten:

Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	2.393	3.232
--	-------	-------

MEHRERE POSITIONEN BETREFFENDE ANGABEN

Von den Verbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung	64.671
--	--------

PASSIVSEITE UNTER DEM STRICH

ANDERE VERPFLICHTUNGEN

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen waren im Vorjahr 263,0 Mio. € noch nicht eingeforderte Zusagen aus geschlossenen Immobilienfonds ausgewiesen, die jetzt als sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3a HGB eingestuft werden.

3.3.1.4 Sonstige Angaben

ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

An folgendem Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20 %:

Name, Sitz	Höhe des Kapitalanteils %	Eigenkapital T€	Jahresfehlbetrag T€
SVB-Sparkassen-Versicherung Beteiligungs-GmbH Nr. 1, Stuttgart	24,1	164.276 (30.09.2014)	3 (2013/2014)

Der übrige Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 und Nr. 11a HGB ist für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

Der Sparkassenverband Baden-Württemberg hat sich zusammen mit den weiteren Trägern quotal entsprechend seinem Stammkapitalanteil im Geschäftsjahr 2009 an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital für die Landesbank Baden-Württemberg beteiligt und eine Rückgarantie zusammen mit der Stadt Stuttgart gegenüber dem Land Baden-Württemberg aus einer Risikoimmunisierungsaktion für die Landesbank Baden-Württemberg übernommen. Als Mitglied dieses Verbandes sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Dies gilt auch für den Fall, dass die zufließenden Erträge die aus den im Rahmen dieser Konstruktionen möglicherweise entstehenden Aufwendungen nicht abdecken. Ein akutes Risiko der Inanspruchnahme aus diesen Verpflichtungen über die Verbandsumlage ist derzeit nicht erkennbar.

Als Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg und des überregionalen Sicherungssystems der Deutschen Sparkassenorganisation werden sämtliche Kundenansprüche in voller Höhe sichergestellt. Aus der Verpflichtung, im eventuellen Stützungsfall eines angeschlossenen Instituts gegebenenfalls Nachschusszahlungen zu leisten, ist derzeit nicht mit einer konkreten Inanspruchnahme zu rechnen.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Für die Geschäftsjahre bis einschließlich 2016 der Erwerbsgesellschaft besteht eine Rückstellung in Höhe von 3.901 T€.

3.3.1.5 Derivate Finanzinstrumente

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte gliedern sich wie folgt:

	Nominalbeträge in Mio. €			
	nach Restlaufzeiten			Insgesamt
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	
Zinsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Zinsswaps	817,5	1.113,0	137,4	2.067,9
Caps, Collars (Käufe)	0,9	15,7	1,6	18,2
Caps, Collars (Verkäufe)	0,9	15,7	1,6	18,2
Swaptions (Käufe)	9,4	3,9	0,0	13,2
Börsengehandelte Produkte				
Eurex-Zins-Futures	150,0	0,0	0,0	150,0
Währungsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Zins-/Währungsswaps	0,0	0,0	1,8	1,8
Devisentermingeschäfte	82,4	15,9	0,0	98,3
- Insgesamt	1.061,0	1.164,2	142,4	2.367,6

Bei den zinsbezogenen Termingeschäften handelt es sich nahezu ausschließlich um Deckungsgeschäfte. Devisentermingeschäfte wurden ausschließlich als gedeckte Auftragsgeschäfte mit Dienstleistungscharakter abgeschlossen.

Bei den Kontrahenten im Derivategeschäft per 31. Dezember 2014 handelte es sich um deutsche Kreditinstitute.

Daneben wurden Swaps, Caps, Collars, Zins-/Währungsswaps sowie Devisentermingeschäfte mit Kunden abgeschlossen.

Für die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivate, die nicht einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB zugeordnet sind, ergeben sich folgende zusätzliche Angaben nach § 285 Nr. 19 HGB:

	Nominalbeträge in Mio. €	Zeitwerte in T€ ²		Buchwerte in T€	
		+	./.	Options- prämie	Rückstellung (P7)
Zinsbezogene Geschäfte					
OTC-Produkte					

	Zinsswaps	1.867,4	25.933	51.462 ³		
	Swaptions (Käufe)	13,2	2	0	(A13)	425
-	Insgesamt	1.880,6	25.935	51.462		

Bei börsengehandelten derivativen Finanzprodukten und Geschäften, die am Interbankenmarkt gehandelt werden, werden Marktwerte als Zeitwerte ausgewiesen (Mark-to-Market-Bewertung). Dagegen werden bei OTC-gehandelten derivativen Finanzinstrumenten theoretisch ermittelte Werte als Zeitwerte angesetzt (Mark-to-Model-Bewertung).

Bei der Mark-to-Model-Bewertung wird bezüglich der derivativen Finanzinstrumente wie folgt verfahren:

Zinsswaps werden in die Basisbestandteile Kuponanleihe und Floater zerlegt und unter Zugrundelegung entsprechender Zinsstrukturkurven getrennt bewertet. Der Barwert des Swaps ergibt sich dabei aus der Differenz der Barwerte der beiden Basisprodukte.

Für Swaptions werden die ausgewiesenen Zeitwerte mittels des Black/Scholes-Modells in der jeweils erforderlichen Modifikation berechnet. Grundlagen der Bewertung waren insbesondere der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die Volatilitäten.

Am Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Devisentermingeschäfte im Nominalvolumen von 98,3 Mio. €. Diese Geschäfte wurden ausschließlich als gedeckte Auftragsgeschäfte mit Dienstleistungscharakter mit inländischen Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die Geschäfte weisen saldiert einen Zeitwert von 0 € aus.

3.3.1.6 Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz bestanden zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 408 T€ durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Ein Ausweis passiver latenter Steuern war insoweit nicht erforderlich. Auf den Ansatz aktiver latenter Steuern hat die Sparkasse entsprechend § 274 Abs. 1 HGB verzichtet. Die künftigen Steuerbelastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden bei Sachanlagen, Beteiligungen und Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 6b EStG). Die zum Ausgleich der künftigen Steuerbelastungen benötigten absehbaren künftigen Steuerentlastungen ergeben sich aus unterschiedlichen bilanziellen Ansätzen bei den Rückstellungen. Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 28,80 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit einem Steuersatz von 15,825 % berücksichtigt.

3.3.1.7 Abschlussprüferhonorare

Für das Geschäftsjahr wurden von unserem Abschlussprüfer für folgende Leistungen Honorare berechnet:

³ Diese in die Zinsbuchsteuerung einbezogenen Derivate wurden, bei langlaufenden Swaps teilweise, bei der verlustfreien Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) berücksichtigt (vgl. Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden") und waren insoweit nicht gesondert zu bewerten.

² ohne anteilige Zinsen

	T€
für die Abschlussprüfung	230
für andere Bestätigungen	32
für die Steuerberatung	4

Organe der Kreissparkasse Ludwigsburg

Verwaltungsrat		
Vorsitzender	Dr. Rainer Haas	Landrat
1. Stellvertreter des Vorsitzenden	Manfred List	Oberbürgermeister i. R. (bis 24.09.2014 – danach ordentliches Mitglied des Verwaltungsrats)
1. Stellvertreter des Vorsitzenden	Manfred Hollenbach	MdL, Bürgermeister i. R. (ab 24.09.2014 – zuvor ordentliches Mitglied des Verwaltungsrats)
2. Stellvertreter des Vorsitzenden	Rainer Gessler	Bauingenieur, Geschäftsstellenleiter „Nachhaltig mobile Region Stuttgart“
Mitglieder	Barbara Bader	Sonderschullehrerin (ab 24.09.2014)
	Markus Bott	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Ralf Braico	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Sonja Ernst	Sparkassenangestellte, KSK Ludwigsburg (ab 24.09.2014)
	Monika Falke	Sparkassenangestellte, KSK Ludwigsburg (bis 24.09.2014)
	Helmut Fischer	Kriminalhauptkommissar a. D.
	Thomas Fritz	Geschäftsführer Ensinger Mineral-Heilquellen GmbH (bis 24.09.2014)
	Siegbert Hörer	Vorstand Bezirksbaugenossenschaft Altwürttemberg i. R.
	Hermann Hofmeister	Geschäftsführender Gesellschafter eines Unternehmens der Einrichtungsbranche i. R. (bis 24.09.2014)
	Heinz Kälberer	Oberbürgermeister i. R.
	Jürgen Kessing	Oberbürgermeister der Stadt Bietigheim-Bissingen
	Bernd Kirnbauer	Schreinermeister, Geschäftsführer der Bernd Kirnbauer Bau- und Objekt GmbH (bis 24.09.2014)
	Franz Koch	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg (bis 24.09.2014)
	Gerd Maisch	Oberbürgermeister der Stadt Vaihingen (ab 24.09.2014)
Reinhold Noz	Elektromeister (ab 24.09.2014)	

	Thomas Nitz	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Andrea Philipp	Sparkassenangestellte, KSK Ludwigsburg (bis 24.09.2014)
	Hans Schmid	Bürgermeister der Stadt Ludwigsburg a. D.
	Marc Stotz	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg (ab 24.09.2014)
	Manfred Zimmermann	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg (ab 24.09.2014)

Vorstand	
Vorsitzender	Dr. Heinz-Werner Schulte
Mitglieder	Dieter Wizemann
	Thomas Raab

Eines unserer Vorstandsmitglieder hat Aufsichtsratsmandate bei folgenden großen Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Name, Sitz
Württembergische Gemeindeversicherung a. G., Stuttgart
SV Sparkassen-Versicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

3.3.1.8 Bezüge und Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 1.607 T€ gewährt.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes beziehungsweise deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge in Höhe von 574 T€ gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.333 T€.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 173 T€.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite in Höhe von 638 T€ gewährt.

An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Kredite in Höhe von 2.382 T€ vergeben.

3.3.1.9 MITARBEITER/-INNEN

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	Anzahl
--	---------------

Vollzeitkräfte	1.055
Teilzeitkräfte	439
Auszubildende	201
Insgesamt	1.695

Ludwigsburg, den 18. März 2015

Der Vorstand

Dr. Schulte

Wizemann

Raab

3.3.1.10 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Ludwigsburg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 27. März 2015

Sparkassenverband Baden-Württemberg
- Prüfungsstelle-

Witt
Wirtschaftsprüfer

Roth
Wirtschaftsprüfer

4 Wertpapierbeschreibung für Schuldverschreibungen der Kreissparkasse Ludwigsburg
--

4.1 Beschreibung der Schuldverschreibungen

4.1.1 Allgemeines

Die nachfolgenden Informationen geben einen Überblick über wesentliche Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen. Da die Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen sowie die endgültigen Angebotsbedingungen erst bei deren Ausgabe festgelegt werden können, müssen diese Informationen sowie die nachfolgend abgedruckten Anleihebedingungen im Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen, die diesen Prospekt ergänzen, gelesen werden, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen jeweils gemäß § 14 Wertpapierprospektgesetz veröffentlicht werden.

Die Emittentin beabsichtigt, im Rahmen eines Angebotsprogramms Emissionen von Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung, ohne periodische Verzinsung, mit variabler Verzinsung oder mit Reverse Floating Verzinsung, jeweils mit oder ohne Kündigungsrecht der Emittentin, jeweils mit und ohne Nachrangabrede zu begeben.

4.1.2 Produktspezifische Beschreibung der Schuldverschreibungen

Die Beschreibung der Schuldverschreibungen erfolgt in der genannten Reihenfolge:

- (i) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Verzinsung
- (ii) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag ohne periodische Verzinsung
- (iii) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit variabler Verzinsung
- (v) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit Reverse Floating Verzinsung

In jedem Fall erfolgt die Rückzahlung am Ende der Laufzeit immer zu mindestens 100 % des Nennwertes.

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und fester Verzinsung begeben wird. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt einen jährlichen festen Zins in einer in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Höhe. Die Schuldverschreibung ist mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und fester Verzinsung begeben wird. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt einen jährlichen festen Zins in einer in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Höhe. Auf Grund

der Nachrangigkeit wird das auf die Schuldverschreibung eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag ohne periodische Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und ohne periodische Verzinsung begeben wird. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt keine Zinsen. Die Rendite ergibt sich aus der Differenz zwischen Kaufpreis und Rückzahlung Nennbetrag. Die Schuldverschreibung ist mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag ohne periodische Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und ohne periodische Verzinsung begeben wird. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt keine Zinsen. Die Rendite ergibt sich aus der Differenz zwischen Kaufpreis und Rückzahlung Nennbetrag. Auf Grund der Nachrangigkeit wird das auf die Schuldverschreibung eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit variabler Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und variabler Verzinsung begeben wird. Der jeweilige Zinssatz entspricht dem jeweiligen Referenzzinssatz (dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Euribor®-Satz) am jeweiligen Zinsfestlegungstag, abzüglich eines Abschlags. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt zu den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Zinszahlungstagen einen Zins, dessen Höhe von dem ebenfalls in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Referenzzinssatz abhängig ist. Die Schuldverschreibung ist mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen. Ein Zinssatz von Null kann nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt.

Nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit variabler Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und variabler Verzinsung begeben wird. Der jeweilige Zinssatz entspricht dem jeweiligen Referenzzinssatz (dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Euribor®-Satz) am jeweiligen Zinsfestlegungstag, abzüglich eines Abschlags. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt zu den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Zinszahlungstagen einen Zins, dessen Höhe von dem ebenfalls in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Referenzzinssatz abhängig ist. Auf Grund der Nachrangigkeit wird das auf die Schuldverschreibung eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet. Ein Zinssatz von Null kann nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt.

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit Reverse Floating Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und Reverse Floating Verzinsung begeben wird. Der jeweilige variable Zinssatz ergibt sich dabei aus der Differenz zwischen einem in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Prozentsatz und dem Referenzzinssatz (dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Euribor®-Satz) am jeweiligen Zinsfestlegungstag. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt zu den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Zinszahlungstagen einen Zins, dessen Höhe von dem ebenfalls in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Referenzzinssatz abhängig ist. Ein negativer RF-Zinssatz kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt. Die Schuldverschreibung ist mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit Reverse Floating Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und Reverse Floating Verzinsung begeben wird. Der jeweilige variable Zinssatz ergibt sich dabei aus der Differenz zwischen einem in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Prozentsatz und dem Referenzzinssatz (dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Euribor®-Satz) am jeweiligen Zinsfestlegungstag. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt zu den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Zinszahlungstagen einen Zins, dessen Höhe von dem ebenfalls in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Referenzzinssatz abhängig ist. Ein negativer RF-Zinssatz kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt. Auf Grund der Nachrangigkeit wird das auf die Schuldverschreibung eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.

Kündigungsrecht bei Eintritt eines Regulatorischen Ereignisses

Die Emissionsbedingungen von nachrangigen Schuldverschreibungen können ein vorzeitiges Kündigungsrecht der Emittentin vorsehen, wenn die Emittentin aufgrund einer Änderung aufsichts- und/oder bilanzrechtlicher Bestimmungen oder ihrer praktischen Anwendung durch die jeweils zuständige Behörde nicht mehr berechtigt ist, die nachrangigen Schuldverschreibungen als Ergänzungskapital zu behandeln. Übt die Emittentin nach Eintritt eines Regulatorischen Ereignisses das vorzeitige Kündigungsrecht aus, werden die Schuldverschreibungen am maßgeblichen Vorzeitigen Fälligkeitstag zum Nennbetrag zuzüglich der bis zum maßgeblichen Vorzeitigen Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufenen Zinsen zurückgezahlt.

4.2 Wichtige Angaben

4.2.1 Interessen – einschließlich der Interessenkonflikte

Die Emittentin ist berechtigt, Schuldverschreibungen für eigene Rechnung oder für Rechnung Dritter zu kaufen und zu verkaufen und weitere Schuldverschreibungen zu begeben. Die Emittentin wird überdies täglich an den internationalen und deutschen Geld- und Kapitalmärkten tätig. Sie kann daher für eigene Rechnung oder für Kundenrechnung Geschäfte abschließen, an denen Anlagewerte direkt oder indirekt beteiligt sind, und sie kann in Bezug auf diese Geschäfte auf dieselbe Weise handeln, wie wenn die Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen nicht ausgegeben worden wären. Es bestehen insofern keine für die Emission oder das Angebot wesentlichen Interessen bzw. Interessenskonflikte.

Bei nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen: Die Emittentin hat ein wesentliches Interesse an der Emission, da die Schuldverschreibungen Instrumente des Ergänzungskapitals der Emittentin darstellen.

Bei nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen: Die Emittentin hat ein wesentliches Interesse an der Emission.

4.2.2 Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses

Der Emissionserlös aus der Begebung von Schuldverschreibungen wird von der Emittentin für die Finanzierung ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit verwendet.

4.3 Angaben über die anzubietenden nachrangigen oder nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester, ohne periodische, mit variabler oder mit Reverse Floating Verzinsung, mit oder ohne Kündigungsrecht

4.3.1 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Kreissparkasse Ludwigsburg handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen der in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Serie.

Die Schuldverschreibungen haben den in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen ISIN-Code und die in den Endgültigen Bedingungen vorgesehene WKN.

4.3.2 Anwendbares Recht

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

4.3.3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen, gegebenenfalls samt Zinsansprüchen, sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin. Die Zahlstelle ist die Kreissparkasse Ludwigsburg.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen oder gegebenenfalls Zinnscheinen werden nicht ausgestellt.

4.3.4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in der in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Währung begeben.

4.3.5 Status und Rang

Die Schuldverschreibungen werden als nachrangige oder nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben. Die Schuldverschreibungen einer Serie sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

Werden die Schuldverschreibungen als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, sind sie mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Werden die Schuldverschreibungen als nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, wird das auf sie eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.

Werden nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben sind Sie mit allen anderen nicht besicherten und nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, es sei denn, der Rang innerhalb des Nachrangs wird durch eine gesetzliche Regelung anders bestimmt.

Die nachrangigen Schuldverschreibungen stellen für die Emittentin Instrumente des Ergänzungskapitals im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 dar.

4.3.6 Kündigungsrecht der Emittentin

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass kein ordentliches Kündigungsrecht besteht oder dass ein ordentliches Kündigungsrecht der Emittentin besteht.

4.3.7 Verzinsung

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung, ohne periodische Verzinsung, mit variabler Verzinsung bzw. mit Reverse Floating Verzinsung in Abhängigkeit von einem Referenzzinssatz begeben werden.

Die Endgültigen Bedingungen legen die Zinslaufperioden fest. Sofern in den Endgültigen Bedingungen eine Kombination der nachfolgenden Verzinsungsmöglichkeiten vorgesehen ist, wird jeder Zeitraum mit einer dieser Verzinsungsmöglichkeiten als Zinslaufperiode bezeichnet. In diesem Fall legen die Endgültigen Bedingungen zusätzlich den Beginn und das Ende der verschiedenen Zinslaufperioden fest.

Im Fall von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung bzw. mit Reverse Floating Verzinsung in Abhängigkeit von einem Referenzzinssatz legen die Endgültigen Bedingungen den Referenzzinssatz fest.

Zinsobergrenze (Cap)

Die Emissionsbedingungen können für eine, mehrere oder alle Zinsperioden eine Zinsobergrenze (Cap) vorsehen, wobei die Zinsobergrenze (Cap) für die einzelnen Zinsperioden eine unterschiedliche Höhe aufweisen kann. Dies bedeutet, dass die Verzinsung der Schuldverschreibungen auf einen bestimmten Prozentsatz nach oben begrenzt ist und Schuldverschreibungsgläubiger daher nicht an einer für sie günstigen Entwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes partizipieren, die zu einem Zinssatz über der Zinsobergrenze (Cap) führen würde.

Zinsuntergrenze (Floor)

Die Emissionsbedingungen können für eine, mehrere oder alle Zinsperioden eine Zinsuntergrenze (Floor) vorsehen, wobei die Zinsuntergrenze (Floor) für die einzelnen Zinsperioden eine unterschiedliche Höhe aufweisen kann. In diesem Fall werden die Schuldverschreibungen mindestens in Höhe des in den Emissionsbedingungen festgelegten Prozentsatzes verzinst. Dies gilt unabhängig von der Entwicklung des Referenzzinssatzes.

Kombination aus Zinsuntergrenze und Zinsobergrenze (Collar)

Die Emissionsbedingungen der variabel verzinslichen Schuldverschreibungen können für eine, mehrere oder alle Zinsperioden eine Kombination aus einer Zinsuntergrenze und Zinsobergrenze (Collar) vorsehen, wobei die Zinsuntergrenze (Floor) und/oder die Zinsobergrenze (Cap) für die einzelnen Zinsperioden unterschiedliche Höhen aufweisen können. Der Zinssatz kann in diesem Fall unabhängig von der Entwicklung des Referenzzinssatzes nicht unter die Zinsuntergrenze fallen. Gleichzeitig ist die Verzinsung der Schuldverschreibungen auf einen bestimmten Prozentsatz nach oben begrenzt. Schuldverschreibungsgläubiger partizipieren daher nicht an einer für sie günstigen Entwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes, die zu einem Zinssatz über der Zinsobergrenze führen würde.

Für die Zinszahlungen gilt die gesetzliche Verjährungsfrist.

4.3.8 Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % an dem in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Fälligkeitstag oder, sofern die Endgültigen Bedingungen vorsehen, dass die Emittentin über ein Kündigungsrecht verfügt und die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag zurückgezahlt (siehe auch Abschnitt 4.4.6).

Die zu zahlenden Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 10 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche auf Kapitalrückzahlungen aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an. Die Verjährungsfristen für Ansprüche auf Kapitalrückzahlungen auf Schuldverschreibungen und für Ansprüche auf Zinszahlungen (siehe Abschnitt 4.4.7) stehen unabhängig nebeneinander.

4.3.9 Rendite

Im Fall von fest verzinslichen Schuldverschreibungen wird die Emissionsrendite in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt, bei variabel verzinslichen Geldanlagen ist dies zum betreffenden Zeitpunkt nicht möglich.

4.3.10 Ermächtigung

Aufgrund des Grundsatz-Beschlusses Nr. 137/1994 vom 22.12.1994 begibt die Kreissparkasse Ludwigsburg mit Sitz in Ludwigsburg Schuldverschreibungen.

4.3.11 Emissionstermin

Die Schuldverschreibungen werden voraussichtlich an dem in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Emissionstermin erstmalig emittiert.

4.3.12 Übertragbarkeit der Wertpapiere

Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG übertragbar.

Es bestehen keine Übertragungsbeschränkungen.

4.3.13 Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland besteht zum Datum dieses Prospektes keine gesetzliche Verpflichtung der Emittentin zur Einbehaltung oder zum Abzug von Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art auf Kapital und/oder Zinsen der Inhaberteilschuldverschreibungen (Quellensteuer). Hiervon zu unterscheiden ist die Zinsabschlagsteuer, für deren Einbehaltung die auszahlende Stelle verantwortlich ist. Eine über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Verpflichtung wird von der auszahlenden Stelle nicht übernommen und die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung oder den Abzug von Steuern an der Quelle.

Potenziellen Anlegern der Schuldverschreibungen wird daher geraten, ihren eigenen steuerlichen Berater zur Klärung der steuerlichen Konsequenzen zu konsultieren, die aus dem Kauf, Halten und der Veräußerung der Schuldverschreibungen folgen.

4.3.14 Verkaufsbeschränkungen

Die Weitergabe dieses Prospekts und das Angebot der Schuldverschreibungen können in bestimmten Rechtsordnungen gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Die Emittentin geht davon aus, dass Personen, die in den Besitz dieses Prospektes gelangen, sich über solche Beschränkungen informieren und diese beachten.

Insbesondere wurden und werden die Schuldverschreibungen nicht gemäß dem United States Securities Act von 1933 registriert. Sie dürfen weder unmittelbar noch mittelbar zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an oder für Rechnung oder zu Gunsten von Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika angeboten oder verkauft werden. Ein Angebot, Verkauf, Weiterverkauf, Handel oder eine Lieferung, sei es unmittelbar oder mittelbar, innerhalb der Vereinigten Staaten oder an, für Rechnung oder zugunsten von US-Personen erkennt die Emittentin nicht an. Eine gegen diese Beschränkung verstoßende Transaktion kann eine Verletzung des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika darstellen. Die Emittentin ist hierfür nicht verantwortlich.

4.3.15 Kategorien potenzieller Investoren

Die Endgültigen Bedingungen legen fest, ob die Schuldverschreibungen nur an Privatanleger oder an Privatanleger und institutionelle Investoren in der Bundesrepublik verkauft werden.

4.3.16 Zulassung zum Handel

Die Schuldverschreibungen werden nicht in den Freiverkehr einbezogen oder zum Handel im regulierten Markt einer Börse zugelassen.

4.4 Zusätzliche Informationen

4.4.1 Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden

In die Endgültigen Bedingungen einer Emission werden alle noch ausstehenden Informationen zu den Schuldverschreibungen und des jeweiligen Angebots, wie Verzinsung, Laufzeit, gegebenenfalls vorzeitige Rückzahlungstag(e), Fälligkeit, Emissionsvolumen, Beginn des öffentlichen Angebots, Verkaufskurs und Mindestzeichnung, aufgenommen. Die Endgültigen Bedingungen enthalten somit alle wirtschaftlichen Daten der jeweiligen Emission.

4.4.2 Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen

Dieser Prospekt wird nach seiner Billigung bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und unverzüglich, spätestens einen Werktag vor Beginn des öffentlichen Angebots gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. a Wertpapierprospektgesetz auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht.

Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots veröffentlicht und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt. Die Veröffentlichung erfolgt auf der Internetseite der Emittentin. Die Hinterlegung der Endgültigen Bedingungen des Angebots bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erfolgt am Tag ihrer Veröffentlichung.

Die gedruckten Fassungen des Prospekts und der Endgültigen Bedingungen sind, ebenso wie eine konsolidierte Fassung der Anleihebedingungen, während der üblichen Öffnungszeiten bei der Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg, kostenlos erhältlich.

4.4.3 Zustimmung zur Prospektnutzung

Die Emittentin hat keine Zustimmung zur Verwendung dieses Prospekts durch Finanzintermediäre erteilt.

4.4.4 Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen

An der Emission ist kein Berater beteiligt.

4.4.5 Korrekte Wiedergabe von Informationen Dritter

Die Informationen, die von Seiten Dritter übernommen wurden, wurden korrekt wiedergegeben und — soweit bekannt und aus den von dieser dritten Partei übermittelten Informationen abgeleitet werden konnte — wurden keine Fakten unterschlagen, die die reproduzierten Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

4.5 Konditionen des Angebots

Die Endgültigen Bedingungen enthalten Angaben zu folgenden Punkten:

- Bedingungen des Angebots
- Gesamtsumme der Emission
- Angebotszeitraum
- Beschreibung des Antragsverfahrens
- Beschreibung der Möglichkeit zur Reduzierung der Zeichnungen und des Verfahrens für die Erstattung des zu viel gezahlten Betrags an die Antragsteller
- Mindest- und/oder maximale Zeichnungshöhe
- Methode und Fristen für die Bedienung der Wertpapiere und ihre Lieferung
- Beschreibung der Modalitäten und des Termins für die öffentliche Bekanntgabe der Angebotsergebnisse
- Angabe der verschiedenen Anlegerkategorien, denen die Wertpapiere angeboten werden
- Verfahren für die Benachrichtigung der Zeichner über den ihnen zugeteilten Betrag und Hinweis darauf, ob mit dem Handel schon vor einer solchen Benachrichtigung begonnen werden kann
- Angabe des Preises, zu dem die Wertpapiere voraussichtlich angeboten werden
- Angabe etwaiger Kosten und Steuern, die speziell dem Zeichner oder Käufer in Rechnung gestellt werden
- Name und Anschrift der Zahl- und Verwahrstellen

5 Anleihebedingungen

§ 1 Nennbetrag

Die Emission der Kreissparkasse Ludwigsburg (die „Emittentin“) im Gesamtnennbetrag von • (in Worten •) ist eingeteilt in • auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen (die „Schuldverschreibungen“) im Nennbetrag von je •.

§ 2 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Kreissparkasse Ludwigsburg handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen, Serie •.

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code • und die WKN •.

§ 3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn (die „Clearstream Banking AG“), hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu, die gemäß den Regeln und Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden können. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen oder Zinsscheinen werden nicht ausgestellt.

§ 4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in • begeben.

§ 5 Kündigungsrecht der Emittentin, Bankgeschäftstag

[Die Kündigung der Schuldverschreibungen seitens der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum • ([jeweils] der „ vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin • Bankgeschäftstage vor dem jeweiligen vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 bekannt machen.]

[Kündigungsrecht bei Eintritt eines Regulatorischen Ereignisses

Die Emissionsbedingungen von nachrangigen Schuldverschreibungen können ein vorzeitiges Kündigungsrecht der Emittentin vorsehen, wenn die Emittentin aufgrund einer Änderung aufsichts- und/oder bilanzrechtlicher Bestimmungen oder ihrer praktischen Anwendung durch die jeweils zuständige Behörde nicht mehr berechtigt ist, die nachrangigen Schuldverschreibungen als Ergänzungskapital zu behandeln. Übt die Emittentin nach Eintritt eines Regulatorischen Ereignisses das vorzeitige Kündigungsrecht aus, werden die Schuldverschreibungen am maßgeblichen Vorzeitigen Fälligkeitstag zum Nennbetrag zuzüglich der bis zum maßgeblichen Vorzeitigen Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufenen Zinsen zurückgezahlt.]

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

§ 6 Fälligkeit und Verjährung

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % des Nennwertes am • (der „Fälligkeitstag“) [oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag] zurückgezahlt.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 10 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 7 Status und Rang

Die Schuldverschreibungen werden als [nachrangige] [nicht-nachrangige] Schuldverschreibungen ausgegeben.

Die Schuldverschreibungen einer Serie sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

[Als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen sind diese mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.]

[Das auf die nachrangigen Schuldverschreibungen eingezahlte Kapital wird im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.]

[Die Schuldverschreibungen stellen für die Emittentin Instrumente des Ergänzungskapitals im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 dar. Diese Emissionsbedingungen sind in Zweifelsfällen so auszulegen, dass dieser Zweck erreicht wird.]

Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt.

Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden.

§ 8 Verzinsung

[Feste Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) mit jährlich • % [, und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) mit jährlich • %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •.

Die Zinsen sind jeweils am • fällig, erstmals am •. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (§ 6) vorausgeht, [bzw. bei Ausübung des Kündigungsrechtes mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 5 vorausgeht.].

[Ohne periodische Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst.]

[Variable Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) [und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der • [der •] [und der •] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [viertel]jährlich [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermenin zahlen (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am •.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird. [EURIBOR (Abkürzung für „Euro Interbank Offered Rate“) ist der Zinssatz, zu dem Termingelder in Euro im Interbankengeschäft mit Laufzeit _ Monaten angeboten werden. Der EURIBOR mit Laufzeit _ Monaten wird auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ oder einer Nachfolgeseite veröffentlicht. Informationen zur Berechnung, Wertentwicklung und Volatilität sind im Internet unter [www.euribor-ebf.eu] [_] abrufbar.]

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich • %] [und beträgt mindestens • %] [und beträgt maximal • %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •. Die Berechnungsstelle ist die Kreissparkasse Ludwigsburg.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der •. Bankgeschäftstag (§ 5) [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag (§ 5), ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention „modified following adjusted“).

[Reverse Floating Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) [und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen Reverse Floating Zinssatz (der „maßgebliche RF Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der • [, der •] [, der •] [und der •] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“, erstmals am •.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird. [EURIBOR (Abkürzung für „Euro Interbank Offered Rate“) ist der Zinssatz, zu dem Termingelder in Euro im Interbankengeschäft mit Laufzeit _ Monaten angeboten werden. Der EURIBOR mit Laufzeit _ Monaten wird auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ oder einer Nachfolgeseite veröffentlicht. Informationen zur Berechnung, Wertentwicklung und Volatilität sind im Internet unter [www.euribor-ebf.eu] [_] abrufbar.]

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus • % abzüglich dem [•-fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens • %] [und beträgt maximal • %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •. Die Berechnungsstelle ist die Kreissparkasse Ludwigsburg.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der •. Bankgeschäftstag (§ 5) [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag (§ 5), ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention „modified following adjusted“).

§ 9 Zahlungen

Sämtliche gemäß den Anleihebedingungen zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

§ 10 Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf von Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst werden, eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „Schuldverschreibungen“ umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit auch ohne öffentliche Bekanntmachung Schuldverschreibungen zu erwerben und/oder wieder zu verkaufen.

§ 11 Bekanntmachungen

Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen erfolgen durch Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger oder einem überregionalen Börsenpflichtblatt.

§ 12 Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

Erfüllungsort ist Frankfurt am Main.

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist Ludwigsburg.

§ 13 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Anleihebedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Unwirksame Bestimmungen werden in Übereinstimmung mit Sinn und Zweck dieser Anleihebedingungen ersetzt.

Die nachfolgenden Angaben stellen ein Muster der jeweiligen Endgültigen Bedingungen zu diesem Basisprospekt dar. Im Rahmen der Emission werden die mit einem Platzhalter („•“) gekennzeichneten Stellen ausgefüllt und die mit eckigen Klammern („[]“) gekennzeichneten Optionen ausgewählt oder weggelassen.

6 Muster der Endgültige Bedingungen

Dies sind die Endgültigen Bedingungen Nr. ● vom ● einer Emission von Schuldverschreibungen nach Maßgabe des Basisprospektes der Kreissparkasse Ludwigsburg vom 14.07.2015.

Die Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 5 Absatz 4 der Richtlinie 2003/71/EG abgefasst und sind in Verbindung mit dem Basisprospekt und etwaiger Nachträge zu lesen.

Der Basisprospekt und etwaige Nachträge wurden auf der Website der Kreissparkasse Ludwigsburg (www.ksklb.de) veröffentlicht. Kopien des Prospektes werden an der Hauptverwaltung der Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

Um sämtlichen Angaben über die Kreissparkasse Ludwigsburg und das Angebot der Schuldverschreibungen zu erhalten, ist der Basisprospekt in Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen zu lesen.

Den Endgültigen Bedingungen ist eine Zusammenfassung für die einzelne Emission angefügt.

1. Wertpapieridentifikationsnummern

Serie: •

ISIN: •

WKN: •

2. Währung: •

3. Status und Rang: Die Schuldverschreibungen werden als [nicht-]nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben.

4. Kündigungsrecht der Emittentin:

[Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum • ([jeweils] der „ vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin • Bankgeschäftstage vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 der Anleihebedingungen bekannt machen. „Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.] [Es ist kein Kündigungsrecht der Emittentin vorgesehen.]

[Kündigungsrecht bei Eintritt eines Regulatorischen Ereignisses Die Emissionsbedingungen von nachrangigen Schuldverschreibungen können ein vorzeitiges Kündigungsrecht der Emittentin vorsehen, wenn die Emittentin aufgrund einer Änderung aufsichts- und/oder bilanzrechtlicher Bestimmungen oder ihrer praktischen Anwendung durch die jeweils zuständige Behörde nicht mehr berechtigt ist, die nachrangigen Schuldverschreibungen als Ergänzungskapital zu behandeln. Übt die Emittentin nach Eintritt eines Regulatorischen Ereignisses das vorzeitige Kündi-

gungsrecht aus, werden die Schuldverschreibungen am maßgeblichen Vorzeitigen Fälligkeitstag zum Nennbetrag zuzüglich der bis zum maßgeblichen Vorzeitigen Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufenen Zinsen zurückgezahlt.]

5. Verzinsung:

[(bei fester Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) mit jährlich • % [, und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) mit jährlich • %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •.

Die Zinsen sind jeweils am • fällig, erstmals am •. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe Abschnitt 4.3.8) vorausgeht, bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Kalendertages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß Abschnitt 4.3.6 vorausgeht.]

[(ohne periodische Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst.]

[(bei variabler Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) [und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich)] [sowie evtl. weitere Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der • [, der •] [, der •] [und der •] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermenin zahlen (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am •.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird. Die Abkürzung Euribor steht für Euro Interbank Offered Rate. Euribor bezeichnet die durchschnittlichen Zinssätze, zu denen viele europäische Banken einander Anleihen in Euro gewähren. Dabei gelten verschiedene Laufzeiten: von einer Woche bis 12 Monate. [EURIBOR (Abkürzung für „Euro Interbank Offered Rate“) ist der Zinssatz, zu dem Termingelder in Euro im Interbankengeschäft mit Laufzeit _ Monaten angeboten werden. Der EURIBOR mit Laufzeit _ Monaten wird auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ oder einer Nachfolgersseite veröffentlicht. Informationen zur Berechnung, Wertentwicklung und Volatilität sind im Internet unter [www.euribor-ebf.eu] [] abrufbar.]

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich • %] [und beträgt mindestens • %] [und beträgt maximal • %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •. Die Berechnungsstelle ist die Kreissparkasse Ludwigsburg.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der •. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.]

[(bei Reverse Floating Verzinsung):]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) [und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen Reverse Floating Zinssatz (der „maßgebliche RF Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der • [, der •] [, der •] [und der •] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermenin zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am •.

Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird. Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus • % abzüglich dem [• -fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens • %] [und beträgt maximal • %]. Die Abkürzung Euribor steht für Euro Interbank Offered Rate. Euribor bezeichnet die durchschnittlichen Zinssätze, zu denen viele europäische Banken einander Anleihen in Euro gewähren. Dabei gelten verschiedene Laufzeiten: von einer Woche bis 12 Monate. [EURIBOR (Abkürzung für „Euro Interbank Offered Rate“) ist der Zinssatz, zu dem Termingelder in Euro im Interbankengeschäft mit Laufzeit _ Monaten angeboten werden. Der EURIBOR mit Laufzeit _ Monaten wird auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ oder einer Nachfolgeseite veröffentlicht. Informationen zur Berechnung, Wertentwicklung und Volatilität sind im Internet unter [www.euribor-ebf.eu] [] abrufbar.]

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •. Die Berechnungsstelle ist die Kreissparkasse Ludwigsburg.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der •. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.]

6. Fälligkeitstag: •
7. Rendite: [Die Emissionsrendite beträgt • [zum regulären Laufzeitende].
[Berechnungsgrundlage: •.]
[Die Angabe zur Rendite ist zum Emissionszeitpunkt nicht möglich.]
8. Emissionstermin: •

9. Bedingungen des Angebots: [Die Emittentin behält sich vor, die Emission nicht zu begeben, sofern ein Emissionsvolumen von • nicht erreicht wird.] [Das Angebot unterliegt keinen Bedingungen]
10. Emissionsvolumen, Stückelung: Das Emissionsvolumen des Angebots beträgt bis •, eingeteilt in • Inhaberschuldverschreibungen zu je • (der „Nennbetrag“).
11. Beginn des öffentlichen Angebots: Das öffentliche Angebot beginnt am • und [erfolgt fortlaufend] [endet am •] [endet mit dem letzten Tag der Zeichnungsphase].
12. Zeichnungsphase: [Die Zeichnungsphase beginnt am • und endet am •.] [Eine Zeichnungsphase ist nicht vorgesehen.]
13. Mindestzeichnung: [Der Mindestzeichnungsbetrag beträgt •] [Es gibt keinen Mindestzeichnungsbetrag.]
Höchstzeichnung: [Der Höchstzeichnungsbetrag beträgt •] [Es gibt keinen Höchstzeichnungsbetrag]
14. Mindestanlagebetrag:[Der Mindestanlagebetrag beträgt•] [Es gibt keinen Mindestanlagebetrag.]
15. Kategorien potenzieller Investoren: Die Schuldverschreibungen werden an [Privatanleger] [und] [institutionelle Investoren] in der Bundesrepublik Deutschland verkauft.
16. Verkaufskurs: [Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt •%].
[Anschließend werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]
[Nach Ablauf der Zeichnungsphase werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]

Ludwigsburg, den 08.09.2015

Kreissparkasse Ludwigsburg



gezeichnet Dieter Wizemann

Vorstand GB 2



gezeichnet Tobias Enchelmaier
Abteilungsleiter Vermögensverwaltung / Wertpapiere